Bremen, Juni 1919.

№ 11.

Verhandlungen der Nationalversammlung

Sitzung vom 6. Juni 1919.

Entschuldigt fehlten:

Adam, Karl
Bahnson, Minna
Becke, Waldemar
Böhmert, Wilh., Dr.
Cordes, Johannes
Francke, Fritz
Gildemeister, Alfred, Dr. jur.
Harmening, August
Hüneke, Heinr.
Kaspar, Erich
Kühl, Jürgen
Lüdeking, Hans
Matthias Werner
Möhring, Henny
Meier, Herm.
Pieper, Wilhelm
Sattler, Meta
Schlüter, Ludwig
Schurig, Gottfried
Stözen, Friedrich
Stützer, Hugo
Tegtmeier, Wilhelm
Thiele, Minna
Vinnen, Adolf
Wilckens, Bernh. Joh. Dr. jur.
Winkelmann, Carl

Unentschuldigt fehlten:

Böse, Hermann
Kesselbeck, Elise
Schad, Heinrich
Strube, Dr. jur.
Wahl, Hugo

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919:	
1. Maßnahmen aus Anlaß des Krieges.	
Dazu Mitteilung des Senats vom 28. Mai 1919:	
1. Antrag, betr. Verbilligung von Lebensmitteln.	
2. Antrag, betr. Unterstützung der Kriegerfamilien	305
II. Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1919: Anstellung eines zweiten Konsulenten der Kammer für Kleinhandel	320
III. Mitteilung des Senats vom 27. Mai 1919:	
6. Errichtung und Uebertragung von Beamtenstellen bei der Zollverwaltung	321
IV. Gesetz über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der Nationalversammlung	324
V. Ergänzungen nach dem Gesetz vom 13. Mai 1919:	
1. der Finanzdeputation	349
2. der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke	349
3. der Deputation für den Ratskeller	350
4. der Zentralquartierdeputation	350
5. der Baudeputation	350
6. der Deputation für Häfen und Eisenbahnen	350
7. der Deputation für die Unterweserkorrektion	350
8. der Deputation für die Gefängnisse	350
9. der Steuerdeputation	350
10. der Deputation für Statistik	350
11. der Wahldeputation	350
12. der Deputation für das Gesundheitswesen	350
13. der Deputation für die Stadterweiterung	350
14. der Schuldeputation	350
15. der Deputation wegen der städtischen Löschanstalten	350
16. der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke	350
17. der Walldeputation	351
18. der Deputation für die Friedhöfe	351
19. der Quartierdeputation	351
20. der Deputation für den Schlachthof	351
21. der Deputation für die Stadtbibliothek	351
22. der Deputation für das Städtische Orchester und das Stadttheater	351
23. der Kriegsdeputation	351
24. der Behörde für das Versicherungswesen	351
25. der Behörde für das Landschulwesen	351
26. der Behörde für das Städtische Museum	351
27. der Behörde für die Technischen Staatslehranstalten	351
VI. Wahl der Kommission wegen Honorar des Gerichtsarztes (7 Mitglieder)	326
VII. Antrag, betr. Stadttheater und Orchester	326
VIII. Antrag auf Aufhebung des durch die Reichsregierung über Bremen verhängten Belagerungszustandes	335
IX. Antrag, betr. Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums in Bremerhaven usw.	300

Verhandelt Seite

X. Antrag auf Freilassung der politischen Gefangenen 341
XI. Mitteilung des Senats vom 19. April 1919: Verzeichnis der von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen usw. (R. z. V. g.)
XII. Mitteilung des Senats vom 13. Mai 1919: Budget für das Rechnungsjahr 1919. Dazu Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919: 2. Nachtragsbericht zum Budget des Amts Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69. (R. z. V. g.)

Weiter wurde über folgende nicht auf der Tagesordnung stehende Gegenstände verhandelt:
Anfrage, betr. Meutereien in Oslebshausen 302
Antrag, betr. Entschädigung der Opfer des 4. Februar . 304

Herr Dunkel präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

Präsident: Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Zunächst habe ich die Herren Dr. Strube und Victor Cordes als neue Mitglieder der Nationalversammlung zu begrüßen. Wie ich sehe, sind beide Herren nicht anwesend.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 30. Mai:

1. Wahl der Verfassungsdeputation:
   Der Senat hat zu seinen Kommissaren bei der Verfassungsdeputation die Herren Bürgermeister Deichmann, Senator Dr. Spitta, Senator Dr. Apelt und Senator Behle ernannt.
2. Versorgung der Angehörigen der Regierungsschutztruppe u. a.
3. Uebernahme von drei bisher dem Reiche gegenüber aufrechnungsfähigen Beamtenstellen bei der Zollverwaltung auf bremische Rechnung.
4. Anlegung einer zweiten Tageskasse im Stadttheater.
5. Verkauf des zwischen dem Rosenkranz und der Lützowerstraße liegenden öffentlichen Ganges.

Weiter ist eingegangen eine Mitteilung des Senats vom 4. Juni:

Neuwahlen der Stadtverordneten der Stadt Bremerhaven, der Gemeindeausschüsse der bremischen Landgemeinden und der Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses des bremischen Landkreises.

Herr Hoskamp, ich darf wohl annehmen, daß Ihr Antrag, der den gleichen Gegenstand betrifft, damit seine Erledigung gefunden hat?

Klemann (M.-S.): Der Gegenstand ist erledigt. Der Antrag wird zurückgezogen.

Präsident: Weiter ist eingegangen eine Mitteilung des Senats vom 4. Juni:

1. Berechnung der Straßenbeitragskosten zur Erlangung des Ausgangsrechts nach der Hornerstraße für das Eckgrundstück Vor dem Steintor Nr. 128/130.
2. Nachtrag zum Budget der Staatsanwaltschaft.
3. Richterwahlen.
4. Wassersteuer für das Rechnungsjahr 1919.
5. Antrag, betreffend Einkommensteuer:
   Der Senat hat die Steuerdeputation mit der von der Nationalversammlung gewünschten Berichterstattung (Verh. S. 111) beauftragt.

Ferner hat der Präsident des Senats mitgeteilt, daß der Senat zu Kommissaren bestellt hat für die Verhandlungen der Nationalversammlung

über die Regelung des Submissionswesens die Herren Senator Schurig und Senator Stampe, denen die Herren Oberbaurat Graepel, Oberbaurat Ehrhardt und Oberbaurat Suling beigeordnet sind,

betreffend die Vergesellschaftung der Bremer Straßenbahn, die Herren Senator Bömers und Senator Donath,

betreffend Neuordnung der Bremischen Verwaltung die Herren Senator Gruner, Senator Donath und Senator Stampe, denen Herr Syndikus Dr. Tack beigeordnet ist,

über den Antrag auf Niedersetzung einer Kommission, betreffend Beamtengehalte, Teuerungszulagen, Amtsbezeichnungen usw. die Herren Senator Dr. Donandt, Senator Dr. Spitta, Senator Wellmann und Senator Schlüter, denen Herr Syndikus Dr. Gosselke beigeordnet ist,

wegen Anlage von Sport- und Spielplätzen sowie Beihilfen für Turnvereine die Herren Bürgermeister Hildebrand, Senator Schurig und Senator Schlüter, denen Herr Staatsbaurat Bahnson beigeordnet ist,

betreffend Versorgung der Angehörigen der Regierungsschutztruppe u. a., Herrn Bürgermeister Hildebrand.

Weiter teilt der Senat mit, daß der Senat seinen Kommissaren für die Verhandlungen, betreffend Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, Herrn Syndikus Dr. Schultz beigeordnet hat.

Die Inspektion der vereinigten drei Stifter teilt mit:

Das Mandat des rechnungsführenden Administrators des St. Rembertistifts, Herrn Rudolf Nagel ist mit dem 31. Dezember 1918 abgelaufen. Es bedarf daher der Neuwahl für die Zeit bis Ende Dezember 1924. Wir bitten, das weitere gefälligst veranlassen zu wollen, indem wir bemerken, daß Herr Nagel sich bereit erklärt, eine Wiederwahl anzunehmen.

Meine Damen und Herren! Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß Sie mit der Wiederwahl des Herrn Nagel einverstanden sind. Es wird Widerspruch nicht erhoben. Herr Nagel ist damit wiedergewählt.

Die Behörde für das Versicherungswesen teilt mit, daß Herr Richter Dr. Fricke wegen Fortzugs von Bremen aus der Behörde ausgeschieden ist. Ich habe den Fraktionen darüber eine Mitteilung gemacht, und diese haben unserem Geschäftsvorstande anheimgegeben, Vorschläge zu machen. Ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, mit dem Geschäftsvorstande darüber zu sprechen. Wir werden deshalb in der nächsten Sitzung Vorschläge machen.

Das Durchgangslager Bremen teilt uns mit, daß für die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden deutschen Heeresangehörigen ein Empfang vorbereitet wird. Es läßt sich noch nicht angeben, ob die Kriegsgefangenen per Schiff oder per Bahn ankommen werden, es ist auch nicht anzugeben, wann sie ankommen werden. Es wird aber betont, daß es wünschenswert ist, schon jetzt ein Komitee zum Empfang zu bilden, und die Nationalversammlung wird gebeten, für den Empfang des ersten Transportes die dafür ausersehenen Vertreter der Nationalversammlung anzugeben. Der Geschäftsvorstand erlaubt sich, dafür die Herren Dunkel, Klenke, Dr. Gildemeister, Wenhold, Peine und Vögeding vorzuschlagen. (Zuruf.) Es wird mir mitgeteilt, daß Herr Vögeding verzichtet. Ich nehme an, daß die Nationalversammlung damit einverstanden ist, daß diese Herren delegiert werden. Es steht Ihnen aber frei, auch noch weitere Vorschläge zu machen. Ich bitte um solche Vorschläge, damit ich in der Lage bin, dem Durchgangslager entsprechende Mitteilung zu machen.

Dazu ist noch eingegangen ein Schreiben des Herrn Kapitänleutnants Albert von Goessel, wonach ihm seitens des Bürgerausschusses und der anderen Ausschüsse für den Empfang der zurückkehrenden Kriegsgefangenen der geschäftsführende Vorsitz des genannten Empfangsausschusses ehrenamtlich übertragen ist. Der Ehrenvorsitz bleibt noch wie vor bei Herrn Bürgermeister Hildebrand.

Meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung haben wir zum erstenmal eine Wahl durch Stimmzettel vornehmen müssen. Um solche Abstimmungen in Zukunft schneller vornehmen zu können, schlägt Ihnen der Geschäftsvorstand vor, eine Reihe von Damen und Herren zu beauftragen, die Stimmzettel auszuteilen, einzusammeln und auch zu zählen. Wir haben geglaubt, dabei keine Rücksicht auf die Fraktionen nehmen zu sollen, sondern nur auf die Plätze, die sie hier innehaben, solche Damen und Herren mit der Aufgabe zu betrauen, die in der ersten Reihe sitzen. Die Herren aus Bremerhaven haben wir dabei ausgeschlossen, weil sie häufig früher fortgehen und auch nicht immer pünktlich erscheinen. Ich möchte bitten, bei solchen Wahlen behilflich zu sein die Herren Borchers, Achelis, Hollenberg, Brasch, Frau Bahnson, die Herren Garves, Bußmann, Borsch, Blome, Bormann, Becker, Blanke, Faust, Hagedorn, Both und Böse.

Herr Ernst Berendt bittet, daß außer den bereits bestehenden Meisterprüfungskommissionen für das Baugewerbe im Maurer- und Zimmererhandwerk auch noch eine Baumeisterprüfungskommission errichtet wird, und daß die Maurer- und Zimmermeister, die vor der Revolution bereits geprüft waren, auf ihren Antrag hin von dieser Kommission dem Senat zur Ernennung zum Baumeister vorgeschlagen werden. Zur Orientierung legt er die sächsische Prüfungsordnung bei.

Der „Verein Radsportplatz Bremen" hat an die Nationalversammlung eine Eingabe gerichtet. Er bittet um kostenlose Ueberlassung des seiner Zeit schon vom Senat zur Verfügung gestellten Areals an der Buseestraße auf 30 Jahre zur Anlage eines Radsportplatzes und um Gewährung eines Darlehens von ℳ 50000 zu angemessenem Zinsfuß, die in 20 Jahren zu amortisieren wären.

Eingegangen ist folgender genügend unterstützter Antrag des Herrn Karrenberg.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, unverzüglich einen die religiös-sittliche Bildung fördernden lebenskundlichen Unterricht, sowie vom 6. Schuljahre ab religionsgeschichtlichen Unterricht in den bremischen Schulen einzuführen. (Hört! Hört! links.)

Weiter folgender Antrag von Herrn Hormann und Frau Bahnson:

Die Nationalversammlung hält die Ausübung der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege durch die Polizei nicht mehr für angängig,

Sie fordert die Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes, das alle Zweige der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege zusammenfaßt. Zum Zwecke der Beratung der Einzelheiten beschließt sie die Einsetzung einer 13gliedrigen Kommission.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Weiter ist folgender Antrag von Herrn Faust eingegangen:

Die Nationalversammlung möge beschließen: Die Konstituante wählt für ihre eigene Benennung die Bezeichnung „Volksrat".

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Endlich ist folgender Dringlichkeitsantrag des Herrn Götze eingegangen:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, für beschleunigte Durchführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 26. April 1919, betreffs Entschädigung der Hinterbliebenen der Opfer des 4. Februar, Sorge zu tragen.

Ich werde die Dringlichkeit des Antrages zur Verhandlung stellen, nachdem die Anfrage erledigt ist, für welche die Herren Senatskommissare bereits anwesend sind.

Herr Wenhold hat folgende Anfrage gestellt:

Wodurch sind die Meutereien im Zuchthaus zu Oslebshausen am 1. Juni und das Entweichen der drei Gefangenen zu erklären, und welche Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um solche Vorkommnisse in Zukunft wirksam verhindern zu können?

Der Senat hat dazu Herrn Bürgermeister Hildebrand zu seinem Kommissar bestellt und demselben Herrn Direktor Fliegenschmidt beigeordnet.

Herr Bürgermeister, der Inhalt der Aufgabe ist Ihnen bereits bekannt. Wollen Sie die Anfrage beantworten?

Senatskommissar Herr Bürgermeister Hildebrand: Meine Damen und Herren! Der unglückliche Vorfall vom vorigen Sonntag hat selbstverständlich in weiten Kreisen der Bevölkerung und gewiß auch bei vielen Mitgliedern der Nationalversammlung Ueberraschung und Befremden hervorgerufen. (Ruf von links: Die größte Freude! Herzensfreude!) Bei uns hat er großes Bedauern hervorgerufen. (Ruf von links: Unser herzlichstes Beileid!) Ich werde Ihnen kurz den Hergang schildern. Die Sache ist so verlaufen: Als der Spaziergang der Gefangenen zu Ende war, ging der Aufseher, der bewaffnet war, auf die Tür des Zuchthauses zu, um die Gefangenen einzeln wieder eintreten zu lassen, er hatte einige Meter davon entfernt zur Seite gestanden und beabsichtigte, dem Aufseher drinnen ein Zeichen zum Oeffnen zu geben. Da sprang der Gefangene Lütgens plötzlich rasch auf den Aufseher zu, (Bravo! links) und suchte ihn zu Boden zu werfen. (Sehr gut! links.) Gleich darauf kam Borchers mit anderen Gefangenen heran, sie hielten dem Aufseher den Mund zu und verhinderten auf diese Weise das Schreien. Der Mann wehrte sich nach Kräften. Die Gefangenen nahmen ihm den Revolver fort, und schließlich unterlag er im Kampf. (Ruf links: Gut! Ausgezeichnet! Eine kühne Tat!) Der Aufseher im Hause glaubte zu bemerken, daß auf dem Hofe etwas nicht in Ordnung sei. Er hat die Alarmglocke gezogen. Der andere diensthabende Aufseher war aber in der Kirche beschäftigt, um Vorbereitungen für den Gottesdienst zu treffen. Der erstere hat dann die Tür geöffnet. Dann stand Lütgens, der den auf dem Hofe angegriffenen Aufseher losgelassen hatte, mit dem Revolver, den er diesem fortgenommen hatte, an der Tür, so daß der Aufseher von drinnen nicht heraustreten konnte, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen. (Zurufe von links.) Die Aufseher sind dann in eine Zelle eingesperrt. Ein dritter Aufseher hatte auch bemerkt, daß etwas nicht in Ordnung war, er eilte hinzu, erlitt aber das gleiche Schicksal, wie die beiden ersten und wurde in eine Zelle geworfen. Dieser Aufseher war überhaupt nicht bewaffnet. Die Gefangenen haben sich dann der Schlüssel bemächtigt, sind in die Kleiderkammer gedrungen, haben sich Kleidung verschafft und dann das Weite gesucht. Wie es hat kommen können, daß die Alarmglocke nicht früher die Wirkung gehabt hat, den Torwächter heranzurufen, ist nicht aufgeklärt. Möglicherweise hat der Aufseher, der freilich bestimmt behauptet, den Knopf zur Glocke mehrfach gedrückt zu haben, doch in der Erregung das nicht genügend deutlich getan, oder der vorn befindliche Aufseher hat das Alarmsignal aus irgend welchen Gründen nicht gehört. So ist eine gewisse Zeit vergangen, bis Hilfe von draußen gekommen ist und damit die übrigen Gefangenen wenigstens festgehalten werden konnten. Dies war der Hergang der Sache. Die Untersuchung, die sofort eingeleitet ist, hat ergeben, daß die Beamten keine Schuld trifft. Das hat der Vorsitzende des Kriegsgerichts mir gestern schriftlich bestätigt. Nach dieser Richtung wird also kein Vorwurf zu erheben sein. Umso schwerer wiegt natürlich die Frage, was geschehen muß und kann, um einer Wiederholung solcher Vorkommnisse vorzubeugen. (Zurufe links. Präsident: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen!) Solange die Strafanstalt besteht, hat sich ein derartiger Fall von Meuterei noch nicht ereignet. (Zurufe links. Glocke des Präsidenten.) Die Direktion der Strafanstalt steht zur Zeit vor außerordentlichen Schwierigkeiten, insofern, als sich eine große Anzahl von politischen Verbrechern in Oslebshausen befinden, die ihrerseits den Standpunkt einnehmen, zu Unrecht verhaftet oder verurteilt zu sein, und die daher geneigt sind,

zu revoltieren. Die Direktion der Strafanstalt hat darüber wiederholt Beschwerde geführt, und es wird weiter zu überlegen sein, wie sich hier helfen läßt. Ein großer Uebelstand ist dabei, daß nicht nur Strafgefangene, sondern auch Untersuchungsgefangene draußen verwahrt werden müssen, weil im Untersuchungsgefängnis kein ausreichender Platz vorhanden ist. Der erwähnte Umstand bringt es mit sich, daß nicht gegen alle Gefangenen die gleichen Disziplinarmittel in Anwendung gebracht werden können, denn die Disziplinarstrafen gegen die Untersuchungsgefangenen sind andere, wie die gegen Strafgefangene, und die Trennung beider, der Strafgefangenen einerseits und der Untersuchungsgefangenen anderseits in der Strafanstalt, ist nicht durchweg möglich, weil auch viele andere Rücksichten bei der Verteilung der Zellen zu nehmen sind. Auf diese schwierigen Verhätnisse müssen zum Teil auch die Vorkommnisse des vorigen Sonntags zurückgeführt werden. Es wird selbstverständlich ernstlich geprüft, was geschehen kann, um einer Wiederholung solcher Vorgänge vorzubeugen. Es wird namentich in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht während des Spazierganges der Gefangenen, statt eines Aufsehers ein zweiter Aufseher bewaffnet sich auf dem Hofe aufzuhalten hat. Das ist an sich nicht nötig und geschieht, soweit bekannt, in keiner Anstalt, aber nach dem Vorfall am Sonntag wird zu prüfen sein, ob nicht wenigstens bis auf weiteres in dieser Beziehung eine Aenderung einzutreten hat. (Zuruf links: Wir werden auch prüfen!) Ich glaube nicht, daß es nötig sein wird, weitere allgemeine Maßnahmen zu treffen; die bestehenden haben sich seither als ausreichend erwiesen, nur für außergewöhnliche Verhältnisse, wie sie jetzt bestehen, haben sie sich am letzten Sonntag nicht ausreichend gezeigt.

Präsident: Herr Wenhold, genügt Ihnen diese Auskunft?

Wenhold (D.): Jawohl!

Faust (U. S.): Ich bitte, da der Präsident der Justizkommission augenblicklich anwesend ist, eine zweite Anfrage stellen zu dürfen.

Präsident: Das tut mir leid, das ist gegen die Geschäftsordnung. Wenn Sie eine Anfrage stellen wollen, kommt sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. (Faust: Es handelt sich um eine Ergänzungsfrage!) Eine Ergänzungsfrage ist nicht zulässig.

Miller (K.) zur Geschäftsordnung: (Heiterkeit. Zwischenrufe) Herr Präsident, ich bitte erst, für etwas Ruhe sorgen zu wollen. (Präsident: Ich bitte um Ruhe für Herrn Miller!) Ich habe genügend Zeit, bis Ruhe vorhanden ist. Wenn die Herren ebensoviel Zeit haben — mir kommt es nicht darauf an (Unruhe. Präsident: Ich bitte Zwischenrufe zu unterlassen, Sie verzögern dadurch nur unsere Verhandlungen!) Ich beantrage zur Geschäftsordnung, den Punkt 10 unserer Tagesordnung als ersten Punkt, den Punkt 8 als zweiten Punkt zu behandeln.

Präsident: Herr Miller, ich möchte erklären, daß zu Punkt 1 der Tagesordnung Senatskommissare bestellt sind, und daß es deshalb sehr erwünscht ist, den Punkt 1 gleich zu behandeln. Ich habe persönlich nichts dagegen, daß wir Punkt 8 und 10 nach Punkt 1 erledigen. Sind Sie damit einverstanden? (Miller: Nein!) Dann muß ich die Versammlung fragen. Wünscht jemand das Wort?

Wenhold (D.): Wir sind nicht in der Lage, diesem Antrage stattzugeben. Wir haben uns bereits früher darüber verständigt, daß die Mitteilungen des Senats an erster Stelle verhandelt werden. (Zuruf: Haben Sie denn darüber zu entscheiden?) Nein, aber die Mehrheit in diesem Hause hat darüber zu bestimmen, Gott sei Dank, und die Sache liegt doch so, daß der Präsident die Tagesordnung nicht umstellen kann ohne die Zustimmung der Nationalversammlung. Wir sind aber nicht in der Lage, dem Antrage zu folgen. Wir haben uns seinerzeit verständigt, die Mitteilungen des Senats an erster Stelle zu verhandeln und dann die Anträge laut ihrer Reihenfolge. Gegen diese Vereinbarung sind in den letzten Sitzungen auch keinerlei Einwendungen erhoben worden. Die Herren Kommunisten, die solange weggeblieben sind, kommen nun heute wieder, und in ihrer Bescheidenheit haben sie gleich wieder eine Anzahl von Wünschen. Wir sind aber nicht gewillt, ihnen zu entsprechen, sondern bitten, es bei der Tagesordnung zu belassen.

Miller (K.) zur Geschäftsordnung: Zur Begründung meines Antrages — — —

Präsident: Sie haben nicht das Wort zur Begründung Ihres Antrages, sondern nur zur Geschäftsordnung.

Miller (K.): Ich muß doch das Wort zur Begründung meines Antrages haben. Ich habe den Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, da es dringend notwendig ist, daß wir jetzt, wo der Herr Bürgermeister da ist — oder was er ist, ich weiß es selber nicht — einmal diesem Herrn beweisen, daß es nötig ist, daß wir endlich einmal darüber verhandeln, um die Unschuldigen, die im Gefängnis sitzen, frei zu bekommen. Meine Damen und Herren! Es ist ein unerhörter Zustand. (Präsident: Sie wollten zur Geschäftsordnung reden!) Das gehört zur Geschäftsordnung. (Präsident: Das entscheide ich und nicht Sie!) Ich bitte, Herr Präsident, werden Sie nicht schon wieder am Anfang nervös.

Präsident: Ich bin nicht nervös, ich halte es länger aus als Sie, Herr Miller.

Miller (K.): Ich bitte die Damen und Herren, meinem Antrage zuzustimmen. Es ist jetzt sogar unser

Fraktionsmitglied, und zwar der Abgeordnete Hugo Wahl verhaftet worden. Wie ist es denn gewesen am Sonntag?

Präsident: Herr Miller, ich muß Ihnen das Wort entziehen, wenn Sie nicht zur Geschäftsordnung sprechen.

Miller (K.): Und das nennt sich das freieste Parlament der Erde! Ich wiederhole: stimmen Sie meinem Antrage zu. Wir müssen darüber Klarheit haben, warum Arbeiter im Gefängnis festgehalten werden, die nicht das geringste verbrochen haben. Wir wissen, daß Sie darauf keine Rücksicht nehmen, und daß Ihr Reden und Schreien von Freiheit und Demokratie eitel Schwindel ist.

Präsident: Herr Miller, ich fordere Sie nochmals auf, nur zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Miller (K.): Das gehört zur Geschäftsordnung.

Präsident: Ich kann dem nicht stattgeben, daß Sie Ihren Antrag jetzt begründen; Sie haben das Wort nur zur Geschäftsordnung.

Miller (K.): Meine Damen und Herren! (Zurufe) Herr Garves hat das letzte Mal als unser Freund gesagt, daß die Dringlichkeit abgelehnt werden müsse. Ich bewundere dem Herrn Garves seine feine Nase, wirklich, sie ist ausgezeichnet; er hat wirklich einen Riecher für das, was der Arbeiterschaft not tut. Also, es ist wirklich notwendig, daß wir über die Frage der politischen Gefangenen uns wieder einmal ein klein wenig unterhalten und darüber, ob es nicht endlich an der Zeit ist, den Belagerungszustand aufzuheben. (Unruhe. Schluß-Rufe. — Präsident: Ich bitte um Ruhe.) Und daher beantragen wir, daß wir Punkt 10 als ersten Punkt und Punkt 8 als zweiten Punkt unserer Tagesordnung behandeln. Ich habe früher einmal gesagt, es wäre ein unwürdiger Zustand, der Zustand des Belagerungsgesetzes. Ich stelle heute aber fest, daß dieser Zustand ein der jetzigen Regierung würdiger Zustand ist. Wir werden aber dafür zu sorgen haben, daß dieser Zustand einmal endlich aufhört. Ich glaube, meine Damen und Herren, es wird so wie so nicht mehr lange dauern, bis Ihre ganze Herrlichkeit am Ende ist. (Gelächter) Lachen Sie darüber, soviel wie sie wollen. Der Tag kommt immer näher, wo Ihnen das Lachen vergehen wird. Das Sterbeglöcklein des Kapitalismus läutet schon, verlassen Sie sich darauf. Sie können aus diesem Schlammassel gar nicht heraus kommen, das ist unmöglich. Also, ich wiederhole: stimmen Sie meinem Antrage auf Umstellung der Tagesordnung zu, damit wir über diese Punkte endlich verhandeln.

Drettmann (U. S.) zur Geschäftsordnung: Um zu einer Einigung zu gelangen, stellen wir den Antrag,

Punkt 8 als Punkt 5 und Punkt 10 als Punkt 6 zu verhandeln,

da unsere Stellungnahme zu den Wahlen zu den Deputationen davon abhängt.

Präsident: Herr Drettmann beantragt also,

Punkt 8 und Punkt 10 als Punkt 4 und Punkt 5 zu verhandeln.

Der Antrag Miller wird abgelehnt.

Der Antrag Drettmann wird abgelehnt.

Präsident: Die Tagesordnung bleibt also unverändert. Wir haben zunächst über die Dringlichkeit des Antrages Götze zu beschließen. Der Antrag lautet:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, für beschleunigte Durchführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 26. April 1919, betreffs Entschädigung der Hinterbliebenen der Opfer des 4. Februar, Sorge zu tragen.

Götze (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bekannt, daß wir am 26. April den Beschluß gefaßt haben, die Hinterbliebenen der Opfer vom 4. Februar zu unterstützen. Es ist zu diesem Antrage der Antrag Hertel angenommen worden, der dahin ging, von Fall zu Fall à conto der Entschädigung schon gewisse Vorschüsse zu leisten. Ich stelle nun fest, daß diese Hinterbliebenen Unterstützung bisher noch nicht bekommen haben, im Gegenteil hat man sie mit harten Worten zurückgewiesen.

Es hatte sich ein Hilfsausschuß gebildet, um die Hinterbliebenen zu unterstützen; er ist aber dazu nicht mehr in der Lage. Ich möchte Sie daher ersuchen, der Dringlichkeit des Antrages zuzustimmen.

Henrici (D.): Tatsächlich möchte ich aufklären, daß heute nachmittag und morgen die ersten Entschädigungen ausbezahlt werden, der Rest der Entschädigungen wird im Laufe der Pfingstwoche gezahlt werden. Diese Mitteilung dürfte dem Antragsteller genügen.

Präsident: Herr Götze, genügt Ihnen diese Aufklärung?

Götze (U. S.): Sie genügt uns.

Präsident: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück?

Götze: Wir ziehen den Antrag zurück.

Präsident: Danke.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919:

1. Maßnahmen aus Anlaß des Krieges.

Dazu

Mitteilung des Senats vom 28. Mai 1919:

1. Antrag, betr. Verbilligung von Lebensmitteln.

2. Antrag, betr. Unterstützung der Kriegerfamilien.

Senatskommissare die Herren Bürgermeister Hildebrand und Senator Bömers.

Bürgermeister Hildebrand: In eine Besprechung der Vorlage brauche ich nicht einzugehen, da ich annehme, daß Herr Senator Bömers als Vorsitzer und Herr Hagemeyer als Rechnungsführer der Lebensmittelkommission Einzelheiten ausführen werden.

Senator Bömers: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den 25 Millionen, die wir heute von Neuem bei Ihnen beantragen, sind 11 300 000 ℳ für Zwecke der Lebensmittelkommission bestimmt. Ich nehme an, daß der Rechnungsführer der Kriegsdeputation, Herr Hagemeyer, der wiederum Bericht und Kostenentwurf in seiner unübertrefflichen Arbeitstüchtigkeit und Arbeitstreue aufgestellt hat, Ihnen einige nähere Mitteilungen über die Zusammensetzung der beiden Summen von 11 300 000 ℳ und 25 Millionen Mark machen wird, ich will ihm deshalb nicht vorgreifen.

Meine Damen und Herren! Sie werden aber, wie ich vermute, von mir, als dem Vorsitzenden der Lebensmittelkommission, einige Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Lebensmittelversorgung und über die Aussichten für die Zukunft erwarten, dieser Erwartung will ich gern entsprechen.

Meine Damen und Herren! Als ich das letzte Mal die Ehre hatte hier zu stehen — es war am 30. Oktober vorigen Jahres, und hier tagte damals noch die alte Bürgerschaft — um neue Mittel für die Kriegsdeputation und die Lebensmittelkommission zu erbitten, da durfte und mußte ich sagen, daß die Mitglieder der Lebensmittelkommission sich voll bewußt seien, vor außerordentlich schweren Zeiten im kommenden Winter mit seinen unübersehbaren Verhältnissen zu stehen, ich durfte aber hinzufügen, daß wir trotzdem hofften, daß es uns gelingen würde durchzukommen, wenn nicht besondere Ereignisse und Erschütterungen eintreten sollten. Meine Damen und Herren! Diese besonderen Ereignisse und Erschütterungen sind uns, wie Sie alle wissen, nicht erspart geblieben, im Gegenteil, sie sind in unerwartetem Maße über unser Vaterland und über unsere liebe Vaterstadt hereingebrochen. Wenn wir trotzdem heute sagen dürfen, daß wir doch schließlich recht und schlecht durchgekommen sind, so möchte ich betonen, daß wir dieses Durchkommen vor allen zwei Faktoren zu danken haben. Meine Damen und Herren! Der eine Faktor ist, daß die Mehrzahl der Reichsstellen und Kreise, die Bremen zu beliefern haben, in dankenswertester Weise bestrebt gewesen sind, ihren Verpflichtungen Bremen gegenüber nachzukommen. Insbesondere möchte ich nicht unterlassen, hier öffentlich dem Landkreis Lübz in Mecklenburg und vornehmlich seinem vortrefflichen Landdrost Bierstedt den Dank der Lebensmittelkommission auszusprechen dafür, daß dieser Kreis, trotz aller in diesem Jahr riesengroßen Schwierigkeiten, dabei ist, uns wieder voll mit Kartoffeln zu beliefern, wie das in den vorangegangenen Kriegsjahren jedesmal der Fall gewesen ist.

Der zweite Faktor, dem nach meiner Auffassung die Lebensmittelkommission zu Dank verpflichtet ist, ist der, daß trotz aller Beunruhigungen und Erschütterungen die bremischen Hausfrauen doch verstanden haben, sich ihren wirtschaftlichen Sinn zu wahren. Die Lebensmittelkommission spricht den Bremer Hausfrauen, die ihr und der Bevölkerung hierdurch das Durchhalten erleichtert haben, von Herzen ihren Dank aus. (Zuruf von links: Das beruht nicht auf Gegenseitigkeit!)

Meine Damen und Herren! Sie werden in den letzten Wochen mit wachsendem Unmut und steigender Besorgnis konstatiert haben, daß, während andere Plätze Deutschlands mehr und mehr mit amerikanischen Lebensmitteldampfern beschickt wurden, Bremen immermehr zurückgefallen ist. (Sehr richtig!) Während uns gemeldet worden ist, daß bis vorigen Sonnabend 54 amerikanische Lebensmitteldampfer in Hamburg angekommen sind, waren für die Weser resp. für Bremerhaven und Bremen, im Ganzen nur zwei Dampfer disponiert, (Hört! hört!) in Stadt Bremen ist ausgerechnet ein einziger Dampfer angekommen. Meine Damen und Herren! Die Lebensmittelkommission hat, wie Sie sich denken können, bei dieser für Bremen höchst bedauerlichen Sachlage, sich nicht müßig verhalten, sie ist vielmehr bemüht gewesen, bei der American Food Commission dahin zu wirken, daß die Beschickung Bremens eine der Bedeutung Bremens entsprechende wird. Sie ist mit größtem Nachdruck des ferneren beim Reichsernährungsministerium vorstellig geworden und ist hierbei von den verschiedenen in Frage kommenden Stellen Bremens auf das lebhafteste unterstützt worden, wie ich vor Allen mit besonderem Dank konstatieren möchte, zumal von der Handelskammer Bremen, die durch Ihren früheren Präses, Herrn Eduard Achelis, sich in gleicher Richtung ernstlich in Berlin bemüht haben. Alle diese Bemühungen werden mit Nachdruck fortgesetzt. Am vorigen Dienstag hat wiederum im Beisein unseres Bremer Vertreters eine eingehende Aussprache im Reichsernährungsministerum stattgefunden, und zu meiner großen Freude und Genugtuung kann ich mitteilen, daß ich Mittwoch

Abend vom Reichsernährungsministerium telegraphisch die Zusage erhalten habe, daß der Schlüssel, der für die Belieferung Deutschlands aufgestellt ist, einer Revision unterzogen werden soll, sodaß die Weser für die Folge in vermehrtem Maße mit Lebensmitteldampfer beschickt werden soll. (Sehr gut!) Meine Damen und Herren! Für uns ist diese Zusage ganz außerordentlich wichtig, und zwar in doppelter Beziehung. Zunächst hoffen wir durch diesen Lebensmittelzustrom für die bremische Arbeiterschaft Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sodann aber wissen wir, daß die Menge der Zusatzlebensmittel davon abhängig ist, ob Lebensmittelschiffe nach Bremen kommen oder nicht.

Meine Damen und Herren! Seit nunmehr fünf Jahre hat die Lebensmittelkommission in Bremen die Verantwortung zu tragen gehabt für die Versorgung der Bevölkerung. Sie hat diese Verantwortung bisher gern getragen, so schwer dieselbe sie auch manchmal drückte. Die Lebensmittelkommission hat die Verantwortung tragen können, weil sie sich getragen fühlte vom Vertrauen der Bürgerschaft. Dieses Vertrauen hat die Lebensmittelkommission für Bremen in den Stand gesetzt, die Lebensmittelbeschaffung für Bremen in kaufmännischer Weise wahrzunehmen und deshalb in manchen Fällen schneller und gründlicher zugreifen zu können, als es bei bureaukratischer Verwaltung möglich gewesen wäre. Meine Damen und Herren! Ich richte an die Bremische Nationalversammlung die herzliche Bitte, das Vertrauen, das die alte Bürgerschaft ihr entgegengebracht hat, ihr auch Ihrerseits entgegenbringen und bewahren zu wollen, ein solches Vertrauen ist für unsere Arbeiten unentbehrlich. Ich kann Ihnen dagegen die Versicherung geben, daß ein jedes Mitglied der Bremer Lebensmittelkommission es sich angelegen sein lassen wird, mit ganzem Ernste dafür einzutreten, daß dieses Vertrauen gerechtfertigt wird. Ein jeder von uns trägt die Verantwortung für die Versorgung der Stadt nicht als eine saure Bürde, sondern als ein schönes Vorrecht, und ein jeder von uns wird bestrebt bleiben, zu tun, was in seinen Kräften steht, um die Folgen der Hungerblockade für die bremische Bevölkerung zu mildern.

Meine Damen und Herren! Wir stehen auch heute noch vor ungewisser Zukunft, wir wissen nicht, was uns die nächsten Wochen und Monate bringen werden. Ich kann aber zu meiner Freude und zur Beruhigung der Nationalversammlung und der bremischen Bevölkerung erklären, daß Dank der vorsichtigen Politik der Lebensmittelkommission, die Reserven, die wir in Bremen angehäuft haben, und die Lieferungsverträge, die wir abgeschlossen haben, uns in den Stand setzen, bis zur nächsten Ernte voll durchzukommen.

Hagemeyer (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in unserm Staatsleben zwei Budgets. Einmal das Budget des laufenden Haushalts, in das die verwaltenden Deputationen und Behörden ihre Ausgaben und Einnahmen einstellen. Die Ausgaben werden gedeckt durch Steuern, Abgaben und Einnahmen aus Staatsbesitz und Staatsbetrieben. Dieses laufende Budget enthält auch die Zinsen und die Tilgungsraten für die Anleihen. Dann das Budget für außerordentliche Verwendungen. Es enthält in erster Linie die Ausgaben für produktive Anlagen: a) kommunale (Erleuchtungs- und Wasserwerke, Schlachthof usw.), b) Bauten für Handel, Schiffahrt und Industrie (Häfen und Wasserstraßen); zweitens: große kommunale neue Anlagen mit bestimmter auf 5 bis 20 Jahre festgesetzter Tilgung aus dem laufenden Haushalt (einschließlich Kanalisation mit 70jähriger Tilgung); drittens: was während des Krieges Regierung und Parlament der Kriegsdeputation bewilligt haben und zwar durchschnittlich halbjährlich 20—30 Millionen. Dieses Budget der außerordentlichen Verwendungen wird durch Anleihen gedeckt.

Meine Damen und Herren! Ich bitte, mir zu erlauben, wo wir zum erstenmal vor ein ganz neues Parlament mit einer so großen Anforderung treten, etwas weiter aus der Vergangenheit zu berichten, um die neuen Damen und Herren in dieser Versammlung instand zu setzen, die Sache zu beurteilen.

Unsere Deputation hieß zuerst Deputation wegen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges. Es war unsere Aufgabe, die Not bei einzelnen Personen zu lindern, bei Kriegerfrauen usw. Sie wissen, wie zu Anfang des Krieges sich die Organisation Rotes Kreuz gebildet hat. Der stellten wir bis zu 800000 ℳ monatlich für die Unterstützung der Kriegerfrauen und andere zur Verfügung. Auch anderen für die Volkswohlfahrt geschaffenen Organisationen wurden Unterstützungen zuteil. Sie wissen, daß weiter aus den Mitteln der Kriegsdeputation die Teuerungszulagen gezahlt werden. Sie wurden in immer mehr wachsendem Maße gezahlt, auf immer weitere Kreise ausgedehnt, nicht nur auf Beamte, Angestellte und Arbeiter, sondern auch auf Pensionäre, Witwen und Waisen und andere Gruppen.

Wir haben dann anderen Behörden und anderen entsprechenden Organisationen geholfen, Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, die sie zu treffen hatten, treffen zu können, so den Kammern, insbesondere der Kammer für Kleinhandel, der Kammer für Landwirtschaft, die in diesem Kriege Außerordentliches geleistet haben. Ferner haben wir uns im Laufe der Zeit an einer Reihe Unternehmungen beteiligt und Vorschüsse gegeben. So haben wir hier der Hilfsbank für Kleinhandel und Gewerbe geholfen und uns ferner an einer Reihe von Kriegsgesellschaften in Berlin beteiligt, um auf die Weise in deren Aufsichtsräten einen weitergehenden Einfluß auf die Versorgung Deutschlands und besonders Bremens zu haben. Die vornehmste Aufgabe, die uns gestellt war, war natürlich die Versorgung unserer Bevölkerung. Hier wirtschafteten wir selbst. Wir haben im Laufe der Zeit diese Organisation außerordentlich ausgebaut. Wir haben für die verschiedensten Artikel

Geschäftsstellen gegründet: für Mehl, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Fette, Futtermittel, Kohlen, Kleider, und wir haben schließlich zwei neuen großen Organisationen, die sich gegen Ende des Krieges und mit dem Beginn der Uebergangswirtschaft bilden mußten, die Mittel zur Verfügung stellen müssen. Das ist einmal das Wohnungs- und Siedlungsamt mit seinen vier verschiedenen Fonds: für Materialbeschaffung, für Hergabe von verlorenen Bauzuschüssen, für Hypothekengelder und für die Herstellung von Notwohnungen. Die zweite Organisaton ist der Demobilmachungsausschuß, der neben seiner Zentrale sieben Ausschüsse hat und eine Reihe von Unterausschüssen wieder, die teilweise als Geschäftsstellen in kaufmännischer Weise arbeiten, und zwar für Siedlungs- und Landarbeit, für Heideverwertung, für Lederverwertung, für geistige Notstandsarbeiten, und dann den Fortbildungsausschuß. So setzt sich das Budget der Kriegsdeputation zusammen einmal aus den endgültigen Ausgaben, wo wir die Mittel zur Verfügung stellen, damit die andern damit wirtschaften, dann aus Beteiligungen an andern Unternehmungen, und schließlich aus der selbstwirtschaftenden Tätigkeit der Lebensmittelkommission, des Wohnungs- und Siedlungsamts und des Demobilmachungsausschusses. Das sind also im ganzen etwa 60 Geschäftsstellen. Jede einzelne hat ihre Beamten, ihren Vermögensbestand, ihr Inventar, ihre Kasse, ihre Bankverbindung, ihre Unkosten, ihr Gewinn- und Verlustkonto. Und um das alles nachzuprüfen, haben wir eine Rechnungsstelle, die in Form der preußischen Oberrechnungskammer, nur in kaufmännisch-großzügiger Weise, die ganze Organisation in den einzelnen Geschäftsstellen prüft und die Revisionen vornimmt. So haben wir ungefähr halbjährlich diese Geschäftsstellen ihre Abrechnung geben und ihr Budget aufstellen lassen, die darauf an Senat und Bürgerschaft gehen. Wir finden in dem Bericht zunächst einen Nachweis der Uebereinstimmung unserer detaillierten Aufgabe mit dem Konto der Generalkasse. Die Generalkasse bucht nur auf Konto Krieg. Sie finden auf Seite 90 in der Mitte, daß wir in 4½ Jahren rund 68 Millionen als endgültige Ausgaben betrachten können, abgesehen von dem Reichszuschuß, der die Summe entsprechend verringert. Wir finden ferner, daß wir in dem ersten Halbjahr des fünften Geschäftsjahres unserer Tätigkeit 70 Millionen, in den 4½ Jahren 264 Millionen umgesetzt haben. Das Resultat ist, daß wir in den 4½ Jahren 123 Millionen von der Generalkasse beansprucht haben, und daß wir für die weitere Zeit bis 31. Juli mit einer Beanspruchung von 29 Millionen rechnen, im ganzen also 152 Millionen angefordert werden müssen, daß demgegenüber 97 Millionen und 30 Millionen zur Verfügung gestellt sind, und daß wir somit um 25 Millionen weitere Mittel bitten müssen. In den Geldern, die uns bis 31. Januar zur Verfügung gestellt sind, waren ja 35 Millionen Warenbestände, und wir rechnen auch, daß in den 25 Millionen 10 Millionen Werte verbleiben werden.

Meine Damen und Herren! Unser verehrter Vorsitzender Herr Senator Bömers, hat schon auf die großen Aufgaben, vor die die Lebensmittelversorgung Deutschlands und Bremens gestellt ist, hingewiesen. Ich darf Ihnen vor Augen führen, daß in der Zeit vor dem Kriege unsere Lebens- und Futtermittelversorgung sehr wesentlich auf die Zufuhren vom Auslande eingestellt war. Wir hatten aus Rußland sehr reiche Zufuhren an Roggen, Weizen, Gerste, Mais, Hafer, Hülsenfrüchten, aus Frankreich und Belgien an Gemüse und Obst, aus Uebersee — von wo die Zufuhren durch die englische Blockade ja noch gesperrt sind — Lebens- und Futtermittel für Viehhaltung und Fleischversorgung, besonders aus Canada, Argentinien und den Vereinigten Staaten. Und alle diese reichen Ernten, die uns zur Verfügung standen, blieben auf einmal aus. Die Maßnahmen des Reiches haben während der Kriegszeit einmal in der Monopolisierung des Einkaufs durch eine Zentrale, und zwar die Z.E.G. bestanden und dann in der Erfassung der Inlandsproduktion durch Reichsstellen und durch die Rationierung. Das ist in großen Zügen das, was das Reich geleistet hat. Der Anteil der Bundesstaaten und der Kommunalverwaltungen an dieser Versorgung ist sehr verschieden. Am Anfang hatten wir sehr viel Spielraum gehabt, dann aber trat immer stärker der Wunsch nach Schematisierung auf, um möglichst allen Teilen des Reiches das gleiche zu geben. Dadurch wurde die Sache sehr erschwert. Denn je größer der Spielraum für uns war, um so größer war auch die Verantwortung, um so größer aber auch unsere Arbeitsfreude und um so größer schließlich auch der Erfolg. Das Jahr 1914 stand im wesentlichen unter dem Zeichen der Einarbeitung, und es handelte sich darum, den freien Verkehr durch staatliche Maßnahmen zu ergänzen. Im Jahre 1915 wurden behördliche Maßnahmen vorherrschend, einmal beim Heranschaffen, dann aber auch beim Verteilen der Bestände, was unter ganz bestimmten Gesichtspunkten durchgeführt wurde. Es kam während der Kriegszeit darauf an, daß neben den riesigen Anforderungen, die an Heer und Marine gestellt wurden, auch große Anforderungen an die Heimat selbst gestellt wurden, insbesondere an Industrie und Landwirtschaft. Es war notwendig, die Bevölkerung hinter der Front in den Stand zu setzen, auszuhalten und das zu leisten, was sie leisten mußte. Wir mußten bestrebt sein, die Not des Krieges so stark zu lindern, wie es nur denkbar war. Es war notwendig, den körperlich Arbeitenden eine möglichst kräftige Ernährung zuzuführen und den Minderbemittelten zu helfen. Das Jahr 1915 hat dann die Grundlage gelegt, auf der weiter gebaut wurde. Es brachte die Brotmarke, die Kartoffelmarke und weitere Rationierungen. Wir haben in Bremen die Zusatzkarte für Brot in weitestem Maße eingeführt, so daß wir schließlich auf 340000 Zusatzkarten gekommen sind. Wir haben auch die Kartoffelzusatzmarke eingeführt. Wir haben die Gruppeneinteilung für die minderbemittelte Bevölkerung, wir

haben gesorgt, daß der Kleinhandel dazwischen blieb und so seine Erhaltung möglich war. In der augenblicklichen Lage unseres Volkes sind diese Maßnahmen der Fürsorge, ist eine verständige Ernährungspolitik notwendiger als je. Wie können zwar nicht dadurch allein die Wunden, die unserm Vaterlande geschlagen sind, heilen und geordnete Zustände wiederherstellen, aber wir sind uns bewußt, daß wir viel dazu beitragen können. Das soll geschehen, soweit es in unsern Kräften steht.

Meine Damen und Herren! Die Aufgaben der Kriegsdeputation, für die Sie heute die Mittel neu bewilligen sollen, sind rein wirtschaftlicher Natur, nicht politischer Natur. Und ich glaube, unter uns allen können grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten kaum vorhanden sein. Es bestehen wohl Meinungsverschiedenheiten, einmal über die Art der Begünstigung der Minderbemittelten und dann über die Belastung der Wohlhabenden zu deren Gunsten. Wir haben in diesen vier Kriegsjahren ein System ausgebaut, das den Gruppen 4 und 3 die Einstandspreise berechnet, während die Zuschüsse für die Gruppen 1 und 2 aus der Staatskasse genommen werden, und auf dem Wege der Steuern dann von den Wohlhabenden. Es stellt sich dabei heraus, daß nach ungefährer Schätzung 1000 Steuerzahler mit einem Einkommen von über 15 000 ℳ etwa die Hälfte der Einkommensteuer bezahlen, daß weiter etwa 1200 Steuerzahler mit über 12 000 ℳ Einkommen etwa ein Viertel der Einkommensteuer bezahlen. So werden auch die Verbilligungsmaßnahmen und die Kosten der Kriegsdeputation größtenteils von ungefähr 2200 Steuerzahlern, die über drei Viertel der Einkommensteuer aufbringen, getragen. Nun wird ein neues System der Gruppeneinteilung von Herrn Bußmann vorgeschlagen, der fünf Gruppen einführen will und die Verbilligungen, die den Gruppen 1 und 2 zuteil werden, unmittelbar den Gruppen 4 und 5 auferlegen will. Wir sind dabei, dieses System zu prüfen. Wir werden erst sehen müssen, ob es möglich ist, damit noch sozialere Maßnahmen zu treffen, als es bisher möglich war. Eine weitere Meinungsverschiedenheit könnte vielleicht darüber herrschen, ob man abbauen und den freien Handel wieder eintreten lassen kann. Ich glaube, daß auch da die Praxis zu einer Uebereinstimmung führen wird. Die Kommunen können nicht unmittelbar den freien Handel einführen und die Rationierung aufheben, solange das nicht vom Reiche aus geschieht. Aber, meine Damen und Herren, es ist eine dringende Notwendigkeit, daß für den Verkehr mit dem Auslande der freie Handel wieder eingeführt wird, und wenn dann von Uebersee die Lebensmittel hereinkommen, dann wird sich wohl von selbst das weitere ergeben. Wir in der Lebensmittelkommission und in der Kriegsdeputation, wir sind frei von jedem Ehrgeiz, noch weiter zu organisieren und an dem jetzigen weit verzweigten Schematismus festzuhalten. Unsere Herren sehnen sich alle in ihren Beruf zurück, um ihre Arbeitskraft in freier Betätigung dem Wiederaufbau des bremischen Handels und damit der bremischen Zukunft zur Verfügung zu stellen. So möchte ich an Sie alle, meine Damen und Herren, wie es unser Vorsitzender, Herr Senator Bömers ja auch schon getan hat, die Bitte richten, uns wie im alten Parlament so auch jetzt die Mittel zum Weiterarbeiten vertrauensvoll zu bewilligen.

Bußmann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden die Forderung von 25 Millionen der Kriegsdeputation bewilligen, weil wir eben wollen, daß die Maßnahmen der Kriegsdeputation im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung ihre beste Wirkung ausüben sollen. Aus dem Grunde haben wir ja auch in der Sitzung vom 9. Mai hier unsern Antrag betreffend die Verbilligung der Lebensmittel gestellt. Und in diesem Antrage heißt es:

„Sie ersucht den Senat, bei der Reichsregierung entsprechende Anträge zu stellen, sowie ferner die Kriegsdeputation zu beauftragen, schleunigst zu prüfen, inwieweit durch bremische Maßnahmen auch den Minderbemittelten der Ankauf der rationierten Lebensmitteln ermöglicht werden kann, und zwar insbesondere durch Bereitstellung öffentlicher Mittel".

Dieser unser Antrag hat dann den Bericht, der uns hier mit dem 28. Mai durch die Mitteilung des Senats zugegangen ist, zur Folge gehabt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Bericht ist in seiner kurzen Bündigkeit und in seinen kurzen Sätzen ein recht eingehender. Er hat manchem doch wohl die Augen darüber geöffnet, daß die bremische Lebensmittelkommission im Vergleich zu anderen Städten in Nord- und Mitteldeutschland wirklich Anerkennenswertes geleistet hat. Man mag zu den Herren politisch stehen, wie man will, diese Anerkennung dürfen wir den Herren nicht versagen, und es hat mich immer mit ganz besonderer Freude erfüllt, als ich eingezogen war, in Hamburg und Mecklenburg und an verschiedenen andern Stellen in den Zeitungen lesen zu können, daß die bremische Regelung in der Lebensmittelversorgung als gutes Beispiel für diese Kommunen hingestellt wurde. (Sehr richtig!) Diese Genugtuung, die wir empfinden, schließt natürlich nicht aus, daß wir hier unsere Kritik üben und unsere weitergehenden Wünsche hier äußern werden. Aber das kann uns doch nicht abhalten, das anzuerkennen, was geleistet worden ist.

Meine Damen und Herren! Seit dem Winter 1915/16 hat die Lebensmittelkommission der Kriegsdeputation nach ihrem Bericht nach bestem Können sich bemüht, für die minderbemittelte Bevölkerung zu tun, was zu tun war. Daß dabei nicht alle Wünsche erfüllt wurden, ist selbstverständlich. Es mag auch

sein, wenn die Arbeiterschaft in der Kriegsdeputation oder der Lebensmittelkommission einen größeren Einfluß gehabt hätte, den sie jetzt haben wird, daß dann manches vielleicht besser geworden wäre. Ich will nur ein Beispiel anführen. Mein Freund Sommer von den U. S. und ich sind in die Kriegsdeputation gegangen mit der festen Absicht, das häßliche Prämiensystem in der Milchwirtschaft unbedingt abzuschaffen. Wir hatten geglaubt, daß es eine Kleinigkeit sei, dieses System zu ändern. Aber als wir kaum eine halbe Stunde in der Kriegsdeputation waren, da wußten wir schon, daß Theorie und Praxis immer noch zweierlei Dinge sind. (Sehr richtig!) Wir hatten sofort heraus, daß es ohne Prämiensystem in der Milchwirtschaft nicht geht, wenn wir nicht wollen, daß die Milchversorgung der Säuglinge, der Frauen und Kinder ganz und gar in Frage gestellt werde. Wir kommen nicht darüber hinweg. Mein Freund Sommer und ich mußten leider zugeben, daß, wie die Verhältnisse liegen, es eben nicht zu umgehen ist, das Prämiensystem vorläufig bestehen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Unser Antrag hat zur Folge gehabt, daß die Lebensmittelkommission beschlossen hat, das alte Mittel, das sie in den Wintern 1917/18 und 1918/19 angewandt hat, die Einführung von Warenverbilligungsmarken, wieder in Anwendung zu bringen. Es werden für die Gruppe I pro Kopf und Woche 2 ℳ, für Gruppe II 1 ℳ bewilligt. Dabei waren die Antragsteller von der Ansicht ausgegangen, daß diese 2 und 1 ℳ nur in Anwendung kommen sollten für amerikanischen Speck und amerikanisches Mehl. Dann ist uns in der Kriegsdeputation und der Lebensmittelkommission leider mitgeteilt, daß in Kartoffeln ebenfalls eine eminente Preissteigerung erfolgt sei, und daß andererseits auch die Brennmaterialien eminent in die Höhe gegangen seien. Da sind wir allerdings der Ansicht, daß die Herren der Lebensmittelkommission sich die Sache etwas sehr bequem gemacht haben, wenn sie annehmen, daß von dem Zuschuß von 2 resp. 1 ℳ nun alles bestritten werden soll. Es sind viele Arbeiterfrauen, Kriegerfrauen und andere, die fragen: Was sollen wir denn schließlich mit diesen 2 resp. 1 ℳ alles bezahlen?

Meine Damen und Herren! Das Schmerzenskind der Lebensmittelkommission wird jedenfalls immer die Gruppeneinteilung sein, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß, wenn wir in der Kriegsdeputation einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben können, wir die Gruppeneinteilung ändern werden. (Sehr richtig!) Aber heute liegt die Sache so, meine Damen und Herren, daß gerade in dem Augenblick, wo die Lebensmittelverbilligung beschlossen wurde, außerordentlich starke Verschiebungen in den Gruppen vorgenommen wurden, daß viele Personen plötzlich von Gruppe I nach Gruppe II und viele von Gruppe II nach Gruppe III verschoben wurden. Das ist in ganz erheblichem Maße vorgekommen. Natürlich ist dagegen von unserer Seite Beschwerde erhoben. Wir müssen darauf dringen, daß umgekehrt Umgruppierungen von Gruppe II nach Gruppe I und von Gruppe III nach Gruppe II erfolgen. Herr Dotzler hat in der letzten oder vorletzten Sitzung einen Antrag gestellt, bezüglich der Brennmaterialien Verbilligungsmaßnahmen zu schaffen, und ich glaube, es findet nicht den Beifall des Herrn Dotzler, wenn man jetzt daran geht, Leute aus Gruppe I nach Gruppe II zu verschieben. Denn ich bin der Ueberzeugung, daß er mit mir der Meinung ist, daß hierin nicht das Mittel liegt, die wirtschaftlich Schwachen für den kommenden Winter möglichst ausreichend mit Feuerung zu versorgen.

Herr Hagemeyer hat in seinen Ausführungen auf einen von mir neu aufgestellten Plan Bezug genommen. Die neue Gruppierung sieht fünf Gruppen vor: es ist für sie eine neue Preis-Staffelung vorgesehen. Meine Damen und Herren! Dieser Gedanke ist mir gekommen, nachdem das Reichsernährungsamt den verschiedenen Kommunen den Rat erteilt hatte, dort, wo es möglich sei, eine Preisstaffelung vorzunehmen. Da habe ich mir gesagt: Um nicht immer die Staatskasse mit großen Summen zu belasten, wäre es vielleicht besser, wenn man die Mehrkosten auf die wirtschaftlich Starken abwälzte. Ich will aber nicht verhehlen, daß gegen diesen Plan auch Bedenken bestehen. Diese Bedenken wurden mir von Herren der Rechten entgegengehalten. Sie hoben hervor, daß die wirtschaftlich Starken sich vielleicht weigern würden, diese Lasten zu übernehmen, sie würden den Weg der passiven Resistenz gehen, überhaupt nicht kaufen und uns mit den Waren sitzen lassen. Die Sache ist so, daß vielleicht doch ein Weg zu finden ist durch eine direkte Besteuerung der bemittelten Klassen, und vielleicht zeigt sich, daß dieser Weg der richtigere ist, der beschritten werden muß. Getan werden muß etwas, denn zweifellos ist es nicht recht, soviele Leute, Kriegerfrauen, Rentenempfänger usw. ohne weiteres aus Gruppe I nach Gruppe II und andere aus Gruppe II nach Gruppe III zu versetzen. Die Leute sind, und das ist die Hauptsache, was ich sagen wollte, bei dem jetzigen Einkommen nicht in der Lage, die eminent teuern Preise für Lebensmittel, für amerikanischen Speck und amerikanisches Mehl erschwingen zu können, ebenso für Kartoffeln und Feuerung.

Aeußerst interessant war es, daß Herr Senator Bömers mitteilte, daß im Hamburger Hafen bereits über 50 Lebensmitteldampfer eingelaufen sind, in Stadt Bremen ein einziger. Meine Damen und Herren! Da ist mir der Gedanke gekommen, woran das wohl liegt, ob das wohl noch immer an dem doch längst vergessenen Generalstreik liegt, ob der die Ursache ist, daß in Bremen keine Dampfer einlaufen. Es scheint mir, als wenn wenigstens auch noch andere Ursachen mitspielten. Ich glaube bestimmt, daß die Hamburger Kaufleute diese Gelegenheit ausgenutzt haben, für sich dabei im Trüben zu fischen.

Meine Damen und Herren! Wir werden nach wie vor in der Kriegsdeputation, wo sich Gelegenheit dazu bietet, mit dahin wirken, den wirtschaftlich Schwachen über die Zeiten der schweren Not nach unserem besten Können hinwegzuhelfen. (Beifall.)

Hormann (D.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich den warmen Worten, die der Vertreter der Mehrheitssozialisten für die Arbeiten der Lebensmittelkommission gefunden hat, nur anschließen. Die Lebensmittelkommission verdient es wirklich, daß man ihre Tätigkeit lobend hervorhebt. Ueberall, wohin man während des Krieges hörte, sagte man uns: Ja, ihr in Bremen seid wohl daran, ihr seid gut versorgt. Und wir waren in der Tat fast zu allen Zeiten des Krieges besser versorgt als die Großstädte in unserer weiteren Nachbarschaft.

Daß die Lebensmittelschiffe in Bremen nicht in annähernd gleicher Zahl eingelaufen sind wie in Hamburg, ist außerordentlich bedauerlich. Ich glaube aber, daß das Mißverhältnis doch nicht so groß ist, wie es uns von Herrn Senator Bömers mitgeteilt wurde, weil in diesen 50 bis 55 Schiffen, die in Hamburg angekommen sind, auch die Schiffe eingeschlossen sind, die für Tschecho-Slovakien Lebensmittel heranbringen, so daß die Dampfer nicht allein für Deutschland in Frage kommen. Allerdings ist der Unterschied auch dann noch groß genug, und es ist außerordentlich bedauerlich, daß Bremen dabei nicht mehr berücksichtigt worden ist. Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß es in Zukunft der Lebensmittelkommission gelingen wird, uns so durchzubringen, wie es bisher geschehen ist. Ich hoffe daß wir bis zur nächsten Ernte glatt auskommen.

In dem Bericht ist auf Seite 105 auch in Anregung gebracht worden — der Herr Vorredner hat die Sache schon angeschnitten — ob nicht in Zukunft die Mehrkosten, die durch die Verbilligung von Waren entstehen, besonders den Begüterten aufzuerlegen seien. Ich würde eine solche Maßnahme für unsozial halten. Der bisherige Modus ist weit sozialer. Wenn Herr Bußmann von der Möglichkeit einer passiven Resistenz der wohlhabenderen Kreise redet, so hat er vollkommen recht. Es könnten in der Tat weitere Kreise sich gewisser rationierter Nahrungsmiitel enthalten, so daß für sie die Verteuerung der Preise nicht fühlbar würde. Wenn dagegen die Mehrkosten einfach auf die Staatskasse geschlagen werden, so wird jeder Staatsangehörige nach dem Maße seiner finanziellen Leistungsfähigkeit zur Verteuerung herangezogen, während sonst leicht der Fall eintreten könnte, daß reiche Leute viel weniger von einer gewissen Ware kaufen und infolgedessen sehr viel weniger zu den Mehrkosten herangezogen werden. Ich würde also unter allen Umständen empfehlen, bei dem bisherigen Modus zu bleiben und die Mehrkosten, die durch eine Verbilligung der Waren für gewisse Gruppen entstehen, einfach auf die Staatskasse zu übernehmen, damit sie durch allgemeine Steuern gedeckt und damit den wirklich leistungsfähigen Schultern auferlegt werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir noch erlauben, über einige Zahlen in der Mitteilung des Senats über Maßnahmen aus Anlaß des Krieges einige Worte zu sagen. Die Zahlen sind erschrecklich, wenn man unser kleines Budget daneben hält, die bescheidenen finanziellen Verhältnisse, in denen wir bisher gewohnt waren zu arbeiten. Es sind seit Anfang des Krieges bis zum 31. Januar 1919 bereits mehr als 74 Millionen vollständig — sagen wir es einmal — vollständig verloren gegangen, als verlorene Ausgaben, als Verlust zu buchen. Dagegen ist nichts zu sagen und nichts zu machen, und solange die jetzigen Verhältnisse bestehen, wird sich das wiederholen, es werden noch weitere Forderungen an den Staat gestellt werden. In dem Bericht ist ja schon angemeldet, daß noch weitere Millionen als verloren zu betrachten sein werden, so daß bis zum 31. Juli d. J. tatsächlich 93 Millionen verloren sein werden. (Hagemeyer: Mehr! Ein Vierteljahr fehlt dabei: vom 31. Januar bis zum 30. April!) Also noch mehr! Wahrscheinlich mehr als 100 Millionen! Das ist eine ungeheure Summe, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend hat gezahlt werden müssen resp. zum Teil noch gezahlt werden muß. Wir müssen uns darüber klar werden, daß es nicht ohne weiteres immer heißen kann: der Staat muß zahlen. Wir müssen neue Opfer bringen, für jede neue Forderung, die an den Staat gestellt wird, müssen die Mittel aufgebracht werden. Denken Sie an das Defizit dieses Jahres! Der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts ist vorläufig auf etwa 26 Millionen berechnet, wahrscheinlich wird er sich aber noch auf 28 oder 29 Millionen erhöhen, weil uns noch erhebliche finanzielle Ausgaben bevorstehen, die beim Voranschlag noch nicht berücksichtigt werden konnten. Wir kommen daher um eine Verschärfung der Besteuerung, um ein Anziehen der alten Steuerquellen oder um eine Erschließung neuer Steuerquellen nicht herum. Und wenn wir daran denken, daß vielleicht ein erheblicher Teil des Steuerkapitals aus Anlaß des Krieges und durch Maßnahmen aus Anlaß des Krieges selbst hinweggesteuert wird, so wird es sehr schwer sein, diese Steuern aufzubringen. Es handelt sich um gewaltige Summen, denn die angeliehenen Summen müssen auch verzinst und amortisiert werden. Wir müssen uns ferner vergegenwärtigen, daß ein großer Teil der Summen, die wir während des Krieges vorläufig auf Anleihen genommen haben, in Zukunft das ordentliche Budget beschweren müssen, wie Herr Hagemeyer angedeutet hat. Wir werden, wenn wir demnächst im Juli oder August das Budget der außerordentlichen Verwendungen bekommen, ungeheure Summen zu sehen bekommen, die aus Anlaß der Verhältnisse uns vorgetragen werden müssen. Die Unterstützungen der Arbeitslosen gehen in die vielen

Millionen hinein, und diese Summen werden darin vertreten sein. Es werden die Summen für die Regierungstruppen, für die Stadtwehr darin enthalten sein. Das ist heute leider alles notwendig, meine Damen und Herren. Ohne die Arbeitslosenunterstützung kommen wir heute nicht aus, und ohne Regierungstruppe und Stadtwehr kommen wir heute auch nicht aus, (Widerspruch links.) bis wir endlich gefestigte Verhältnisse haben. Ich möchte nun darauf aufmerksam machen — und das sollte auch bei den Bewilligungen, die wir vornehmen, und bei den Wünschen, die hier vorgebracht werden, berücksichtigt werden — daß das alles einmal bezahlt werden muß, und daß die Steuerlast bis ins Unendliche anschwellen wird. Und wenn wir dabei in Betracht ziehen, daß alle unsere Steuerquellen zur Zeit fast völlig versagen, daß Handel und Schiffahrt fast völlig darniederliegen, daß unsere Industrie kaum die Selbstkosten deckt, daß von großen Ueberschüssen nicht die Rede sein kann, daß infolgedessen auch schon in diesem Jahre, daß mehr noch im nächsten und im übernächsten Jahre die Einkommensteuer ganz außerordentlich zurückgehen wird, dann müssen wir bei Zeiten daran denken, daß wir uns nach der Decke strecken. (Zuruf links: Daran hätten Sie früher denken sollen!) Das habe ich früher immer gedacht, mein lieber Drettmann. Jetzt aber werden die Anforderungen, die an uns gestellt werden, sehr viel größer werden, sie werden das vielfache von dem sein, was bisher aufgebracht werden mußte, und deshalb bedürfen alle diese Finanzmaßnahmen der allergrößten Vorsicht, und man wird ja auch seine Wünsche einen Pflock zurückstecken müssen im Hinblick darauf, daß unsere finanziellen Verhältnisse in Zukunft einmal gesunder werden müssen. (Bravo!)

Becker (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, jeder wird mir zugeben müssen, daß die Lebensmittelverhältnisse hier in Bremen im Hinblick auf andere Großstädte wohl gute zu nennen sind. Auch muß ich hier besonders erwähnen, daß Herr Hagemeyer so gut wie Herr Wenhold sehr bemüht gewesen sind, mit den Führern der gemeinnützigen Vereine und mit den Personen der werktätigen Bevölkerung in Verbindung zu treten. Aber wider Erwarten ist bisher ein Apparat entstanden, wodurch keine Verbilligung der Lebensmittel und keine Entlastung des Staates herbeigeführt worden ist. Ich werde hier einige Fälle anführen, und ich bin der Meinung, daß der Apparat einer Revision unterzogen werden muß. Es ist hier kürzlich von der Vereinfachung des Geschäftsganges bei der Verwaltung gesprochen worden, und ich glaube, sie ist hier unbedingt am Platz. Wenn man z. B. von der Milchviehhaltung sprechen wollte, so muß man sagen, daß, wie ich in Erfahrung gebracht habe, die Milch bei der Milchviehhaltung von Körbchen 2.40 ℳ den Liter im Winter kommt und im Sommer 1.40 ℳ (Wenhold: Stimmt nicht!) Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, daß man dort für fünf Kühe einen Schweizer und womöglich noch einen Oberschweizer braucht. Man hat seitens der Lebensmittelkommission die Milchviehhalter gefragt, zu welchem Preise sie die Milch liefern könnten. Dann hat eine maßgebende Stelle der Lebensmittelkommission gemeint — ich will den Namen später nennen — Anfangs zu 2 ℳ (?). Daraus geht hervor, daß meines Erachtens seitens der Milchviehhalter, wenn sie etwas mehr freien Willen haben, die Milch billiger herzustellen ist. Außerdem ist auch seitens der Milchhändler der Wunsch ausgesprochen worden, die Milch selbst von den Lieferanten zu beziehen. Die Milch wird erzeugt vom Staate bezw. von der Lebensmittelkommission mit 38 ₰. Sie wird wieder verkauft an die Händler mit 48 ₰. Der Konsument muß 56 bezw. 62 ₰ bezahlen, Also ich glaube, man könnte doch eine Sache ausschalten, indem daß der Milchhändler sich direkt an die Lieferanten wendet. Außerdem hat man doch einen Apparat, die Milchzentrale, wo nicht weniger als 50 Kontoristinnen sitzen; ich selbst bin noch nicht da gewesen, man hat es mir aber gesagt. Diese Sache trägt doch dazu bei, um zu der Annahme zu kommen, daß hier etwas geschehen muß. Außerdem ist auch ein Motorboot tätig, wodurch 175 ℳ Kosten täglich entstehen. Durch dieses Motorboot werden 1600 Liter von Bollen bezw. Riede auf der Weser befördert. (Wenhold: Stimmt nicht!) Das ist doch ein Apparat, der unbedingt einer Revision unterzogen werden muß.

Frau Heineken (D): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Antrag, den die Nationalversammlung an den Senat gestellt hat, lautet: die Unterstützungssätze der Kriegerfamilien mit der stetig sich verteuernden Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Das ist ein Antrag, dessen Erfüllung ungeheuer schwierig sein mußte, so schwer ungefähr, wie wenn die Lebensmittelkommission sich die Aufgabe gestellt hätte, die Einwohner Bremens alle mit einander satt zu machen. Die Berücksichtigung dieses Antrages ist denn auch zurück geblieben hinter seiner Erfüllung. Das zeigt sich, wenn wir z. B. hören, daß schon eine Kriegerfrau mit drei Kindern mit der ihr zustehenden Mehr-Unterstützung nicht imstande sein wird, die Lebensmittel, die sie laut Marken in dieser Woche bekommt, voll einzulösen. Herr Hormann sagte vorhin: wir müssen unsere Wünsche zurückstellen bei der Finanzlage Bremens. Das wissen wir selbstverständlich, und infolgedessen tun die Frauen das auch, wenn es auch in diesem Falle ganz besonders schwer wird. In einem andern Falle wird es der Frau noch schwerer, in dem Falle nämlich, wo der Vater der Familie nicht nur abwesend ist, sondern wo die Familie den Vater verloren hat durch den Krieg. Und da muß ich bedauern, daß nicht zugleich mit dem Bericht über die Verbesserung der Unterstützungssätze der Kriegerfamilien auch ein Bericht

erfolgt ist über die Verbesserung der Unterstützung der Kriegerwitwen, wie sie nach einer Auskunft, die ich bekommen, tatsächlich erfolgen soll. Es ist verständlich, daß die Kriegerwitwen ihre Lage vergleichen mit der Lage der Kriegerfrauen, und dieser Vergleich ist bisher nicht zum besten der Unterstützung der Witwen ausgefallen. Wir können es auch verstehen, wenn die Witwen kein Verständnis haben für Erwägungen, wie die Unterstützungssätze, die den Kriegerfrauen gezahlt würden, seien als vorübergehende die der Witwen hingegen als ständige anzusehen, oder, die Unterstützung der Kriegerwitwen sei Reichssache, und darum habe der Einzelstaat sich weniger darum zu kümmern; oder auch, es bestände die Gefahr, daß die Unterstützten dann sich nicht Arbeit suchten. Das sind Erwägungen, die nicht ohne weiteres einzusehen sind von solchen Frauen, die wirklich in Not sind. Und es ist ganz entschieden sicher, daß die Reichsunterstützungssätze der Kriegerwitwen nicht genügen für solche Frauen, die ganz und gar darauf angewiesen sind. Hier in Bremen ist die Fürsorgestelle für die Kriegshinterbliebenen eingetreten und hat geholfen in weitgehender und auch in entgegenkommender Weise. Es ist jetzt gesagt worden die Unterstützung, die den Kriegerwitwen gezahlt wird, soll der den Kriegerfrauen zustehenden Unterstützung gleichgestellt werden. Allerdings besteht insofern ein Unterschied, als die Behandlung der Kriegerwitwen mehr individuell ist, weniger schematisch. Die Frage welche Art der Behandlung die richtigere ist, ist nicht leicht zu beantworten. Viele wünschen eine schematische Lösung der Aufgabe. Wenn man aber der Sache auf der Grund geht, so wird man doch sagen müssen, daß die individuelle Lösung der Aufgabe entschieden die gerechtere ist, besonders, wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht wie bei der Unterstützung der Kriegerfrauen um eine Maßnahme von ganz kurzer Dauer handelt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Kriegerwitwen, die genügend versorgt sind, entweder, durch die Einnahme aus einer Arbeit oder aus eigenem Besitz und Vermögen nicht dieselben Ansprüche auf Unterstützungsgelder haben, wie diejenigen, die in Not sind. Natürlich ist es sehr schwer, den richtigen Weg zu finden. In der Art und Weise aber, wie unsere Fürsorgestelle vorgehen will, ist die Lösung so gefunden, wie wir sie meiner Meinung nach, wünschen müssen so nämlich daß gerade schwierige Fälle eine ausreichende Unterstützung finden und zwar eine Unterstützung, die über den Bedarfssatz hinaus geht. Eines aber muß uns allen klar sein, daß wir nämlich dafür sorgen müssen, daß das feste Vertrauen, mit dem die Väter dieser jetzt des Ernährers beraubten Familien in den Krieg gezogen sind, das Vertrauen nämlich, daß Volk und Vaterland die Aufgabe übernehmen würden, an deren Erfüllung sie selbst gehindert worden sind durch das Opfer, daß sie dem Vaterlande gebracht haben, nicht getäuscht werde. Und da wird es unsere heilige Pflicht sein, daß wir das Schikal der Kriegshinterbliebenen in dem Sinne gestalten helfen, wie die, die für das Vaterland gefallen sind, es gewünscht hätten. (Bravo!)

Frau Bardenheuer (M.-S.): Anschließend an die Worte von Frau Heineken möchte ich einiges über die Erhöhung der Unterstützungen für die Kriegerfamilien sagen. Wenn die Frage gestellt wird, ob die Unterstützung, die jetzt nach der Erhöhung gezahlt wird, hinreichend ist, eine einigermaßen auskömmliche Lebenshaltung der Kriegerfamilien zu gewährleisten, so muß die Frage einfach mit einem „Nein" beantwortet werden. Die Unterstützung dieser Familien ist nicht hinreichend, sie ist es vordem nicht gewesen, sie ist es von Anfang an nicht gewesen. Vom ersten Tage an, als die Unterstützung der Kriegerfamilien öffentlich zur Diskussion gestellt worden ist, habe ich mit anderen Protest erhoben gegen die geringe Höhe der Unterstützung. Ich habe diesen Protest Jahre hindurch immer wieder erhoben. In der ersten Sitzung hat Herr Pastor Frick auf meine diesbezügliche Aeußerung geantwortet, es handle sich nur darum, diese Familien für einige Wochen über Wasser zu halten. Was aus diesen Wochen geworden ist, haben wir alle gesehen. Die Familien sind auch nicht über Wasser gehalten worden. Ich habe mir im folgenden Jahre die Haushaltsbücher von Kriegerfrauen geben lassen und bin damit zu Herrn Senator Hildebrand gegangen, habe sie ihm vorgelegt und ihm nachgewiesen, daß die Unterstützungen nicht hinreichen. Ich habe mich auch an Aerzte gewandt, an Herrn Dr. Stövesandt und Herrn Professor Tjaden, habe mit ihnen über die Sache gesprochen, dabei aber nur einen geringen Erfolg gehabt. Aus diesen meiner fortgesetzten Bemühungen nehme ich mir das Recht, hier ein paar Worte darüber zu sagen.

Wenn über die geringe Höhe der Unterstützungen für die Kriegerfrauen geklagt wird, so wird immer wieder eingewandt, daß Bremen in der Skala der von den verschiedenen Städten gezahlten Unterstützungen an der Spitze stehe. Das mag richtig sein. Mein Vorwurf, daß die Unterstützung zu gering sei, richtet sich in der Hauptsache auch nicht gegen das, was Bremen an Zuschüssen leistet, sondern gegen das, was vom Reiche als Grundlage gegeben wird. Das Reich hat von vornherein viel zu wenig gegeben. Ganz sicher wären ja die Kriegskosten für den Weltkrieg noch ungeheuer viel größer geworden, wenn die Kriegerfamilien auf der Höhe ihrer Lebenshaltung erhalten worden wären, wie zu der Zeit, wo der Versorger der Familie noch da war. Die Kriegskosten wären dadurch ungeheuer angewachsen, aber vielleicht hätte man etwas früher das Fazit gezogen, daß der Krieg eine schlechte Rechnung war, und hätte früher einen Weg gefunden, um einen Verständigungsfrieden zu schließen. (Sehr gut!) Wir müssen nun aber im Augenblick in Betracht ziehen, daß die Parteien, die jetzt die Regierung übernommen haben, in der un-

angenehmen Lage sind, an dem Erbe, das sie übernommen haben, nichts ändern zu können. Wir befinden uns in einer Art Konkursverwaltung. Herr Hormann hat schon darauf hingewiesen, daß wir nicht unentwegt weiter Wünsche und Forderungen an den Staatssäckel stellen dürfen, daß wir uns auch überlegen müssen, woher das Geld genommen werden soll. Von den 25 Millionen, die heute bewilligt werden sollen, wird ein ganz beträchtlicher Teil zur Unterstützung der Kriegerfrauen verwendet werden müssen. Die Zuschüsse, die Bremen auf diesem Gebiet leisten soll, nach Bewilligung dieser Vorlage zu den bisherigen Unterstützungen hinzuzählen, wird nach dem Bericht sich auf ungefähr 55 000 ℳ monatlich belaufen. Das ist eine sehr beträchtliche Summe, und wir wissen noch nicht, wie lange wir die Summe noch zu zahlen haben werden.

Aus all diesen Erwägungen heraus müssen wir dem Bericht, so schwer es uns auch wird, zustimmen. Ich möchte daran aber den Wunsch knüpfen, daß alle Maßnahmen, die jetzt in Angriff genommen werden sollen, um der minderbemittelten Bevölkerung eine einigermaßen erträgliche Lebenshaltung zu verschaffen, weiter ausgebaut werden, damit auch die Kriegerfamilien davon Nutzen haben. Weiterhin möchte ich die Forderung anknüpfen, daß für die heimkehrenden Kriegsgefangenen, die das Schwerste dieses Krieges erdulden müssen, alles, aber auch wirklich alles geschieht, um ihnen den Eintritt in ein geregeltes Wirtschaftsleben, so leicht wie möglich zu machen, daß für die Kriegerfamilien, die am schwersten vom Kriege betroffen worden sind, auch sonst alles geschieht, um ihr wirtschaftliches Leben künftig so leicht wie möglich zu machen. (Bravo!)

Karkmeyer (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Auftrage meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir den Anträgen der Kriegsdeputation gern unsere Zustimmung geben werden.

Persönlich habe ich als Mitarbeiter der Lebensmittelkommission noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Bußmann zu machen. Herr Bußmann hat bedauert, daß in demselben Augenblick, wo kürzlich die Warenverbilligungskarten ausgegeben wurden, eine Umgruppierung der Bevölkerung stattgefunden habe, (Sehr richtig!) daß viele Hunderte von Familien von Gruppe I und II nach Gruppe II resp. III versetzt worden seien. (Zuruf: Stimmt!) Ein viel härterer Vorwurf nach dieser Richtung hin fand sich in der Nummer des „Kommunist" vom Mittwoch dieser Woche, in der behauptet wurde, daß die Arbeiterfamilien, die Warenverbilligungskarten erhalten hätten, kurzer Hand von Gruppe I resp. II nach Gruppe II resp. III versetzt worden seien. An einer anderen Stelle sprach der „Kommunist" unter Hervorhebung eines besonderen Falles davon, daß ohne jeden Grund diese Versetzung stattgefunden habe, und zum Zeugnis führte dabei der „Kommunist" den Fall eines Kriegsbeschädigten an, der eine siebenköpfige Familie zu unterhalten habe. Der „Kommunist" erwähnt dabei, daß der Mann schwer nervenleidend sei und sich eine unerhörte Behandlung an unserer Prüfungsstelle habe gefallen lassen müssen. Die Tatsachen sind folgende, um diesen Fall kurz aufzuklären und um eine weitere Debatte darüber zu vermeiden. Die Frau dieses Kriegsbeschädigten war kürzlich an unserer Prüfungsstelle. Sie beschwerte sich darüber, daß sie — zu Unrecht — aus Gruppe II nach Gruppe III versetzt worden sei. Dabei reichte sie einen Einkommennachweis ein, wonach ihre Einnahme 60.50 ℳ für die Woche betragen sollte. Einer unserer Angestellten, antwortete ihr, wenn diese Angaben richtig seien — sie bedürften aber vorerst noch einer Nachprüfung — so wäre die Versetzung in eine andere Gruppe sicher. Die Frau ging darauf fort, kam aber im nächsten Augenblick mit ihrem nervösen Mann zurück. Dann entstand allerdings der Krach durch den Kriegsbeschädigten, wie er im „Kommunist" geschildert wurde. Wir haben nun den Fall dieser Familie untersuchen lassen, und es hat sich dabei folgendes herausgestellt. Nach der glaubwürdigen Angabe eines Sachverständigen liegen die Dinge so: Der Mann bezieht eine Rente von 30 ℳ im Monat (er gehört zu den Leichtbeschädigten,) daneben betreibt er aber ein Fischgeschäft und hat in den letzten fünf Monaten einen Gewinn gehabt, den uns der Sachverständige mit 3600 ℳ aufgibt. (Hört! Hört!) Das macht monatlich eine Einnahme von 720 ℳ plus 30 ℳ Rente. Nachdem wir dies nunmehr dem Mann vorgehalten haben, hat er seine Beschwerde zurückgezogen. Er sah ein, daß er mit vollem Recht nach Gruppe III versetzt war.

Aber um auf die sachlichen Ausführungen des Herrn Bußmann zurückzukommen, möchte ich folgendes sagen: Die letzte Neugruppierung der bremischen Bevölkerung mußte im Dezember vorigen Jahres sehr eilig beendet werden, weil die Warenverbilligungskarten möglichst bald ausgegeben werden sollten. Es muß aber jeder zugeben, daß gerade im Dezember vorigen Jahres die wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentlich schwankend waren. Seit der Zeit sind ganz bedeutende Veränderungen im Wirtschaftsleben vorgekommen. Es sind erhebliche Teuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Arbeiter ausbezahlt. Viele Tausend Feldzugsteilnehmer sind in die Heimat zurückgekehrt und viele Leute sind arbeitslos geworden — leider. — Daneben sind eine Unmenge von Klagen — denen eine Berechtigung nicht immer abzusprechen war — über die ungleichmäßige Verteilung der Haushalte auf die einzelnen Gruppen erhoben, was bei der Kürze der Zeit, die früher im Dezember dafür zur Verfügung gestanden hat, nicht zu vermeiden gewesen ist. Wir hätten infolgedessen zu einer Neugruppierung der Bevölkerung schreiten müssen. Das war untunlich, deshalb haben wir einen anderen Weg

eingeschlagen, der uns sicherer zum Ziele führt: wir haben eine genaue Statistik über die Haushaltungen der verschiedenen Gruppen angelegt. Auf Grund dieser Statistik sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß in einer Reihe von Fällen eine Umgruppierung stattfinden mußte. Ich darf also sagen, daß diese Umgruppierung keineswegs mit der Ausgabe der Warenverbilligungskarten zusammenhängt, sie war schon beendet, als der Beschluß über den Antrag Bußmann wegen der neuen Warenverbilligungskarten erfolgte. Jeder Sachverständige wird mir auch zustimmen, daß eine Umgruppierung der Bevölkerung nach den bekannten Einkommengruppen nicht kurzer Hand erledigt werden kann, dazu gehören Monate. Andererseits ist zu beachten, daß wir uns in der Brotkartenzentrale und an der Prüfungsstelle jederzeit über die wirtschaftlichen Veränderungen innerhalb der Bevölkerung auf dem laufenden zu halten suchen, um mit einer Verschiebung einzugreifen, wenn eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Haushalts eingetreten ist. Diese Aufgabe, die Bevölkerung zu klassifizieren durch eine Verteilung in die einzelnen Gruppen, ist unsere Amtspflicht. Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, a) Klagen über ungerechte Behandlung von Haushaltungen durch unsere Prüfungsstelle mit Vorsicht aufzunehmen. b) Wir haben an dieser Stelle außerordentlich bewährte und erfahrene Angestellte, die uns in jedem einzelnen Falle genauestens über das Wirtschaftsleben der Familien unterrichten. Dabei dürfen Sie auch nicht vergessen, daß in einer großen Zahl von Fällen die Angaben, auf die sich die Klagen stützen, in vielen Fällen mit der Wahrheit nicht in Einklang stehen. Das erschwert unsere Aufgabe. So kommt es, daß die Geschäftsstelle sich sehr oft mit der Prüfung von Fällen von Personen befassen muß, die in Wirklichkeit keinen Grund haben, auf Grund ihrer Einkommenverhältnisse, auf Grund der festgesetzten Einkommengrenzen sich beschwerdeführend an uns zu wenden. Andere Beschwerdeführer fordern, trotzdem sie genau wissen, daß sie auf Grund der festgesetzten Einkommengrenze keinen Anspruch darauf haben, in Gruppe I oder II zu sein, daß man mit ihnen eine Ausnahme machen möge. Aber, meine Damen und Herren, fängt man erst an, Ausnahmen zu machen, so bricht unser ganzes System zusammen. Denn das steht ja fest, daß unser System das komplizierteste von allen Verteilungssystemen deutscher Großstädte ist.

Im übrigen freue ich mich, daß Herr Bußmann seinen im übrigen sehr verlockenden Antrag selbst noch einmal nachprüfen will und inzwischen erkärt hat, daß diesem Antrage auch sehr erhebliche Bedenken gegenüberstehen. Ich bin seitens der Lebensmittelkommission beauftragt, über diesen Antrag einen Bericht zu erstatten, der ihr in Kürze zugehen wird. Ich habe die Hoffnung, daß es den vereinten Bemühungen gelingen wird, den Antrag so zu gestalten, daß er durchführbar wird zum besten unserer notleidenden Mitbürger.

Bürgermeister Hildebrand: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit wenigen Worten zurück kommen auf das, was die beiden Damen geäußert haben betreffs der Unterstützung der Kriegerfamilien und der Kriegerwitwen. Was zunächst die Ausführungen der Frau Bardenheuer betrifft, so glaube ich, stimmen wir in Bezug auf unser Empfinden den Kriegerfrauen gegenüber durchaus mit ihr überein. Man muß hier aber unterscheiden zwischen dem, was wünschenswert, und dem, was nötig ist, und sich auf den Boden des Gesetzes stellen, wonach nur die Kriegerfamilien im Bedürftigkeitsfalle Anspruch auf Versorgung haben, und nur soweit, wie der Umfang des Bedürfnisses reicht. Das Reich hat dabei nur einen Teil der Unterstützung, die Mindestsätze, zu leisten, der übrige Teil fällt den Lieferungsverbänden zur Last. Aber auch das sind zum großen Teil öffentliche Mittel, über die nicht ohne nähere Prüfung verfügt werden kann. Und wenn Frau Bardenheuer meint, daß im Laufe des Krieges die Unterstützungssätze nicht den nötigen Schritt gehalten hätten mit dem größer werdenden Bedarf der einzelnen Familien, so trifft das wohl mehr oder weniger bei vielen minderbemittelten Familien zu. Auch bei den nicht direkt durch den Krieg betroffenen Familien ist es im Laufe der Zeit schwieriger geworden, das, was über den allernächsten Lebensbedarf hinaus geht, anzuschaffen, wie Schuhe, Kleider usw. Seitens der Behörden und der zuständigen Stelle des Roten Kreuzes, ist gerade hierdurch, jederzeit, soweit es möglich war, Rücksicht genommen worden, und wenn Frau Bardenheuer bedauert, daß jetzt die Erledigung dieser Unterstützungsfälle ganz auf die Senatskommission übergegangen ist und der Zentralhilfsausschuß seine Tätigkeit den Kriegerfamilien gegenüber eingestellt hat, so glaube ich, versichern zu können, daß auch dort so verfahren werden wird, wie es von den Kriegerfrauen nach dem Gesetze mit Recht erwartet werden darf. Zu den Ausführungen von Frau Direktor Heineken die sich mit den Kriegshinterbliebenen beschäftigt, kann ich zu meiner Freude feststellen, daß wir in Bezug auf das Maß der Unterstützung wesentlich einer Meinung sind. Der Maßstab wie bei den Kriegerfrauen wird auch bei der Unterstützung der Kriegshinterbliebenen zu grunde gelegt. Hier ist aber darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Unterstützungspflicht in erster Linie dem Reiche obliegt, und es kann nicht Sache Bremens oder überhaupt der Einzelstaaten sein, über das, was das Reich gewährt, wesentlich hinaus zu gehen, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil das leicht die Folge haben könnte, daß das Reich dann seinerseits langsamer und lässiger in der Erfüllung der ihm obliegenden eigenen Verpflichtungen werden würde. Betreffs der Art und Weise, wie die Unterstützung gewährt werden soll, bestehen allerdings noch Meinungs-

verschiedenheiten, und in dieser Beziehung sind ja mehrfach Wünsche geäußert, die aber, wie ich hoffe, jetzt im wesentlichen erfüllt werden dadurch, daß, ebenso wie es bei den Kriegbeschädigten schon lange der Fall ist, auch die Kriegshinterbliebenen Gelegenheit haben, durch Vertreter ihrer Organisationen auf die Kriegshinterbliebenenfürsorge einzuwirken, dadurch wird die feste Garantie dafür geboten, daß auch in dieser Beziehung den Witwen das zukommt, was ihnen gebührt.

Sommer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehöre seit etwa 14 Tagen auch der Lebensmittelkommission an. Es wäre aber verfrüht, wenn ich mir nach so kurzer Zeit schon ein Urteil erlauben würde, wie es Herr Bußmann getan hat. Und es ist wohl ohne weiteres klar, daß es mir noch nicht hat möglich sein können, in den Geschäftsgang der mehr als 60 Abteilungen einzudringen, von denen Herr Hagemeyer hier gesprochen hat. Ich habe also noch nicht prüfen können, ob durch diese 60 Abteilungen nun der Lebensbedarf der Bevölkerung auf die vorteilhafteste Art und Weise herangeschafft wird, oder ob es nicht noch bessere Wege gibt, das zu erreichen. Herr Hormann erklärte, wir hätten einen Verlust von 79 Millionen zu beklagen, und Herr Becker charakterisierte nur eine einzige Stelle, die Milchversorgungsstelle, und wies darauf hin, daß die Verwaltungskosten sehr hoch seien. Ich glaube, wenn Sie sich den Bericht der Kriegsdeputation hernehmen werden, dann werden Sie sehen, daß die Verwaltungskosten sehr erheblich sind. Und darum werden Sie auch wohl verstehen, daß ich nicht in das Loblied einstimme, weil ich mir sage: man muß erst einmal prüfen und sich vergewissern, ob auch die einzelnen Abteilungen so gearbeitet haben, wie man es von ihnen erwarten mußte. Sonst würde die Sache ja so sein, daß wir da Lebensmittel hereinbekommen unbekümmert um den Preis, und der Steuerzahler nachher die Folgen zu tragen hätte und sich nachher eine Belastung ergäbe, die wir nicht tragen könnten. Ich bin jedenfalls noch nicht überzeugt, daß die oberste Wirtschaft der Kriegsdeputation, bei der man nicht weiß, ob ein Privatunternehmer oder der Staat der eigentliche Träger der Abmachungen ist, keine Fehler gemacht hat. Das trifft besonders auf die Milchzentrale zu, wo man nicht weiß, ob der Mist auf staatliches Land kommt oder auf Körbchens Land, wo man nicht weiß, ob die dicken Steckrüben, die auf diesem Mist wachsen, von dem Vieh der staatlichen Zentrale gefressen werden oder von dem Vieh der Milchviehhaltung. Das sind alles Fragen, die ich heute noch nicht übersehen kann, aber die jedenfalls unter den Milchviehhaltern und auch unter sonstigen Leuten eine große Rolle spielen. Auch über die Futterverteilungsstelle sind wir noch nicht klar, ebenso wenig über die Kohlenverteilungsstelle. Wir wissen nicht, ob da wirklich das Staatsinteresse so gewahrt wird, wie es notwendig ist. Das Prämiensystem bei der Milchlieferung läßt sich nicht abschaffen — davon habe ich mich überzeugt — weil die Sache nicht von Bremen abhängig ist. Wollen wir Milch haben auch aus dem preußischen und oldenburgischen Gebiet, dann kann der bremische Staat den dortigen Bauern die Preise nicht diktieren, sondern muß zahlen, was verlangt wird. Wir müssen also vorläufig zahlen. Bei der Kartoffelversorgung liegt es auch so. Ich kann natürlich heute nicht alles nachprüfen. Ich weiß, daß die dauernden Kartoffelausgaben dem Staat so und soviel Geld kosten, und daß wir die Kartoffeln der Bevölkerung mit erheblichem Zuschuß liefern müssen. Wie weit der bremische Großhandel hierbei den bremischen Staat noch schröpft, und ob hier überhaupt in der richtigen Weise gewirtschaftet wird, das, meine Damen und Herren, konnte ich heute noch nicht prüfen. Aber ich glaube auch ganz bestimmt, daß die Kartoffeln in Holland und Dänemark nicht soviel kosten wie hier, und das sich hier der Großhandel sehr gesund dabei macht. Und so wird es auch bei vielen anderen Stellen sein. Dasselbe ist auch bei den Kohlen der Fall, die ganz erheblich viel teurer geworden sind. Die einzelnen Drahtzieher nehmen eben, was sie kriegen können, ohne Rücksicht auf die Gesamtbevölkerung. Die Notwendigkeit, daß wir uns mit unserer Wirtschaft darauf einrichten müssen, scheint für diese Leute gar nicht zu existieren. Hier wurde von Herrn Karkmeyer die Fischversorgung herangezogen. Er zeigt so recht drastisch, wie die Dinge liegen, indem er sagt: der Mann hat 720 ℳ im Monat mit seinen Fischen verdient; und das ist doch eine ganz kleine Sache. Man sieht da, wie es hier in Bremen mit der Fischversorgung steht, wie da der Zwischenhandel ganz erhebliche Verdienste gemacht hat. (Zuruf: Der Mann war ein Kommunist!) Und so wird es auch in andern Fällen liegen. Auch bei der Fleischversorgung wird wohl manches zu bessern sein. Nun hat Herr Bußmann eine neue Gruppeneinteilung vorgeschlagen. Er will, daß die Gruppen I und II um so viel weniger belastet werden wie die Gruppen IV und V mehr belastet werden. Es wird auch von bürgerlicher Seite betont, das ginge nicht an, denn die steuerliche Belastung würde mehr kosten. Das kann ja noch geprüft werden. Ich meine nun allerdings, daß eine Gruppeneinteilung überhaupt neu vorgenommen werden muß, und daß man sich nicht damit begnügt, möglichst viele Leute aus der Gruppe III in die Gruppe II hinüber zu schicken. Die Einkommensteuergrenze der Gruppen I, II und III ist zu niedrig. Wir werden also die erste und die zweite Gruppe erheblich herauf setzen und uns dann fragen müssen: wie schaffen wir auf andere Weise einen Ausgleich? Ich stimme auch mit Frau Bardenheuer überein in der Beurteilung der Notlage der Kriegerfrauen. Und wenn sie vom Konkurs spricht und davon, daß wir

jetzt Konkursverwalter wären und nichts mehr geben könnten, so muß man doch denen, die nichts zum Leben haben, die Möglichkeit zum Leben geben. Anders geht es doch nicht.

Dazu möchte ich bemerken, daß die Leute, die bezahlen können, auch bezahlen müssen. Sie werden den Speck auch kaufen, wenn er nicht 7, sondern 20—30 ℳ kostet. Sie werden da Gelegenheit haben, auch da ihren Patriotismus zu beweisen, und nicht bloß davon zu sprechen. Ich glaube aber nicht, daß sie es so machen werden, wie Bäumer, der jetzt im Gefängnis sitzt und so verwirrt ist, daß er sich weigert, Nahrung zu sich nehmen, sie werden schon nicht hungern wollen, sondern werden auch höhere Preise zahlen. Wir sollten uns nicht abhalten lassen, die besser Begüterten etwas mehr zahlen zu lassen, wenn die Möglichkeit dafür vorliegt, damit die minder bemittelten wissen, woher sie es nehmen sollen, um überhaupt leben zu können.

Entschieden möchte ich mich aber auch dagegen wehren, daß wir die Zahl der Arbeitslosen noch vermehren. Es ist bedauerlich, wenn es soviele gibt, die keine Arbeit bekommen können. Es wird ja nun viel Reklame dafür gemacht, daß die Leute aufs Land hinaus ziehen sollten, wo sie Arbeit finden könnten. Es gibt aber Tausende von Leuten, die nicht arbeiten wollen. Es gibt ja Menschen, die von Natur aus vielleicht dazu angelegt sind, daß sie nicht gern arbeiten und die Allgemeinheit für sich sorgen lassen. Solche Leute kommen jetzt vom Lande in die Stadt und lassen sich bei der Stadtwehr und bei der Regierungsschutztruppe anwerben. Das bekämpfen wir, dafür haben wir keinen Pfennig übrig, die Leute sind überflüssig. Diese Arbeitslosen müssen aus Bremen hinaus!

Dem vorgelegten Budget stimmen wir zu mit all den Summen, die darin enthalten sind, die ja zum großen Teil der Arbeiterbevölkerung zugute kommen. Wenn wir Gelegenheit dazu haben, werden wir die Gelegenheit gern benutzen, in das Getriebe der Lebensmittelkommission genauer hineinzuschauen, uud dann werden wir vielleicht auch in das Lob einstimmen können, das ihr hier gezollt ist, was besonders auch Herr Senator Bömers ausgesprochen hat. In das Loblied schon heute einstimmen, ist mir unmöglich, es sollte mich aber freuen, wenn ich es später tun könnte, nachdem ich einen genaueren Einblick gewonnen habe. (Bravo!)

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich mich zum Worte meldete, hatte ich nicht die Absicht, auf Einzelfragen einzugehen, sondern ich wollte nur grundsätzliche Fragen unserer Wirtschaftspolitik aufrollen. Nachdem aber Herr Becker Aeußerungen gemacht hat, die sich auf die Milchversorgung beziehen, die gerade zu meinen Arbeitsgebieten bei der Lebenmittelkommission gehört, halte ich es doch für zweckmäßig, die nötigen Aufklärungen zu geben. Herr Becker hat darauf hingewiesen, daß die Spanne zwischen dem Einkaufspreis des Staates und dem der Händler außerordentlich hoch sei, und hat Zweifel durchblicken lassen, ob die Verwaltungskosten des Staates so hoch seien, daß sich der gegenwärtige Preis rechtfertigen lasse. Der Erzeugerpreis im Bremer Landgebiet, in Syke und anderwärts ist 38 Pfennig. Dazu kommen die Fuhrkosten mit 4—5, ja teilweise 6 Pfennig. Sehr viel Milch wird molkereimäßig behandelt, ferner wird sie durch den Transport nach den Verteilungsstellen verteuert, die aus Oldenburg gelieferte kommt uns auf 46 Pfennig ab Molkereistation zu stehen, andere von den Milchviehhaltern als überschüssig abgelieferte berechnen wir mit 52 Pfennig. So ergibt sich, genau kalkuliert, im Durchschnitt 46—47 Pfennig. Es kommt dazu noch 1 Pfennig, den die Lebensmittelkommission aufschlägt, so daß sie die Milch mit 48 Pfennig liefert. Es liegt in diesem Pfennig nicht ein besonderer Verdienst der Lebensmittelkommission, sondern es sind tatsächliche Auslagen, die bei anderer Form der Organisation auch getragen werden müßten.

Warum es nun nicht möglich ist, dem Wunsche nachzukommen, den Herr Becker vertreten hat, daß wir den Händlern gestatten, die Milchmengen direkt von den Produzenten zu beziehen, das möchte ich aufklären. Es liegen einmal Bestimmungen der betreffenden Regierungsfettstelle vor, wonach die Milch nur an Kommunalverbände geliefert werden soll, damit eine Kontrolle gewährleistet bleibt. Anderseits haben einige Milchhändler gute Beziehungen zum Lande, sie würden bei unmittelbarem Bezuge leicht mehr Milch erhalten, als ihnen nach der Kundenliste zusteht. Das hätte zur Folge, daß diese Händler ihre Kunden besser bedienen könnten als andere, deren Kunden, namentlich denke man an die Säuglinge usw., nicht zu der Milch gelangen würden, die ihnen zusteht. Darum muß die gesamte nach Bremen kommende Milchmenge zentralisiert empfangen werden, damit die Lebensmittelkommission sie einheitlich verteilen kann und dadurch eine Sicherung dafür erhält, daß die Bezugsberechtigten auch die ihnen zustehenden Mengen Milch und zwar in einwandfreier Beschaffenheit erhalten. Ferner ist dies notwendig, weil in den Wintermonaten, wo es mit der Milch überhaupt knapper ist, die Zufuhr von Milch aus dieser oder jener Ortschaft vielleicht einmal ganz versagt, wenn die Züge z. B. wegen Schneeverwehungen nicht durchkommen können. Wenn also die Milch aus bestimmten Gegenden nicht hereinkommen kann, sollen nicht die gerade dafür in Betracht kommenden ein oder zwei Händler und deren Kundschaft zu leiden haben, sondern prozentual erhalten dann alle Händler etwas weniger Milch, vielleicht 1—2 Prozent. Aus diesen Gründen hat die Organisation der zentralen Verteilung durchgeführt werden müssen.

Es ist auch nicht so, wie Herr Becker sagte, daß für die Durchführung dieser Verteilung 50 Kontoristinnen in Tätigkeit seien. Es handelt sich um die Geschäftsstelle für Milch, Fette und Zucker, da sind insgesamt einige 20 angestellt, und zwar für die Milchverteilung nur 7. Die übrigen sind bei Fette und Zucker beschäftigt. Für diese Artikel ist eine größere Anzahl Angestellter bei der Markenkontrolle unbedingt erforderlich. Die zurückgelieferten Marken müssen einer genauen Kontrolle unterzogen werden, da besonders nach Butter und Zucker außerordentlicher Begehr herrscht, und Butter wie Zucker außerordentlich gern zu Ueberpreisen gekauft werden. Wenn nicht eine genaue Kontrolle ausgeübt wird, würden sich leicht unlautere Elemente unter den Händlern verleiten lassen, einen unerlaubten Handel mit diesen Waren zu treiben.

Herr Becker und auch Herr Sommer haben weiter gesagt, daß die Abteilung Milchviehhaltung dem Staat zu teuer zu stehen komme. Ich will rundweg zugeben, daß die Lebensmittelkommission auf die ganze Tätigkeit in dieser Abteilung verzichten sollte, wenn sie in der Lage wäre, auch ohne die Tätigkeit dieser Abteilung die nötige Milch zu erhalten und liefern zu können. Es liegt so, daß die Errichtung der Abteilung notwendig wurde, weil wir im Winter 1916 nicht in der Lage waren, die Säuglinge zu beliefern, was unter allen Umständen geschehen mußte. Die Zufuhren von auswärts gingen zurück infolge der Maßnahmen, die die betreffenden preußischen und oldenburgischen Stellen im Interesse der Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung getroffen hatten. Damals wurde der Gedanke der Errichtung einer eigenen Milchviehhaltung angeregt und mit Unterstützung landwirtschaftlicher Sachverständiger durchgeführt, um die Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre mit Vollmilch zu versorgen. Daß die Kosten für die Erzeugung von 1 Liter Milch hierbei weit höher sind, als bei den Landleuten, ist richtig, aber auch erklärlich. Wir haben im Innern der Stadt große Räume pachten müssen, wir haben die gesamte Einrichtung dafür beschaffen müssen und zwar zu teuern Kriegspreisen, es sind von den Arbeitern höhere Lohnansprüche gestellt und sie sind ihnen bewilligt worden, alles das zusammen hat zur Folge gehabt, daß uns die eigene Milcherzeugung sehr teuer zu stehen kommt. Wir sehen hier wieder einmal, daß der Staatsbetrieb sehr teuer ist. Wenn wir ihn in diesem Falle trotzdem aufrecht erhalten — ich sage leider — so geschieht das, weil wir keine andere Möglichkeit haben, die Säuglinge mit der für sie unbedingt notwendigen Milch zu versorgen. Die Nationalversammlung wird aber auch der Ueberzeugung sein, daß die Lebensmittelkommission alles tun muß, was möglich ist, um dies notwendige Nahrungsmittel der Kinder, das durch kein anderes ersetzt werden kann, in ausreichendem und einwandfreiem Zustande zu liefern.

Herr Becker hat dann einen besonderen Fall erwähnt: die Pachtung eines Motorbootes für täglich 165 ℳ. Es handelt sich nicht um 165, sondern um 65—70 ℳ täglich, je nach dem Preise des Benzols. Der Grund ist der, daß die Lebensmittelkommission in der Nähe von Bollen und Riede mehrere zusammenhängende Weiden von 170 bis 190 Morgen gepachtet hat, von denen täglich 1600 bis 1800 Liter Milch hereingebracht werden. Das kann auf dem Landwege durch Wagen und Pferd oder auf dem Wasserwege durch ein Motorboot geschehen. Da die Weiden direkt am Wasser liegen, haben wir das Motorboot vorgezogen, wodurch der weitere Vorteil entsteht, daß wir die Milch täglich zweimal frisch nach Bremen bringen lassen können, während das mit Pferd und Wagen nur einmal täglich möglich sein würde. Im Motorboot wird die Milch auch nicht so durchgeschüttelt und wird in einwandfreierer Qualität in Bremen abgeliefert. Da sich Pferd und Kutscher auch teuer stellen würden, ist es ziemlich gleich, was die Kosten betrifft, ob die Milch mit dem Motorboot oder mit Pferd und Wagen nach Bremen gebracht wird. Wir haben uns daher im Interesse einer günstigeren Belieferung zur Pachtung eines Motorbootes entschlossen.

Ich freue mich, daß die Anklagen von den Herren vorgetragen sind, ich hätte sonst nicht Gelegenheit gehabt, mich darüber zu äußern. Es wird ja auch sonst in der Oeffentlichkeit viel geredet und geschrieben über die Tätigkeit der Lebensmittelkommission. Ich bitte dabei nicht zu vergessen, soweit es sich um Klagen handelt, die irgendwie berechtigt erscheinen, ist es der dringende Wunsch der Lebensmittelkommission, daß ihr solche Klagen unter Namensnennung zugestellt werden. Sie wird in eine Prüfung der Angaben eintreten, und wenn sich die Klagen als begründet herausstellen, rücksichtslos vorgehen, um eine Aenderung herbeizuführen. Ich bitte, auch in der Hinsicht zu uns Vertrauen zu haben.

Sodann möchte ich auf eine Frage eingehen, auf deren Behandlung meine Fraktion besonderes Gewicht legt. Wir halten es für notwendig vor der Bewilligung der angeforderten 25 Millionen unsern grundsätzlichen Standpunkt darüber klarzulegen, ob es zweckmäßig erscheint, die jetzige Zwangswirtschaft abzubauen und allmählich wieder zum freien Handel zurückzukehren. Wir alle sind der Ueberzeugung, daß es im Jahre 1915 gerechtfertigt war, die Zwangswirtschaft einzuführen, trotzdem auf diesem Gebiet keinerlei Erfahrungen vorlagen. Inzwischen sind jedoch auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft in praktischer Tätigkeit Erfahrungen gesammelt worden, die eine erneute Stellungnahme rechtfertigen, und da müssen wir sagen, daß die Erfahrungen, die Erwartungen, die man gehegt hatte, zum großen Teil haben zu Schanden werden lassen. Es mehren sich die Kritiken an dem bisherigen System der Kriegswirtschaft auch von sozialistischer Seite. Seit mehreren Jahren schon erheben in den Sozialistischen

Monatsheften der inzwischen leider verstorbene Arthur Schulz und Hermann Kranold erhebliche Bedenken gegen die sozialistischen Theorien über die Landwirtschaft. Der Sozialist Calwer ist stets der Ansicht gewesen, daß kein behördlicher Zwang auf die landwirtschaftliche Produktion ausgeübt werden dürfe. Er hat auf die unzulänglichen Maßnahmen hingewiesen, die in Deutschland zur Hebung der Ergänzung durchgeführt worden sind, und gefordert, daß besonders durch Bereitstellung von Futtermitteln und Düngemitteln ein Antrieb zur Verstärkung der Produktion gegeben werden solle. Und es ist denjenigen, die sich mit diesen Fragen befaßt haben, ja bekannt, daß gerade der Nationalökonom Calwer, der Mehrheitssozialist ist, stets und ständig mit umfassendem Material gegen die Kriegswirtschaft Sturm gelaufen hat. Er hat immer wieder darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Zwangswirtschaft zu beseitigen und die natürlichen wirtschaftlichen Faktoren an ihre Stelle zu setzen. Auch in den Kreisen der bürgerlichen Nationalökonomen hat man sich mit dieser Frage befaßt. Es sind besonders bekannt geworden Vorschläge Rathenaus, des Direktors der A. E. G., der eine hochorganisierte Wirtschaft schaffen wollte, und nachher hat der Vorschlag des Unterstaatssekretärs v. Möllendorff über die sogenannte Planwirtschaft in allen maßgebenden Kreisen lebhaftes Interesse gefunden. Wir meinen, daß alle diese künstlichen Pläne nicht den natürlichen Bahnen der Wirtschaft folgen. Die zentralisierte Wirtschaft, wie sie in Deutschland durchgeführt ist, hat in gewissem Sinne Fiasko gemacht. Es ist zwar möglich gewesen, die Versorgung notdürftig aufrecht zu erhalten, aber es ist nicht möglich gewesen, die Produktion im eigenen Lande zu erhöhen. Es ist ferner nicht möglich gewesen, gewisse Mängel in der Verwaltung und dadurch den zwecklosen Transport von Waren wie ihren Verderb zu verhüten. Das liegt zu einem Teil daran, daß es nicht gelungen ist, die geeigneten Kräfte für diesen Betrieb zu erwerben. Wir kranken an einem gewissen Assessorismus und Bureaukratismus, und die Kaufleute, die in die Reichsstellen berufen worden sind, sind zum Teil solche gewesen, die sich den Reichsstellen angeboten haben. Man hat eben nicht den Weg beschritten, sich an die führenden Handelskammern zu wenden und sich von dort diejenigen Kaufleute geben zu lassen, die in der Lage waren, eine solche Wirtschaftspolitik zweckmäßig durchzuführen. Man hat von vornherein unter dem beherrschenden Eindruck gestanden, daß man alles restlos erfassen müßte. Man hat aber in diesen Bestrebungen vergessen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch möglichst viel erfaßt werden konnte. Man hat die Wirtschaft mit einer Flut von gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Anordnungen überschwemmt, ohne dafür zu sorgen, daß in genügender Weise die natürlichen Voraussetzungen für ihre Durchführung erfüllt wurden. Und das hat sich dann bedauerlicherweise gerächt. Sie brauchen nur die Erntestatistik zu verfolgen. Die Ernte in Deutschland ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Die Menge der Waren, die von den Reichsstellen erfaßt worden ist, ist trotz Ausbreitung und Vervollkommnung der Organisation zurückgegangen. Es zeigt sich eben, daß man nicht von oben herab eine Wirtschaftspolitik machen kann. Es muß in Rechnung gestellt werden der wirtschaftliche Egoismus derjenigen, die in dieser ganzen Wirtschaft die ersten sind, und das sind die Produzenten. Darauf mußte in irgend einer Form Rücksicht genommen werden. Es geht nicht an, durch eine Flut von Papier, durch 38000 Wirtschaftsverordnungen das Wirtschaftsleben in Fesseln schlagen zu wollen; das ist unmöglich. Die Folge ist, daß der Schleichhandel blüht wie nie zuvor, daß sich neben der öffentlichen Versorgung eine mindestens ebenso gut organisierte Nebenversorgung herausgebildet hat. Und ich möchte behaupten, daß — der Herr Präsident natürlich ausgenommen — in diesem Hause wohl niemand ist, der sich nicht gegen eine dieser 38000 Kriegsverordnungen vergangen hat. Es ist eben ganz unmöglich, das Wirtschaftsleben, das seinen ganz bestimmten natürlichen Gesetzen folgt, durch eine Flut von Papier in Fesseln legen zu wollen. Heute ist nun für uns der entscheidende Augenblick gekommen, zu fragen, ob wir mit der bisherigen Wirtschaftspolitik fortfahren wollen, oder ob wir uns bemühen sollen, wieder natürliche Wege zu gehen. Und zwar aus dem Grunde, weil sich Einfuhrmöglichkeiten aus dem bisher feindlichen und aus dem neutralen Auslande für uns ergeben. Aber leider wollen die Reichsstellen nicht die Konsequenz aus den Erfahrungen des Krieges ziehen. Sie haben auch jetzt wieder einen Schritt in der bisherigen Richtung getan und alles das, was irgend jemand einführen will, an ihre Bewilligung und die des Kommissars für Ein- und Ausfuhr gebunden. Und dabei sollten doch alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die Bevölkerung mit den Waren zu versehen, die dringend erforderlich sind. Man krankt bei uns immer noch an der irrigen Meinung, daß der Handel etwas entbehrliches sei, und vergißt ganz, daß es gerade die große und wichtige Aufgabe des Handels ist, die Waren von denjenigen Plätzen, wo sie im Ueberfluß vorhanden sind, dorhin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Darum ist es notwendig, gerade diesen Vermittler wieder in das Wirtschaftsleben einzufügen. Die Preisgestaltung vor dem Kriege hat gezeigt, daß man dem Handel allgemein den Vorwurf nicht machen kann, daß er verteuernd wirke. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß für eine Reihe von Waren in den letzten 20 Jahren vor dem Kriege die Preise von Jahr zu Jahr gesunken sind, z. B. für Schmalz. Wo das Gegenteil zu beobachten war, handelt es sich zum Teil um Waren, die in Deutschland erzeugt wurden, und die durch natürliche Einwirkungen, durch die Steigerung der Lebenshaltung usw. eine gewisse Preiserhöhung erfahren haben. Das persönliche Risiko des Kaufmanns, die ständige Konkurrenz sind eben von ausschlaggebender

Einwirkung auf die Preisgestaltung. Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit: Die Reichskartoffelstelle hat erhebliche Mengen Kartoffeln in Holland und Dänemark gekauft. Inzwischen sind in Holland und Dänemark die Kartoffeln gesunken. Man würde heute in der Lage sein, wenn die zentralisierte Einkaufsregelung nicht hindernd im Wege stände, erheblich billiger einzukaufen als früher. Das geschieht aber nicht, weil die Reichskartoffelstelle auf ihren alten Vorräten festsitzt und erst ihre teuerbezahlte Ware abstoßen will. Wenn ein Kaufmann diese Ware gekauft hätte zu der ungünstigen Zeit, dann würde jetzt sein Konkurrent wesentlich billiger anbieten, und er würde entweder auf seiner Ware sitzen bleiben, oder er würde mit den Preisen heruntergehen. Und so liegt es nicht nur bei den Kartoffeln, sondern auch bei vielen andern Dingen. Wir sind für die Ernährung der Bevölkerung auf diese holländischen und dänischen Kartoffeln angewiesen, ich wollte Ihnen deshalb dieses Beispiel vor Augen führen, um daran zu zeigen, daß der Handel preisregelnd und verbilligend wirken kann. Deshalb halten wir es für angezeigt, daß jetzt von Bremen aus, als einem maßgebenden Sitz des Handels im Deutschen Reiche, ein energischer Vorstoß gegen die Reichsregierung gerichtet wird, und ich möchte auch den Herrn Senatskommissar bitten, den bremischen Bevollmächtigten zum Staatenausschuß zu veranlassen, sich dafür einzusetzen, daß an der bisherigen Wirtschaftspolitik ganz erhebliche Aenderungen vorgenommen werden, daß mehr als bisher der legitime Handel wieder zur Geltung kommt und namentlich für die Einfuhr in seine früheren Rechte wieder eingesetzt wird, und zwar nicht im ausschließlichen Interesse derjenigen Bevölkerungsschichten, die sich mit dem Handel befassen, sondern der Bevölkerung insgesamt, da es ihr dann sicherlich möglich sein wird, die Waren besser, reichlicher und billiger zu bekommen. Ein Appell aus den Hansestädten — die übrigen Hansestädte würden sich wohl anschließen — würde, wie ich hoffe, den wankenden Thron der Reichsstellen vollends zum Sturz bringen. Wir haben in Bremen zwei Inschriften an altehrwürdigen Häusern: „Schiffahrt treiben ist notwendig!" und „Buten un binnen, wagen un winnen!" Mit dem Geiste, der aus diesen Worten spricht, hat bisher Bremen sich durchgesetzt und ist groß geworden. Wir hoffen, daß es auch jetzt in der schweren vor uns liegenden Zeit dem bremischen Handel möglich sein wird, unter diesen Zeichen wieder in seine alten Rechte einzutreten, und wir von der demokratischen Partei sind gewillt, alles, was in unsern Kräften steht, zur Unterstützung des bremischen Handels in dieser Richtung zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind Herr Borchers, Frau Stiegler, die Herren Rhein, Dünnemann, Meinert und Peine. Wird der Antrag unterstützt? (Unterstützt!) Wünscht jemand das Wort über den Schluß? Das ist nicht der Fall.

Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Hagemeyer (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einige allgemeine Aeußerungen an die Debatte schließen und mich zunächst bei den Damen und Herren für das freundliche Wohlwollen bedanken, daß sie der Lebensmittelkommission entgegen bringen. Und ich hoffe, daß auch Herr Sommer sich überzeugen lassen wird, daß bei uns alles, soweit es in unsern Kräften steht, geschieht. Sie dürfen aber nicht vergessen, meine Damen und Herren: solange wir nicht ausreichende ausländische Zufuhren haben, solange wird unsere Arbeit immer Stückwerk bleiben, und die werden wir erst dann bekommen, wenn wir auch dem Auslande gegenüber zeigen, daß wir das Vertrauen des Auslandes wieder erwerben wollen, d. h., daß wir im Innern wieder zu ruhigen, vertrauenswürdigen Zuständen kommen, und daß wir wieder Kohle und Kali exportieren können. Meine Damen und Herren! Wie sehr Deutschland in seiner Lebensmittelversorgung ganz besonders unter diesen Zuständen leidet, das wissen wir in der Lebensmittelkommission, die wir mit den inländischen Produktionsverhältnissen und mit den Verhandlungen über die Zufuhren aus Amerika zu tun haben, am besten. Meine Damen und Herren! Es ist während des Krieges möglich gewesen, unsere Exortindustrie in die Rüstungsindustrie umzustellen, unsern ganzen deutschen Geldumlauf, der ins Ausland ging, auf den Inlandsverkehr umzustellen, und wir haben bis zu einem gewissen Grade erreicht, die reichen Auslandszufuhren an Lebensmitteln und Futtermitteln durch einheimische Prudukte zu ersetzen. Das war solange möglich, wie wir einig waren und wir verständige und ruhige Verhältnisse hatten. Und das wird uns weiter nur gelingen, wenn wir alle bereit sind, im Prinzip Opfer zu bringen und materielle Opfer zu bringen. Die Mahnung aber, nachgiebig und opferfreudig zu sein, die geht an alle, sowohl an Kriegsgewinnler und Schleichhändler, als auch an alle, die aus der augenblicklichen Not des Vaterlandes sich glauben Vorteile erwerben zu können. Wir werden nur dann gesunden und können uns nur dann verständigen, wenn wir bereit sind, das eigene Interesse zurückzustellen hinter dem der Gesamtheit.

Der Kredit von 25 Millionen Mark wird bewilligt.

Die beiden Berichte der Kriegsdeputation werden dankend entgegen genommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1919:

Anstellung eines zweiten Konsulenten der Kammer für Kleinhandel.

May (Kl.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dem Bericht des Senats haben Sie bereits ersehen, wie die Kammer für Kleinhandel diese Forderung begründet hat. Ich möchte hier namens der Kammer noch ausführen, daß es tatsächlich erforderlich ist, daß ein zweiter Beamter angestellt wird. Die Arbeiten der Kammer haben sich in den letzten Jahren außerordentlich stark gemehrt und die Kraft unseres einen wissenschaftlich gebildeten Beamten ist nicht mehr imstande, allen Aufgaben gerecht zu werden.

Es war nötig, eine Reihe von Unterorganisationen einzurichten. Diese halten in steter Fühlung mit der Kammer und den Kammerausschüssen zu sein. Auch die Fühlung mit den verschiedenen Verbandsvereinen, z. B. den Gemüsehändlern, den Fischhändlern, den Kolonialwarenhändlern, den Kohlenhändlern, den Eisenhändlern und anderen muß aufrecht erhalten werden. Alles das stellt große Ansprüche an die Tätigkeit des betreffenden Konsulenten, und es geht über die Kraft dieses Beamten, dem allen gerecht zu werden. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich wohl ganz von selbst, dem Wunsche der Kammer entgegenzukommen und die Stelle eines zweiten Beamten zu schaffen.

Es sind von einigen Seiten bereits Bedenken laut geworden, daß man eventuell wiederum einen wissenschaftlich gebildeten, einen gebildeten Beamten anstellen will. Die Frage ist aufgerollt, und ich will darauf antworten. Es ist nicht ausgeschlossen, diesen Posten einem Herrn zu übertragen, der entweder kaufmännisch oder volkswirtschaftlich vorgebildet ist, oder in sonstiger Eigenschaft sich die Fähigkeiten erworben hat, die für dieses Amt nötig sind. Ich möchte aber dazu bemerken, daß die Kammer für Kleinhandel in diesem Falle ganz speziell Wert darauf legt, einen rechtswissenschaftlich gebildeten Herrn zu bekommen, da außerordentlich viele Fragen rechtswissenschaftlicher Natur an sie herantreten, die zu beantworten sie nur mit Hilfe eines solchen Beamten in der Lage ist, zumal der jetzige Beamte Volkswirtschafter ist. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, sich durch den von einigen Seiten geäußerten Wunsch, die neu zu schaffende Stelle durch einen Kaufmann zu besetzen, nicht beeinflussen zu lassen. Der Kammer muß das Recht bleiben, sich diejenigen Beamten zu wählen, die sie nötig hat.

Sodann hat die Kammer noch eine Bitte, meine Damen und Herren, die wir dem Senat unterbreitet haben, daß man in Zukunft den beiden Beamten, die ja gleichgestellt werden, den Titel „Syndikus" verleiht, wie das bei den betreffenden Beamten der Handelskammer und der Gewerbekammer schon der Fall ist. Wenn man bei dem bisherigen Titel „Konsulent" verbleibt, so liegt darin eine gewisse Hintansetzung eine Nichtachtung der Kammer. Solange die Kleinhandelskammer noch nicht verfassungsmäßig anerkannt war, lag eine gewisse Berechtigung darin, dem Beamten den Titel „Syndikus" zu verweigern. Heute aber, nachdem die Wünsche sämtlicher Parteien dieses Hauses dahin gehen, daß die Kleinhandelskammer in der Verfassung ebenso verankert wird, wie die anderen Kammern, liegt für eine derartige Differenzierung kein Grund mehr vor. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, folgendem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

> Die Nationalversammlung genehmigt den vom Senat vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Angestellten der Kammer für Kleinhandel, mit der Aenderung, daß im Artikel I die Wörter „rechts- oder staatswissenschaftlich gebildete" fortfallen und das Wort „Konsulenten" durch das Wort „Syndiker" ersetzt wird. Ebenso ist im Artikel II das Wort „Konsulenten" am Schluß des Satzes durch das Wort „Syndiker" zu ersetzen.

Lübkemann (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir zu dieser Vorlage eine ablehnende Stellung einnehmen müssen, so geschieht das aus dem Grunde, weil u. E. die Kleinhandelskammer nicht das tut, wozu sie eigentlich berufen ist. In den letzten Tagen hat die Kleinhandelskammer ein Zirkular versandt, worin verschiedene Fragen gestellt wurden. U. a. wurde angeführt, daß es gegenüber den Sozialisierungsplänen der Regierung von großer Wichtigkeit sei, das nötige Material zu erbringen usw. Ich meine, wenn die Kammer für Kleinhandel sich berufen fühlt, die Sozialisierungsbestrebungen der Regierung zu bekämpfen, so müssen wir unter allen Umständen die Mittel für einen neuen Konsulenten verweigern. Bis dato haben wir von Sozialisierungsbestrebungen der Reichsregierung so wenig wie von solchen der Kommunen etwas vernommen. Wir vermissen auch, daß auf der andern Seite von einer Arbeiterkammer und dergleichen die Rede ist. Da ist u. E. notwendig daß von dieser Seite etwas geschieht, daß man aber nicht die Kleinhandelskammer in den Vordergrund stellt. Die Kleinhandelskammer ist es auch gewesen, die besonders den letzten Bürgerabwehrstreik provoziert hat. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden ist, sind alle Fäden bei der Streikabwehr dort zusammengelaufen. Aus diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, den Posten zu bewilligen. Wir lehnen ihn ab.

Hagemeyer (L.-V.): Wir halten die Forderung der Anstellung eines zweiten Konsulenten und ebenso auch die Aenderung des Titels für berechtigt. Wir werden der Vorlage mit dem Antrage des Herrn May zustimmen.

Präsident: Die Generaldebatte ist geschlossen. Wünscht jemand das Wort zur Spezialdebatte?

Peine (M.-S.): Wir halten die Anstellung eines akademisch gebildeten Beamten für den Posten des Konsulenten nicht für erforderlich, die Besetzung der Stelle könnte auch aus Kreisen der mittleren Beamten erfolgen.

Präsident: Herr Peine, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Herr May bereits den Antrag gestellt hat, daß die Worte „rechts- oder staatswissenschaftlich gebildete" gestrichen werden sollen und nur gesagt werden soll: Der Kammer sind Syndiker zugeordnet. Sind Sie damit einverstanden?

Peine: Ja.

Ueberschrift.

Artikel 1

Der Antrag May wird angenommen.

Artikel 2

Der Antrag May wird angenommen.

Das Gesetz wird in der durch den Antrag May veränderten Fassung angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 27. Mai 1919:

6. Errichtung und Uebertragung von Beamtenstellen bei der Zollverwaltung.

Wahnschaffe (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir der Vorlage in ihrem ganzen Umfange nicht zustimmen können. Wohl teilweise. Daher beantrage ich,

> die Vorlage zu teilen in Teil 1: beim Reichsstempel- und Umsatzsteueramte: die Stelle eines achten Zollsekretärs, die Stelle eines vierten Zollaufsehers und die Stelle eines zweiten Zollamtsdieners, und Teil 2, betreffend die Ernennung von zwei weiteren Bezirksoberzollkontrolleuren.

Dem ersten Punkt stimmen wir zu, weil wir uns davon überzeugt haben, daß die Besetzung dieser Stellen jetzt und zwar schleunigst erforderlich ist. Ich kann als früherer Leiter der Umsatzsteuerstelle aus eigener Ueberzeugung sagen, daß die Stelle schon seit 1916 fortgesetzt unter Beamtenmangel gelitten hat. Im Augenblick ist dieser Mangel besonders in die Erscheinung getreten, nachdem die Stelle zum Reichsstempelamt geschlagen ist und deren Geschäftsumfang bedeutend zugenommen hat, so daß ordnungsmäßig die Durchführung der Arbeiten nicht mehr möglich ist. Augenblicklich sind mehrere Stellen nur aushilfsweise besetzt. Sie müssen aber zur Sicherung eines geordneten Geschäftsganges mit Zollsekretären besetzt werden. Meine Parteifreunde werden daher diesem Teile der Vorlage zustimmen.

Dahingegen haben sie sich allgemein nicht davon überzeugen können, daß die Errichtung der neuen Oberkontrolleurstellen jetzt unbedingt erforderlich ist. Mindestens fordern sie, daß darüber noch weitere Erhebungen stattfinden. Wir sind uns deshalb schlüssig geworden, (Zuruf von links: Wir auch!) zu beantragen, den Punkt 2, betreffend die beiden Oberkontrolleurstellen von der Tagesordnung abzusetzen und später, nachdem die Sache noch weiter geprüft ist, nochmals zur Verhandlung zu stellen. Ich möchte das noch näher begründen.

Die Steuerkontrolle in Bremen wird ausgeübt von zwei Bezirksstellen, einmal von dem der Bezirksstelle des Hauptzollamts Kaiserstraße und weiter von der Bezirksstelle des Hauptzollamtes Bindwams. Bei der Obersteuerkontrolle Kaiserstraße sind ein Oberzollkontrolleur, ein Zollsekretär und neun oder zehn Zollaufseher tätig, d. h. zu normalen Zeiten, in Friedenszeiten. Bei der Steuerkontrollstelle Bindwams üben zwei Zollaufseher, die Steuerkontrolle aus und außerdem wirkt dort dabei ein Oberzollkontrolleur nebenamtlich mit, der sonst auch im Zolldienst und Grenzaufsichtsdienst tätig ist. Er ist also nur zum allergeringsten Teil bei der Steuerkontrolle beschäftigt. Nun wird die Vorlage u. a. mit der Einführung er Steuergesetze begründet. Diese Begründung ist daraufhin zu prüfen und von dem Gesichtspunkte aus zu beurteilen, wie die Sache denn bisher gehandhabt worden ist. Schon während der Kriegszeit hatten wir eine große Reihe neuer Steuergesetze, u. a. die Verkehrssteuern, Kohlensteuer, das Branntweinmonopol, dazu die Vorarbeiten zu der neuen Biersteuer usw., und diese umfangreiche Arbeit hat auch bewältigt werden müssen und ist bewältigt worden. Dabei lag die Leitung der Obersteuerkontrolle in den Händen eines Zollsekretärs, dem vier bis fünf Zollaufseher beigegeben waren. Er hat unter besonders schwierigen Verhältnissen während der ganzen Kriegsjahre die schwierige Aufgabe erfüllt, die ihm durch die neue Steuergesetzgebung auferlegt wurde. Wenn jetzt angeführt wird, daß durch weitere neue Steuern die Errichtung neuer Oberkontrolleurstellen sich als erforlich erweist, so kann man demgegenüber anführen, daß doch jetzt auch das Personal der Obersteuerkontrolle gegenüber der Kriegszeit ganz bedeutend wieder vermehrt, daß es auf seinen alten Stand wieder ergänzt worden ist. Wenn wir uns nun die Tätigkeit der betreffenden Beamten einmal vergegenwärtigen, so finden wir, daß sie sich in der Hauptsache im Außendienst erschöpft und zwar in der Nachprüfung der Bestände an steuerpflichtigen Waren, in der Revision

von gewerblichen Betrieben oder Verkaufsstellen usw. Diese Inanspruchnahme ist jedoch infolge des durch den Kriegsverlauf in die Erscheinung getretenen allgemeinen Zurückganges der einschlägigen Geschäfte ganz bedeutend eingeschränkt, so daß z. B. Revisionen und Abfertigungen in den Brauereien und den Brennereien, weil die Betriebe nur beschränkt aufrecht erhalten werden oder ganz ruhen, an Zahl und Umfang gering sind. Des weiteren erübrigen sich die Nachprüfungen in den Verkaufsstellen für vergällten Branntwein, die Revision der Benzinlager, der Süßstoffindustrie u. a. m. Die Notwendigkeit der Errichtung neuer Stellen erscheint demnach nicht erwiesen. Um davon absehen zu können, müßte natürlich dann auch alles geschehen, um den Außendienst so schnell wie möglich abzuwickeln. Hierzu ist es jedoch erforderlich, daß sich die Verwaltung auch die modernen Einrichtungen des Straßenverkehrs wohl zunutze macht und die betreffenden Beamten in die Lage versetzt, bei Zurücklegung ihrer Dienstwege uneingeschränkt die Straßenbahn benutzen können. Diese Maßnahme hätte man von der Verwaltung als selbstverständlich voraussetzen können. Aber weit gefehlt, dazu hat sie sich bisher nicht aufschwingen können. An Fuhrkosten bewilligt sie im Jahre für den Oberkontrolleur 249 ℳ, für die 9 bis 10 Aufseher 100 ℳ. Wenn diese Zollaufseher eine Straßenbahn benutzen wollen, so dürfen sie das nur bei Zurücklegung weiter Strecken, und darunter versteht man eine Strecke z. B. ganz vom Westen bis nach dem Osten oder umgekehrt durch die ganze Stadt hindurch. Was innerhalb dieser Strecke liegt, das wird nicht als weite Strecke verrechnet. Es ist für den Zollaufseher stets schwierig, die Notwendigkeit für die Aufwendungen die er durch die Benutzung der Straßenbahn macht, nachzuweisen, z. B. ob Regenwetter die Veranlassung gewesen ist, oder die zurückgelegte Strecke eine weitere war. Die Schwierigkeiten, die ihm da unter Umständen gemacht werden, haben natürlich zur Folge, daß der Beamte auf die Benutzung der Straßenbahn verzichtet und lieber den ganzen Weg zu Fuß macht und dafür das dreifache an Zeit braucht. Wenn die Behörde das für richtig hält, kann es ihm ja schließlich auch gleich sein, sein Gehalt bekommt er ja doch. Bei praktischer Ausnutzung der zu Gebote stehenden Transporteinrichtungen würde man mit sechs Aufsehern dasselbe ausrichten, wozu heute zehn erforderlich sind. Man stößt hier auf eine Rückständigkeit, die eine Vergeudung von wesentlichen Beamtenkräften zur Folge hat. Aus all diesen Gründen vermögen wir nicht einzusehen, daß die Vermehrung des Personals so, wie sie die Vorlage fordert, notwendig ist. Jedenfalls muß erst einmal nachgewiesen und durch die Kommission wegen der Neuordnung der bremischen Verwaltung nachgeprüft werden, ob tatsächlich ein Bedürfnis vorliegt. Des weiteren wäre zu prüfen, ob, wenn eine Vermehrung des Personals nicht zu umgehen ist, auch die Neuerrichtung von Stellen erforderlich wird, oder, ob diese Stellen nicht vielmehr aus den Beständen der Zollverwaltung besetzt werden können. Wir müssen uns dabei vergegenwärtigen, daß ein allgemeiner Abbau der Zölle höchst wahrscheinlich eintreten wird, wohingegen in den nächsten Jahren die Steuern einen weiteren Ausbau erfahren werden und die Steuerverwaltung sich vergrößern wird; daher wird man sich schon jetzt Fragen müssen, ob nicht ein Teil der im Zolldienst gebundenen, aber nicht vollständig ausgenutzten Kräfte auf die Steuerverwaltung übertragen werden kann. Um alle diese Fragen prüfen zu können, stelle ich folgenden Antrag:

Die Nationalversammlung beschließt:

Die Beschlußfassung über die in der Vorlage behandelte Neuerrichtung von zwei Oberzollkontrolleurstellen wird ausgesetzt und die Angelegenheit der Kommission wegen Neuordnung der Bremischen Verwaltung zur Prüfung im Benehmen mit der Budgetkommission und zur Berichterstattung überwiesen."

Niebuhr (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ententehabgier läßt uns kaum viel übrig, auf die baldige Wiederaufrichtung unseres deutschen Vaterlandes zu hoffen. Deshalb wird Sparsamkeit am Platze sein, und Forderungen, die hier vertreten werden, und für deren Bewilligung wir die Verantwortung tragen, müssen genau geprüft werden, selbst wenn es sich um Errichtung neuer Beamtenstellen handelt. Wir meinen nun allerdings, daß die zeitliche wirtschaftliche Lage wohl an anderen Stellen Kräfte genug frei machen wird, die hier zum Ausgleich herangezogen werden könnten. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß genügend andere Beamte bereit und in der Lage sind, in die Bresche zu springen. Jedenfalls sind wir über die Notwendigkeit der Errichtung dieser neuen Stellen noch nicht soweit unterrichtet, daß wir ohne weiteres der Forderung zustimmen könnten. Wir bitten deshalb um Prüfung der Vorlage in der Vereinfachungskommission, stimmen aber allenfalls überein mit dem Vorredner auf Bewilligung der Stellen.

Frank (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben vor kürzerer Zeit hier eine Kommission gewählt, die den Zweck haben soll, zu prüfen, inwieweit die Vereinfachung der Geschäftsführung der bremischen Behörden möglich ist. Der Hauptzweck dieser Kommission ist nach unserer Meinung, eine Verbilligung herbeizuführen. Deshalb sehen wir nicht ein, daß jetzt wieder einige Beamtenstellen neu geschaffen werden sollen. Wir sind deshalb der Auffassung, wenn schon einmal eine Neuregelung stattfinden soll, daß wir diese Vorlage bis dahin zurückstellen. Sind die Stellen notwendig, dann wird die Kommission das ja auch wohl einsehen. Selbst Herr Wahnschaffe, der doch Zollsekretär ist, hat sehr zutreffend ausgeführt, daß in der Zollverwaltung noch

viel alter Zopf herrscht, daß 10 Personen an einer Stelle sind, für die 6 Personen genügten. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß seit der Revolution doch bei allen Behörden Beamtenausschüsse bestehen. Und wir müssen darauf dringen, daß über diese Vorlage erst der Beamtenausschuß gehört wird, denn er soll doch ein Mitbestimmungsrecht bei der Neubesetzung von Stellen und in allen andern einschlägigen Fragen haben. Denn nur dann werden die Beamten auch das nötige Vertrauen zur Behörde haben können, nicht aber, wenn einfach vom grünen Tisch aus dekretiert wird. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß hier Gehälter angesetzt sind (Zollamtsdiener 1600 ℳ) die der Kriegszeit nicht gerecht werden. Eine derart niedrige Gehaltsskala lehnen wir ab. Wir bitten dringend, daß hier Remedur geschaffen wird.

Zur Geschäftsordnung

Miller (K.): Wir haben wenig Interesse an der ganzen Sache, und ich beantrage

Schluß der Debatte.

(Zuruf: Sie waren ja zwei Stunden nicht da!)

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Rednerliste: Wahnschaffe.

Ueber den Schluß verlangt niemand das Wort.

Der Schlußantrag wird abgelehnt. (Lachen links.)

Präsident: Herr Wahnschaffe, ehe ich Ihnen das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, daß wir Ihren Antrag folgendermaßen formuliert haben:

> Die Nationalversammlung beschließt: Die Vorlage, soweit sie die Neuerrichtung von zwei Oberzollkontrolleurstellen betrifft, wird der Kommission wegen Neuordnung der bremischen Verwaltung und der Budgetkommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

Sind Sie damit einverstanden?

Wahnschaffe: Das letzte habe ich nicht recht verstanden.

Präsident wiederholt die veränderte Fassung.

Wahnschaffe: Von beiden Kommissionen?

Präsident: Das ist doch dasselbe, als wenn sich die eine Kommission mit der andern in Benehmen setzt.

Wahnschaffe (M.-S.): Auf die Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich hervorheben, daß es auch ihm als Mitglied der Kommission für die Vereinfachung der bremischen Verwaltung bekannt sein muß, daß wir auf dem Standpunkt stehen, bei Besetzung von Stellen die Beamtenausschüsse zu hören. Ich kann Ihnen auch die Versicherung geben, daß bei Beförderungen dieser Beamten unbedingt der Beamtenausschuß der Zollverwaltung mitzusprechen hat. Dieses Recht ist ihm regierungsseitig zuerkannt worden. (Zuruf von links: Er darf nur gehört werden, Herr Wahnschaffe!) Er hat ein Mitbestimmungsrecht, ein Einspruchsrecht. (Zuruf: Das ist nicht der Fall!) Wir haben solche Fälle schon vor der Regierung ausgefochten und haben die Zusicherung erlangt, daß er ein Einspruchsrecht hat. Sie können mir das glauben, denn ich bin bisher Vorsitzender des Beamtenausschusses gewesen und bin daher wohl unterrichtet.

Meine Damen und Herren! Meinem Vorredner gegenüber, der beantragt hat, die gesamte Vorlage zurückzustellen und zur Prüfung an die Kommission zu verweisen, möchte ich zur Klärung der Sache nochmals feststellen, daß es notwendig ist, den ersten Teil der Vorlage anzunehmen. Was ich vorhin ausgeführt habe, konnte ich tun in meiner Eigenschaft als leitender Beamter des Umsatzsteueramts, und Sie werden mir daher wohl die Befähigung zur Beurteilung der Frage zusprechen können. Was ich schon ausgeführt habe, kann ich nur wiederholen. Die Schaffung neuer Stellen für die Umsatzsteuer ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Besetzung muß auch sofort erfolgen, da die vorhandenen Beamtenkräfte nicht ausreichen und wir mit den Arbeiten ständig in der Klemme sitzen. Die Aufgaben des Amtes mehren sich von Tag zu Tag, das Beamtenpersonal ist aber nicht mehr in der Lage, die Arbeiten zu bewältigen, es muß daher manches zurückgestellt werden, was aber im Interesse des Reiches und des Staates vermieden werden muß. Auch Bremen ist an der Sache wesentlich interessiert, da es eine Vergütung von 20% von dem Steueraufkommen erhält. Der Voranschlag für das laufende Jahr lautet auf 7½ Millionen Mark. Sie können danach errechnen, welches Risiko für Bremen in Betracht kommt, wenn eine ordnungsmäßige Geschäftsführung nicht möglich ist. Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, meinem Antrag, der die Errichtung der in Frage stehenden Stellen für die Umsatzsteuer vorsieht, Ihre Zustimmung zu geben. Die Stellenvermehrung ist zur ordnungsmäßigen Durchführung der Dienstgeschäfte unbedingt erforderlich.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Herren! Ich muß mit einigen kurzen Worten auf die Ausführungen des Herrn Vorredners zurückkommen. Herrn Wahnschaffe muß es bekannt sein, daß laut Verordnung der Beamtenkommission des Senats, datiert von 13. März, von Senator Lürman unterzeichnet, die Beamtenausschüsse bei der Neuschaffung und bei Besetzung von Stellen gehört werden können. Außerdem hat Herr Senator Rhein eine Anweisung an die Behörden ergehen lassen, daß, wenn in solchen Fragen zwischen der Regierung und den Beamtenausschüssen eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen ist, die Entscheidung des Schlichtungsausschusses nicht an-

gerufen werden kann. Die Verfügung der Beamtenkommission des Senats, unterzeichnet Lürman, ist von den vorgesetzten Dienststellen dahin ausgelegt worden, daß die Beamtenausschüsse nur dann gehört werden, wenn die vorgesetzten Dienststellen es für gut befinden. Man hat den meisten Ausschüssen nicht einmal von der Verordnung Kenntnis gegeben, aus sehr begreiflichen Gründen. Man hat gesehen, daß, da man den Beamtenausschüssen ein kleines Mitbestimmungsrecht gegeben hat, einige von ihnen es auch für richtig gehalten haben, dieses ihnen zugestandene Recht auch bei den vorgesetzten Dienststellen durchzusetzen. Die Beamtenschaft hat zum Teil dieses Recht für sich in Anspruch genommen und energisch auf ihrem Recht bestanden. Ich muß Herrn Wahnschaffe zugeben, daß in einigen Fällen den Ausschüssen das Recht eingeräumt ist, aber durchschnittlich sind die Beamtenausschüsse dabei sehr schlecht gefahren; es kann absolut nicht die Rede davon sein, daß ihnen in der Regel das gewährt wird, was sie erstrebt haben. Ich möchte daran erinnern, daß der Zentralausschuß der bremischen Beamtenschaft von der jetzigen Regierung nicht anerkannt ist, und auch nicht anerkannt werden wird. Wir nehmen also eine Stellung ein, die absolut keine Rechtsstellung bedeutet. Bei einzelnen Fragen werden die Beamtenausschüsse gehört, ohne daß sie irgendwie ein Selbstbestimmungsrecht hätten. Das muß auch Herrn Wahnschaffe bekannt sein. Wenn in einzelnen Fällen die vorgesetzte Behörde, wie z. B. die Zollverwaltung, dem Beamtenausschuß das Mitbestimmungsrecht gestattet, so haben die Ausschüsse doch noch nicht eine Rechtsstellung erlangt, sondern sie sind in der Beziehung vom guten Willen ihrer Vorgesetzten abhängig. Das kann und wird sich die Beamtenschaft nicht gefallen lassen.

Präsident: Herr Frank hat beantragt, die gesamte Vorlage der Kommission wegen Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden zu überweisen. Dieser Antrag ist weitergehend als der Antrag Wahnschaffe, er kommt daher zuerst zur Abstimmung. Ich beschränke die Debatte auf die Frage der Kommissionsberatung.

Schauerte (Christl. Vp.): Nach der vorliegenden Vorlage sind die beiden Anträge von der Zollkommkommission an den Senat gerichtet worden, und bezüglich beider Anträge behauptet die Zollkommission, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, sämtliche angeforderten Stellen zu bewilligen und zu besetzen. Bezüglich des einen Teiles wird die Notwendigkeit der Besetzung von einigen Herren anerkannt, bezüglich des anderen nicht. Ich möchte die anwesenden Damen und Herren fragen, ob sie in der Lage sind, sich darüber ein Urteil zu bilden, daß die Angaben der Zollkommission für den einen Teil zutreffend sind, für den anderen aber nicht. Ich möchte behaupten, daß die große Mehrheit des Hauses zu einer Beurteilung der Frage nicht in der Lage ist, und ich kann daher nur den Antrag Frank unterstützen, die gesamte Vorlage zur Prüfung an die betreffende Kommission zu überweisen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Der Antrag Frank wird abgelehnt. Dafür stimmte die äußerste Rechte und die äußerste Linke.

Der Antrag Wahnschaffe wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Gesetz über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der Nationalversammlung.

Hobelmann (L.-V.): Die Juristische Kommission hat nichts zu bemerken.

Präsident: Ich eröffne die Generaldebatte.

Peine (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorlage, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet ist, findet ihren Grund in der Tatsache, daß die Nationalversammlung zu einem großen Teil beschickt ist aus den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung, die nicht in der Lage ist, die ehrenamtliche Volksvertretung aus eigenen Mitteln erfüllen zu können. Es erwächst dem Staate die Pflicht, es den Minderbemittelten zu ermöglichen, an den Arbeiten der Nationalversammlung teilzunehmen und mitzuarbeiten. Bei diesem Gesetz handelt es sich einmal um die Gewährung einer Aufwandsentschädigung, zum andern um den Ersatz von Erwerbsausfall. Die Aufwandsentschädigungen sind damit begründet, daß den Mitgliedern der Nationalversammlung Unkosten dadurch entstehen, daß höhere Aufwendungen für Kleidung, Wäsche, Zeitungen u. a. mehr durch die parlamentarische Tätigkeit erforderlich werden. Es ist ausgeschlossen, daß der Lohnarbeiter, der kleine Beamte das aus ihrer Tasche bezahlen können, und es muß ihnen für diese Ausgaben ein Aequivalent geboten werden. Man vergesse nicht, daß die Arbeiten, die die Nationalversammlung zu erledigen hat, auch geschehen müssen in Kommissionen, in Deputationen, Fraktionssitzungen. Dazu kommen die Plenarsitzungen der Nationalversammlungen selbst. Die Sitzungen finden statt zu den verschiedensten Tageszeiten. Es kommt häufig vor, daß Arbeiter und Gewerbetreibende während der Tageszeit von ihrer Arbeit weg in die Sitzung geholt werden und dadurch einen Erwerbsausfall haben. Es ist unbilliges Verlangen, diesen Erwerbsausfall die Minderbemittelten tragen zu lassen, deshalb sieht die Vorlage eine Entschädigung für Erwerbsausfall vor. Die Höhe der Entschädigung entspricht ungefähr dem gegenwärtigen Verdienst in

den hiesigen Produktivbetrieben, es ist der dort erzielte Verdienst zugrunde gelegt. Diejenigen Teilnehmer, die von auswärts in die Nationalversammlung entsandt werden, haben besondere Unkosten durch Eisenbahnfahrten und dadurch, daß sie sich hier tagsüber beköstigen, vielleicht auch hier übernachten müssen usw. Die Sätze, die dafür ausgeworfen sind, sind jedenfalls äußerst bescheiden zu nennen, sie sind so bemessen, daß sie das allernotdürftigste von dem ersetzen, was als notwendig aufgewendet werden muß. Diese Vorlage ist das Produkt einer Beratung und Verständigung zwischen den Vorständen der Demokraten, des Landesverbandes, der U. S. und unserer Fraktion. Der Satz von 100 ℳ für Aufwandsentschädigung dürfte auch wohl dem Mehraufwand an Kleidung, Wäsche und dergleichen entsprechen. Es ist anzunehmen, daß der eine oder andere begüterte Teilnehmer der Nationalversammlung auf diese 100 ℳ Aufwandsentschädigung verzichten möchte. Würde das zugelassen, dann würde bei dem, der darauf nicht verzichten kann, das Gefühl entstehen, daß er als Mitglied zweiter Klasse zu betrachten sei. Es bleibt ja den Damen und Herren unbenommen, diese Summe irgend wie zu wohltätigen Zwecken auszugeben, wenn sie glauben, ihr Gewissen zu belasten, wenn sie eine derartige Entschädigung annehmen. Die Verständigung zwischen den einzelnen Fraktionsvorständen ist erfolgt, damit die verschiedenen Auffassungen deutlich zum Ausdruck kommen konnten, und unbeschadet der grundsätzlichen Stellung der einzelnen Fraktionen hat man sich auf diese Vorlage geeinigt, die ich hiermit anzunehmen bitte.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Generaldebatte ist geschlossen. Wir kommen zur Debatte über die einzelnen Punkte des Gesetzes. Dazu wird beantragt, über das Gesetz geschlossen abzustimmen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß Sie einverstanden sind.

Das Gesetz wird angenommen.

Präsident: Wir werden den Senat bitten, das Gesetz zu veröffentlichen.

Ergänzungen nach dem Gesetz vom 15. Mai 1919.

Dr. Künkler (U. S.) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung ist von unserer Seite, nachdem der kommunistische Antrag auf Vorwegnahme der Punkte VIII und X abgelehnt worden war, oder nachdem die Debatte über ihn abgelehnt worden war, der Antrag gestellt worden, die Punkte VIII und X vor Punkt V, also vor dem jetzt zur Beratung stehenden Gegenstand, zu verhandeln. Dabei ist von dem Vertreter unserer Fraktion die Erklärung abgegeben worden, daß unsere Fraktion ihre Stellungnahme zu Punkt V von dem Ergebnis der Beratungen über diese beiden Punkte VIII und X abhängig machen werde. Ich muß annehmen, daß diese Erklärung in der Mehrheit der Versammlung nicht die Beachtung gefunden hat, auf die sie Anspruch hat, andernfalls hätte dieser Antrag, der an sich der Nationalversammlung nichts ansann, als was im gewöhnlichen Geschäftsgang hätte beschlossen werden können, nicht abgelehnt werden können. Wir haben die Notwendigkeit, die Erklärungen des Senats an erster Stelle zu verhandeln, anerkannt und wollten uns darauf beschränken, die beiden Punkte VIII und X nach Vorangehen der Mitteilungen des Senats, nämlich vor Punkt V, zur Erörterung zu stellen. Ich muß jetzt in Wiederholung dessen, was vorhin von uns erklärt worden ist, im Namen meiner Freunde erklären, daß wir nicht in der Lage sind, uns an Deputationen und an der Erledigung der Staatsgeschäfte zu beteiligen, ehe wir wissen, welche Stellung diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, mit denen wir in Deputationen zusammen arbeiten, zu diesen beiden Punkten — Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung der politischen Gefangenen — einnehmen. Ich glaube, diese Erklärung wird genügen, um den rein formellen Antrag, diese beiden Punkte vor dem jetzt auf der Tagesordnung stehenden zu behandeln, die Berechtigung zuzuerkennen, und ich bitte Sie nach nochmaliger Erwägung für den nunmehr erneuten Antrag zu stimmen.

Präsident: Sie wiederholen also den Antrag, die Punkte VIII und X jetzt verhandeln zu lassen?

Dr. Künkler: Jawohl!

Zur Geschäftsordnung

Wenhold (D.): Wir vermögen nicht einzusehen, in welchem Zusammenhange die Wahl der Deputation mit den Fragen steht, die in diesen beiden Anträgen aufgeworfen werden. (Hört! Hört!) Nachdem aber eine Fraktion dieses Hauses den Wunsch geäußert hat, einen Punkt der Tagesordnung in einer anderen Weise zu erledigen und wir unter allen Umständen die Sicherheit haben, daß dieser Punkt noch heute zur Erledigung kommt, sind wir bereit, den Punkt V zurückzustellen, aber dann hinter Punkt X. Wir möchten dann keine weitere Umstellung vornehmen, sondern diese beiden Anträge erledigen und dann die Ergänzungen der Deputationen vornehmen, allerdings mit der Maßgabe, daß sie unter allen Umständen heute noch vorgenommen wird. Sollte das nicht erreicht werden können, werden wir uns vorbehalten, die Ergänzung der Deputationen vor einen anderen Punkt der Tagesordnung inzwischen zu beantragen.

Präsident: Sie wollen erst Punkt VIII, dann Punkt X und dann weiter.

Wenhold: Nein! Wir wollen, daß einfach in der Tagesordnung fortgefahren wird, daß aber Punkt V hinter Punkt X kommt.

Präsident: Herr Wenhold will also Punkt V an das Ende der Tagesordnung setzen, im übrigen nach der Tagesordnung der Reihenfolge nach verhandeln.

Zur Geschäftsordnung

Peine (M.-S.): Aus den gleichen Erwägungen heraus, die Herr Wenhold geäußert hat, stehen wir nicht an, die Frage der Deputationen als letzten Punkt der Tagesordnung behandeln zu lassen, damit wir der Fraktion der U. S. entgegenkommen und sie dann in der Lage sind, ihre Stellungnahme zu der Wahl je nach dem Ausfall derselben einzurichten.

Präsident: Ich habe den Willen, die Tagesordnung heute auf alle Fälle zu erledigen, und ich glaube, wenn wir in dieser Weise verfahren, sind auch Ihre Ansprüche, Herr Dr. Künkler, befriedigt.

Dr. Künkler (U. S.): Wir haben nichts dagegen einzuwenden.

Präsident: Dann wird also, nachdem Punkt X der Tagesordnung erledigt ist, Punkt V erledigt werden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Sie heute die Deputationen wählen müssen, weil sämtliche Deputationsmitglieder ihr Amt niedergelegt haben, und zwar zum 8. Juni. Infolgedessen würden wir, wenn heute nicht gewählt wird, keine Deputationen haben.

Nr. VI der Tagesordnung:

Wahl der Kommission wegen Honorar des Gerichtsarztes.

Peine (M.-S.): Ich schlage vor:
1. Fauth,
2. Blanke,
3. Blase.

Wenhold (D.):
4. Frau Bahnson,
5. Professor Dr. Tjaden.

Drettmann (U. S.):
6. Heuer.

Karkmeyer (L.-V.):
7. Dr. Schelb.

Präsident: Erfolgen weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. (Zuruf der Kommunisten: Den Kommunisten ist alles Wurscht!) Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß die Herren damit gewählt sind. Ich konstatiere, Widerspruch wird nicht erhoben. Damit erkläre ich die Herren für gewählt.

Nr. VII der Tagesordnung:

Antrag, betr. Stadttheater und Orchester.

Die Nationalversammluug ersucht den Senat, die Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater mit der Ausarbeitung einer Vorlage zur Ueberführung des Stadttheaterbetriebes und des städtischen Orchesters in städtische Verwaltung zu beauftragen.

Kunoth (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Nationalversammlung hat eine Sozialisierungskommission eingesetzt, diese wird in erster Linie wirtschaftliche Probleme erledigen. Das Stadttheater und das städtische Orchester betreffen Kulturaufgaben und gehören zu den Einrichtungen, bei denen die Stadt schon längst beteiligt ist durch seine Deputation und Zuschüsse. Der vorliegende Antrag hat einerseits von vielen Seiten Zustimmung, andererseits Ablehnung gefunden, wie von vornherein zu erwarten war. Diejenigen Kreise, die es ablehnen, das Stadttheater und das städtische Orchester in staatliche Regie zu nehmen, befürchten vor allem die hohen Kosten. Sie stellen nicht in Rechnung, daß es sich hierbei um eine kulturerzieherische Aufgabe handelt. Viele Städte sind Bremen in dieser Beziehung vorangegangen. Die Zeit der geschäftlichen Verpachtung der Stadttheater ist auch ohne Zutun der Stadtverwaltungen vorüber. Es hat sich auf diesem Gebiete ein vollständiger Wandel vollzogen. In den Theaterkreisen gilt es als unsittlich, eine Pacht zu erheben und ein Stadttheater zu einem Geschäftstheater zu machen. Die Künstler haben in vielen Jahren in vielen Städten unter der Geschäftsleitung der Theater gelitten und haben sich deshalb zu großen Verbänden zusammen getan, um ihre Rechte zu wahren. Die Theater können heute von den Künstlern, wenn sie von diesen sozial schlecht behandelt werden, völlig gesperrt werden. Denn zum Schutze der Künstler und zur Förderung der Kunst haben sich die Künstler, Chorsänger, die Musiker, mit ihnen die Direktoren, die Verleger, die Kinos und die Gewerkschaften vereinigt. Die Direktoren und Bühnenkünstler haben sich kartelliert durch einen neuen Tarifvertrag, der auch die Verleger und Kinos umfaßt. Kein Direktor kann ein Mitglied engagieren oder ein Stück erwerben, wenn er nicht diesen Tarifvertrag anerkennt und dieser Vereinigung angehört. Dieser Tarifvertrag macht es unmöglich, daß die Künstler und ein Theater privatkapitalistisch ausgebeutet werden. Bremen könnte niemals mehr einen Theaterdirektor als Pächter bekommen unter den Voraussetzungen, die früher für die Anstellung eines Pächters maßgebend gewesen sind. Das Risiko der Direktoren ist viel zu groß geworden schon durch die Tarifverträge und dann durch

die ganzen Zeitumstände. Der Direktor ist ganz abhängig von der Konjunktur. Jede Stadt müßte heute dem Pächter, dem sie ihr Theater überträgt, ohne weiteres die Pacht erlassen und ihm Elektrizität, Heizung, Wasser, Dekoration, Kostüme usw. zur Verfügung stellen, auch die Reparaturen tragen, auch für die Sommergagen die Garantie übernehmen. Neuerdings muß den Künstlern auch die moderne weibliche Kleidung geliefert werden. Das alles müßte die Stadt übernehmen, der Pächter kann das Risiko allein nicht tragen. Kein Pächter könnte ein Stadttheater mit Oper, Schauspiel und Ballet mit solchen Verpflichtungen auf eigenes Risiko übernehmen, er würde bei schlechter Geschäftskonjunktur zusammenbrechen, oder müßte die Hilfe der Stadt heranziehen, und sie müßte ihm helfen.

Wie liegen nun die Verhältnisse in Bremen? Bremen besitzt nicht nur das Theatergebäude, sondern alles, was für den Betrieb nötig ist: den Fundus an Dekorationen, Möbeln und Kostümen, die Bibliothek, die Beleuchtungsanlagen usw. usw. Die Uebernahme des Stadttheaters in städtische Verwaltung würde sich also ohne besondere Unkosten vollziehen. Für den Fehlbetrag hat der Staat auch schon während des Krieges eintreten müssen, und der Direktor ist provisorisch als Angestellter tätig gewesen. Würde der Direktor wieder Pächter werden, so wäre er der Herr über den Staatsbesitz, er persönlich hätte das Sagen, aber nicht er, sondern der Staat oder die Stadt müßten das Risiko weiter tragen und bei etwaigen Fehlbeträgen einspringen. Gegenüber den Angestellten aber bliebe der Direktor doch der privatkapitalistische Unternehmer, dem man mit Mißtrauen begegnen und dem jede Ersparnis als Ausbeutung vorgeworfen werden würde. Ich meine, dann ist es doch besser, daß die Stadt auch die Verwaltung des Theaters übernimmt und den Direktor zu ihrem Angestellten macht.

Welche Vorteile hätte das für die Stadt und die Deputation? Wie ich schon andeutete, würde dann die Kunst über dem Geschäft stehen. Wir könnten billige Volkskunstabende einführen, die Deputation könnte das Programm beeinflussen, die ganze Kunstrichtung, sie könnte einen entscheidenden Einfluß bei den Engagements gewinnen und einen solchen auf die soziale Lage der Künstler ausüben. Viele schreckt nun der Gedanke, daß durch eine solche Einrichtung die Künstler zu Beamten werden würden. Das ist aber absolut nicht der Fall. Die Künstler wollen auch gar keine Beamten werden, sie wollen ihre Freizügigkeit behalten, sie wollen nach ihrem Gefallen auch in anderen Städten Engagements annehmen. Aber die Einrichtung würde doch dazu beitragen, daß die Künstler mehrjährige Kontrakte bekommen könnten, daß sie jährlich einen längeren Urlaub bekämen und während dieser Urlaubszeit selbstverständlich auch Bezahlung erhielten. Das würde nicht nur für die Bühnenkünstler zu gelten haben, sondern auch für Choristen und andere Angestellten. Auch diese würden mehrjährige Kontrakte und erhöhte Gagen erhalten. Durch die Uebernahme des Betriebes auf die Stadt würden auch die Bedenken gegen eine Verlängerung der Spielzeit und gegen ganzjährige Kontrakte hinfällig werden. Durch alle diese Einrichtungen würden natürlich die Seßhaftigkeit der Künstler und ihre Leistungsfähigkeit gefördert, auch eine Zufriedenheit der Künstler geschaffen werden, und das würde der ganzen Kunst zustatten kommen. Meine Damen und Herren! Als Beamte wären nach meiner Ansicht nur zu übernehmen der technische Bühnenvorstand, weil er das Material des Staates zu überwachen hat, der Verwalter der städtischen Gelder (es handelt sich um einen Umsatz von über einer Million), und der Intendant, der ein Theaterpraktiker sein muß in jeder Weise. Er wäre der Deputation gegenüber verantwortlich, und diese hätte die Aufsicht über alles zu führen.

Nun könnte man ja Besorgnisse haben, daß das Risiko, das die Stadt liefe, doch zu groß sei, daß zuviele Aufwendungen gemacht werden müßten, wie in anderen großen Städten. Dort haben große literarische Experimente und pomphafte Ausstattungen das Budget zu sehr beschwert. Nach meiner Ansicht und nach der Ansicht auch vieler Künstler kann sich das Theater auch mit bescheidenen Mitteln auf einem durchaus anständigen Niveau halten. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß das Stadttheater bei einer sparsamen Wirtschaft, wenn erst bessere Zeiten wieder kommen, Ueberschüsse erzielt, wenn auch keine großen.

Es wird Sie interessieren, etwas von dem Zahlenmaterial zu hören, das über die Verhältnisse des Bremer Stadttheaters zusammgebracht ist.

Als im August 1914 der Kriegszustand eintrat, ging das Abonnement des Stadttheaters, welches noch in der Spielzeit 1913/14 ℳ 219394.60 betrug, auf ℳ 61582.55 zurück, so daß ein Eingreifen des Staates notwendig wurde, um den Betrieb aufrecht zu erhalten und die Mitglieder nicht brotlos werden zu lassen. Unter Kürzung der Gehälter der Mitglieder wurde die Spielzeit 1914/15 mit einem Zuschuß von ℳ 30000.— aus der Kriegshilfskasse durchgeführt, während dem bisherigen Pächter, wie auch in den folgenden Jahren, ein festes Gehalt für die Leitung des Stadttheaters zugebilligt wurde. Die Spielzeit 1915/16 schloß mit einem Defizit von ℳ 40000.— und die Spielzeit 1916/17 erforderte nochmals einen Zuschuß von ℳ 30000.—, so daß im ganzen für diese drei Spielzeiten ein Betrag von ℳ 100000.— von der Kriegshilfskasse zugeschossen werden mußte. Dem gegenüber brachte die Spielzeit 1917/18 einen bedeutenden Aufschwung des Theaterbesuchs mit sich, so daß trotz erhöhter Gagen der Mitglieder nach Abführung einer Pacht von ℳ 27500.— noch ein Ueberschuß von ℳ 40000.— an die Kriegshilfskasse

zurückgezahlt werden konnte und nunmehr nur noch eine Schuld von ℳ 60 000.— besteht. Auch in der laufenden Spielzeit ist der Theaterbesuch ein derartig guter gewesen, daß trotz außerordentlicher Teuerungszulagen noch mit einem Ueberschuß gerechnet werden kann. Während die Bühnen anderer Städte ganz bedeutende Zuschüsse seitens der Kommunalbehörden jährlich erforderten, z. B. Mannheim ℳ 900 000.—, Düsseldorf ℳ 500 000.—, Köln ℳ 600 000.—, Frankfurt a. M. ℳ 600 000.—, Leipzig fast eine Million, kam das Bremer Stadttheater in den vier schweren Kriegsjahren mit einem Barzuschuß von ganz minimaler Höhe aus, woraus hervorgeht, daß das Theater finanziell ganz außerordentlich gut gegenüber anderen Städten abgeschnitten hat. Es besteht also absolut kein finanzielles Bedenken, die Uebernahme des Stadttheaters auf städtische Rechnung zu befürworten, zumal der Betrieb der letzten Jahre den Beweis schon selbst erbracht hat.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zum städtischen Orchester. Sie alle wissen, daß für das städtische Orchester schon ein ziemlich erheblicher Zuschuß gezahlt wird. Seit vielen Jahren ist es der heiße Wunsch der Mitglieder, daß die Stadt das Orchester ganz übernehmen möge. In Bremen beträgt das Grundgehalt der Musiker zirka 1 800 bis 3 000 ℳ, dagegen in München, Düsseldorf, Köln, Leipzig und Frankfurt a. M. 6—7000 ℳ. Alle städtischen Orchester arbeiten augenblicklich an einer Neuregelung ihrer Verhältnisse. Unser städtisches Orchester ist an Mitgliederzahl viel kleiner als die Orchester in allen anderen größeren Städten, dadurch haben unsere Orchestermitglieder eine viel größere Arbeit zu leisten. Es fehlt ihnen auch ein wirklicher Ruhetag in der Woche. Zu den fünf Opern- und Schauspielvorstellungen wöchentlich mit Proben kommen noch die Philharmonischen Konzerte mit ihren Proben. Die Hauptarbeit für das städtische Orchester aber ist für das Stadttheater zu leisten. Deshalb ist es auch berechtigt, daß die Stadt das Orchester für ihre eigene Rechnung übernimmt. Eine Neuregelung des Verhältnisses des Orchesters zur Philharmonischen Gesellschaft dürfte dabei meines Erachtens möglich sein. Ist das städtische Orchester erst in städtische Verwaltung übergegangen, so haben wir es in der Hand, noch mehr als bisher, gemeinnützigen Bestrebungen nachzugehen und auch musikalische Volkskunstabende für kleine Preise zu veranstalten.

Meine Damen und Herren! Nun noch einige Worte über die Verstaatlichung aller Theater. Ich glaube, diese Sache ist mit großer Vorsicht zu behandeln. Bei unseren augenblicklichen schwierigen finanziellen Verhältnissen läßt es sich noch nicht übersehen, wie weit wir da gehen können. Nach meiner Ansicht sollten wir uns vorläufig damit begnügen, das Stadttheater und das städtische Orchester in städtische Regie zu bringen und das weitere der Zukunft und den Beratungen in der Deputation zu überlassen. Das Tivoli, das bekanntlich dem Staate gehört, ist verpachtet. Das Schauspielhaus wird von einer Gesellschaft geleitet, die nur der Kunst dienen will, und es soll sich in guten sozialen Verhältnissen befinden und ist anscheinend gut durch den Krieg hindurchgekommen. Was die Kinos anbetrifft, so ist es als sicher anzunehmen, daß sie in Zukunft einmal übernommen werden. Alle diese Fragen haben wir jetzt nicht zu entscheiden, wir müssen sie aber im Auge behalten. Die Zukunft des Kulturtheaters hängt von der Theaterpolitik der Gemeinden ab. Kapitalistische Ausbeutung der Kunst und wirkliche Kunstpflege sind unvereinbare Gegensätze. Mit dem Kulturtheater darf kein Gewerbe und kein Geschäft betrieben werden. Das Theater kann seiner hohen Kulturmission, der Emporentwicklung des guten Geschmacks, der Bildung, Erziehung und Vertiefung des Menschengeschlechts, dem Kultus des Schönen, der Offenbarung der Seele aller Zeiten, dem Triumph des Geistes über alles Gemeine nur dann erfolgreich dienen, wenn es von allen Geschäftsinteressen und Geldkalamitäten befreit wird und nur für seine reinen Idealzwecke arbeitet. Das Theater ist der Spiegel der Zeit, es wirkt auf die Lebensanschauungen des Volkes ein. Es vernachlässigen, wäre ein schlimmer Fehler. Wir müssen in allem neu aufbauen. Gehen wir auch beim Theater an diese Arbeit. Das Volk hungert nach Kunst und wird aus ihm neue Kräfte und neuen Mut schöpfen. Bremen soll in dieser Beziehung nicht zurückstehen. Nehmen Sie bitte meinen Antrag an! (Beifall.)

Sonnemann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur einige Gesamtfragen grundsätzlicher Art berühren. Nach unserer Meinung ist die Verstaatlichung des Stadttheaters eine Angelegenheit, die längst spruchreif ist. (Sehr richtig!) Die Gemeinden sind nicht nur berufen, sondern verpflichtet, echte Kunst zu pflegen und für die soziale Lage der Künstler aufzukommen. So wie die Dinge bisher lagen, kommen weder Kunst noch Künstler zu ihrem Recht, und der Beurteilung, die Herr Kunoth in diesem Sinne dem Geschäftstheater hat zuteil werden lassen, könnte man sich wohl anschließen, wenn er zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre. Ich meine, wer erkennt, daß das Theater in den meisten Fällen ein reines Geschäftstheater gewesen ist, muß schließlich zu der Konsequenz kommen, daß das Theater aus dem Bereiche des Geschäftstheaters herausgehoben werden muß, daß es verstaatlicht wird. Solange es im Privatbesitz ist — und auch noch als Pachtvertrag — ist es immerhin noch ein geschäftliches Unternehmen und darauf angewiesen, Gewinn zu erzielen, und das ist ein Zustand, den wir abstellen möchten. Die Verhältnisse, wie sie sich an unserm

Stadttheater herausgebildet hatten in der Kriegszeit, können uns in unserer Ansicht nur bestärken. Der Spielplan zeigt nach unserer Meinung einen völligen, aber auch völligen künstlerischen Zusammenbruch. Ich will auch hier auf Einzelheiten nicht eingehen; aber ein Punkt verdient Erwähnung: Wir haben auch während der Kriegszeit und die Jahre kurz vor Beginn des Krieges verschiedentlich versucht, für die Mitglieder der Arbeiterschaft Vorstellungen zu veranstalten. Eine Zeitlang ging das allerdings unter verhältnismäßig schwierigen Bedingungen; aber es war doch möglich ab und zu, wenn auch selten. In den letzten Jahren vor dem Kriege und während der Kriegszeit ging das auf einmal nicht mehr. Da wurde uns entgegengehalten, daß die Theaterdeputation es nicht mehr dulden könne, daß das Theater für Privatvereinigungen zur Verfügung gestellt würde. Es wurden uns große Schwierigkeiten gemacht. Die Preise für die einzelnen Vorstellungen wurden so hoch gesetzt, daß sie für uns nicht zu erschwingen waren, und so mußten wir in dieser Zeit verzichten, für unsere Mitglieder eine Vorstellung im Theater zu veranstalten. Auch aus diesem Grunde möchten wir, daß das Theater aus dem Bereiche des Geschäftsunternehmens herausgehoben würde. Ich wundere mich allerdings, daß Herr Kunoth nicht zu der Konsequenz gekommen ist. Ich habe, als ich den Antrag zuerst las, angenommen, daß er auch wünscht, daß das Theater verstaatlicht werden solle. Ich höre nun aus der Begründung seines Antrages, daß das nicht seine Meinung ist. (Zuruf Kunoth: Doch! Doch! Zuruf: Kunoth hat es doch ausführlich begründet!) Dann verstehe ich nicht den Unterschied, den er gemacht hat zwischen städtischer Verwaltung und Verstaatlichung.

Präsident: Ich darf Ihnen eine kurze Erklärung geben. Das Theater gehört dem bremischen Staate, es ist städtisches Eigentum. Es handelt sich nur um den Betrieb, ob der in städtische Verwaltung übernommen werden soll, und das ist, was Herr Kunoth will.

Sonnemann: Ich meine auch den Betrieb des Städtischen Theaters. Dann ist es möglich, daß ich ihn mißverstanden habe.

Im übrigen sind wir für den Antrag und werden ihn unterstützen.

Faust (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag Kunoth ist uns sympatisch. Wir hatten selbst die Absicht, ihn einzubringen. Herr Kunoth ist uns aber um eine Nasenlänge zuvorgekommen. Er hat damit versucht, einigermaßen wieder gutzumachen, was er im Verlaufe vieler Jahre durch seine Tätigkeit in der Deputation versäumt hatte. Es ist nämlich sehr viel in der Deputation versäumt worden, vor allen Dingen in sozialer Hinsicht. Wir verlangen nicht nur ein sozialistisches Theater, sondern auch ein soziales Theater, und das war das Stadtheater leider nicht.

Um mit dem Orchester zu beginnen, dessen Verstaatlichung auch wir wünschen, so sei zu den Angaben Kunoths ergänzend hinzugefügt, daß die Mitglieder des städtischen Orchesters heute noch sehr schlecht bezahlt sind, und daß sie von der Verstaatlichung in erster Linie eine Aufbesserung ihrer Gage erwarten. Die Musiker im Stadttheater sind eingeteilt in drei Klassen. Die erste Klasse erhält ein Gehalt von 2100—3000 ℳ, die zweite Klasse von 1900—2800 ℳ, die dritte Klasse von 1800—2700 ℳ. Und dieses Höchstgehalt kann ein Musiker erreichen, der seine 21 Dienstjahre hinter sich hat. Daß die Verhältnisse in Bremen im Verhältnis zu denen im Reiche noch sehr schlecht sind, beweist ein Schreiben, das datiert ist vom 30. Mai 1919. Das städtische Orchester hat damals Musiker gesucht, und zwar auf dem üblichen Wege der Insertion in der „Allgemeinen Musikzeitung". Dieses Inserat des „Vereins der Musikfreunde," für den Senator Kirchhoff verantwortlich zeichnet, ist zurückgewiesen von dieser Berliner Zeitschrift mit folgender Begründung: „Das in Bremen gebotene Gehalt von 2100—3000 ℳ, beziehungsweise von 1800—2700 ℳ erscheint uns trotz der zugesicherten Teuerungszulage für einen Ort wie Bremen unzureichend. Außerdem müssen wir auch hier gegen die Festsetzung der Altersgrenze von 30 Jahren, — etwas Unsozialeres kann man sich überhaupt nicht vorstellen — Widerspruch erheben, zumal in der Kriegszeit, wo sehr gute Kräfte infolge des Krieges nicht durch eigene Schuld gehindert waren, sich eine gute Stellung zu erwerben".

Dieses ist das Schreiben eines Kaufmannes und Verlegers, der doch alles Interesse daran hätte, das Geld für das Inserat zu verdienen. Aber der Verleger dieser Zeitnng hat mehr soziales Empfinden, als die Herren Senatoren und der Verein der Musikerfreunde, der dieses Schreiben in die Welt hinaus schickte.

Die Mitglieder des städtischen Orchester haben allen Grund mit dem bisherigen Zustande unzufrieden zu sein und auf Besserung zu hoffen. Der Verein der Musikerfreunde zahlte an das Philharmonische Orchester jährlich 15 000 ℳ vor dem Kriege und während des Krieges 10 000 ℳ. Das Theater zahlte an den Verein der Musikerfreunde, also an eine private Vereinigung, vor dem Kriege 48 000 ℳ und während des Krieges 32 000 ℳ. Nebenbei gestattet sich das Philharmonische Orchester ein Luxusquartett, für das 14 000 ℳ ausgeworfen werden, damit dieses Quartett an etwa acht Abenden im Jahre Kammermusik für Wohlhabende bietet, zu Eintrittspreisen, die den Arbeitern und kleinen Beamten unerschwinglich sind. (Zuruf: Kammermusik wollen die Arbeiter nicht hören!) Aber es wäre entschieden ein Fortschritt auch im Interesse der Kunst, daß der Arbeiter auch an der Kammermusik Gefallen fände.

Bei dieser Gelegenheit sei an den „Fall Wendel“ erinnert, der auch in enger Verbindung hiermit steht. Es handelt sich darum, daß ein Mann, der nachgewiesenermaßen auch durch staatliche Unterstützung sein Gehalt bezieht, sich weigerte, vielmehr sich weigern mußte, vor einer Arbeiterschaft ein Konzert zu dirigieren. Das ist ein Zustand, der im übrigen Deutschland das größte Aufsehen hervorgerufen hat. Ich erinnere nur daran, daß auch die Frankfurter Zeitung geschrieben hat, daß der Fall skandalös wirkte. Gerade die Herren vom Quartett, mit Ausnahme des Herrn Plate, hatten sich ebenfalls geweigert, an diesem Konzert mitzuwirken, weil es zugunsten der Hinterbliebenen der Revolutionsopfer veranstaltet war. In solchen Fällen müßte die Deputation Einfluß nehmen, damit solche Zustände nicht zurückkehren und es niemals wieder gestattet werde, daß ein Kapellmeister, ein Künstler, und sei er noch so hoch gestellt, seine Kunst für so hoch empfindet, als daß er sie nicht dem Arbeiter zu genießen gäbe. Gegen Wendel sind diese Vorwürfe nicht zu erheben, aber gegen die übersatte Bourgeoisie, die hinter ihm hetzte und der Arbeiterschaft aus Kunstneid den Kunstgenuß mißgönnte.

Die Mitglieder des städtischen Orchesters wünschen in ihrem Gehalte den Volksschullehrern gleichgestellt zu werden. Die Deputation wird zu prüfen haben, wieweit diesen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen ist. Eine Funktionszulage ist ebenfalls notwendig, weil sie dann als städtische Beamte nicht mehr in der Lage sein werden, an privaten Konzerten mitzuwirken. Sie hegen ferner den Wunsch, bei persönlichen Angelegenheiten mitzuwirken, und vor allen Dingen haben sie ein starkes Mißtrauen gegen den jetzigen Vorstand des Vereins der Musikfreunde und gegen den früheren Senator Rassow. Es war ein Zwitterding, daß ein Senator gleichzeitig im Verein der Musikfreunde und in der Deputation für das Stadttheater maßgebenden Einfluß hatte.

Das soziale Verhältnis muß sich natürlich auch auf den Chorsänger- und Ballettverband erstrecken. Diese Vereinigung hat sich dem Gewerkschaftskartell angeschlossen, und bewiesen dadurch, daß sie Verständnis für soziale Bestrebungen habe. Während des Krieges und auch vorher ist dieser Verband sehr vernachlässigt und stiefmütterlich behandelt worden. Wollten die Leute eine kleine Zulage haben, drohte man mit dem Schützengraben; man verzichtete natürlich und blieb lieber reklamiert beim Stadttheater, als daß man den „Heldentod“ riskierte. Die Engagements erstrecken sich nur auf zehn Monate. Im Sommer und gerade im letzten Sommer, von dem Herr Kunoth ausgeführt hat, daß das Stadttheater in der Lage gewesen sei, 40 000 ℳ staatlicher Subvention zurückzuzahlen und weitere 27 500 ℳ von der Saison 1917/18 abzuführen, hat sich der Mißstand herausgestellt, daß Mitglieder des Chorsängerverbandes, etwa die Hälfte der Mitglieder, aufs Straßenpflaster gesetzt wurden. Sie bekamen kein Engament, nur eine Sustentationsgage von 80 ℳ. Von ihr müßten sie zwei Monate im Sommer leben und das im letzten Kriegsjahre, wo die Preise sehr hoch waren. In der gleichen Zeit hat die Stadt 27 500 ℳ eingesteckt und der Privatunternehmer, der Hofrat Otto, an Operetten 52 000 ℳ privat verdient. Man vergesse nicht, daß dabei so und soviele Mitglieder brotlos waren. Das gilt auch für den Chorsängerverband. Ich habe hier eine Gegenüberstellung der Gagen, wie sie in Bremen und in Hamburg gezahlt werden: Bremen für Herren 355 ℳ, für Damen 325 ℳ, Ballett 300 ℳ, für eine Spielzeit von zehn Monaten, mit sechs Wochen Ferien und zwei Wochen Proben, Hamburg 400 ℳ, 360 ℳ für Damen, 360 ℳ für das Ballett, bei einer neunmonatigen Spielzeit und zwei Monaten Ferien. Bei diesem Einkommen sind die Mitglieder gezwungen, noch Kostümteile selbst zu besorgen, wie Ritterstiefel, schwarze und braune Schuhe, Trikots, Strümpfe, Bauernhemden usw. Kleinere Städte wie Chemnitz übertreffen sogar Bremen. Dort zahlt man 410 ℳ den Herren, 380 ℳ den Damen, 350 ℳ dem Ballett.

Die sonstigen Theaterangestellten sind Angehörige der Bühnengenossenschaft. Solisten für die Oper und Schauspieler erreichen teilweise für zehn Monate Spielzeit nicht viel über 300 ℳ. Sie erwarten von der geplanten Sozialisierung vor allem ein menschenwürdiges Dasein. Herr Kunoth hat zweifellos Recht, wenn er meint, daß die Künstler im großen und ganzen die Freizügigkeit gewahrt wissen, daß sie keine Beamte werden wollen, aber sie wollen menschenwürdig behandelt werden, das ist das soziale Ziel, dessen Verwirklichung sie von der Theaterdeputation erwarten. Sie wünschen, daß nicht der Direktor allein über ihre Anstellung und Verwendung zu entscheiden habe. Auch in der Deputation wollen sie mitberaten dürfen, nicht nur der Theaterdirektor, der bisher bei den Verhandlungen allein mit beratender Stimme zugezogen war. Gerade die Vertreter der Genossenschaft der Bühnenangehörigen verlangen, daß die Genossenschaft ebenfalls gehört werde, wenn es sich um Engagementsverträge und persönliche Angelegenheiten handelt. Bei Theaterfragen müßten auch Fachleute gehört werden. Das geschah in Bremen nicht, wo ja auch vielleicht keine Fachleute vorhanden sind; hier wurden die Fragen in „Freundeskreisen“ besprochen. Verlangt werden müßte, daß von auswärtigen Fachleuten wenigstens der Präsident der Bühnengenossenschaft. Rickelt und der Verbandssyndikus Seelig herangezogen werden, um die Verhältnisse zu prüfen und Direktiven zu geben, wie unter Berücksichtigung der allgemeinen Theaterlage hier sozialisiert werden kann.

Neben den Wünschen der Künstler müssen auch die weitergehenden Wünsche der Arbeiter, die bisher immer vernachlässigt worden sind, Berücksichtigung

finden. Solange das Theater nicht entkapitalisiert ist, wird für die Künstler und die Angestellten niemals ein Idealzustand erreicht werden. Wir könnten uns als Ideal wohl vorstellen, daß das Theater der Kulturfaktor wird wie bei den Gerichten oder daß das Theater als Kulturfaktor die Kirche ersetzt, in mancher Hinsicht ist es ja wichtiger als die Kirche, und daß jeder ein Anrecht darauf erhält, Kunst und Belehrung im Theater gratis zu empfangen und genau so an diesen Kulturbestrebungen teilnehmen kann wie an anderen Einrichtungen des Staates. Ich erinnere daran, daß man in Frankreich etwas ähnliches hat, wo an nationalen Festtagen die Theater alle frei geöffnet sind. Es macht einen erhebenden Eindruck, wie sich dann vom frühen Morgen an die Arbeiter vor dem Eingang der Theater drängen und stundenlang warten, um sich einen Platz zu erobern. Ein Beweis, wie kunsthungrig die Arbeiterschaft ist und wie sie mit geballten Fäusten an die Tore der Kunst pocht, Einlaß begehren.

Das Hauptsächliche, das wir vom Stadttheater erwarten, ist, daß es weitgehend der Arbeiterschaft entgegenkommt und billige Volksvorstellungen veranstaltet, damit jeder Arbeiter in der Lage ist, ohne auf das zu verzichten, was er sonst für seine Lebensnotwendigkeit gebraucht, sich einen Genuß bei einem gutem Stück, in einem Kulturtheater zu verschaffen. Aus dem Grunde müssen die Preise für Arbeiter, von denen Herr Kunoth überhaupt nicht gesprochen hat, sehr niedrig gehalten werden. Er hat zwar eine Kalkulation aufgestellt, nach welcher unter Beibehaltung der jetzigen hohen Eintrittspreise das Theater seine Rentabilität erreicht. Wir haben jedoch nichts dagegen, daß der Staat dem Theater einen hohen Zuschuß zahlt, die Mittel dafür müßten eventuell durch Steuern auf die hohen Einkommen aufgebracht werden. Den Minderbemittelten im Volk muß der Kunstgenuß möglich gemacht werden.

Jetzt haben wir ja leider auch im Theater noch die Klasseneinteilung. Es wäre vielleicht denkbar — es ist nur eine Idee, die doch erwogen werden könnte — daß die Theaterpreise sich nach den Gruppen, die für die Lebensmittelverteilung maßgebend sind, richten. Nicht nur auf die Gallerie und den dritten Rang dürfen die Arbeiter angewiesen bleiben, wo die Preise nicht so hoch sind, wo es ihnen aber nicht möglich ist, mit voller Aufmerksamkeit die Bühnenvorgänge zu verfolgen, zumal sie durch die Tagesarbeit abgespannt sind. Unten im Parkett neben dem Bürger mögen auch die Arbeiter im Sonntagsanzuge sitzen! Diese haben mindestens ein ebenso gutes Verständnis für das Theater wie die Kapitalisten in ihrer Blasiertheit.

Man sollte von den Toten nur Gutes sagen, aber ich muß doch aussprechen, daß Bürgermeister Stadtländer einmal gesagt habe: „Die Theater sind eigentlich dazu da, daß man seine Frau hinschickt!" Es ist eigentlich so: das Kunstbanausen-Publikum geht ins Theater, um den Abend auszufüllen, aber nicht der Kunst wegen. Und gerade die Rücksichtnahme auf ein solches Publikum hat die Dekadenz der Kunst im Gefolge, die Herr Sonnemann ebenfalls konstatierte. Der Theaterdirektor will nur ein Geschäft machen, und daher ist er gezwungen, auf die Wünsche des geldbesitzenden Publikums einzugehen, daß keinerlei Kunst sehen und hören mag, sondern nur seichte Ware verlangt; nicht Kunst und Geist will es erleben, sondern Ballettbeine sehen! (Zuruf: Bei den Franzosen ist es auch so!) Dieses Publikum zwingt den Theaterdirektor, Schundware herauszubringen. Das ist gar nicht anders möglich, wenn der Direktor sieht, daß nicht einmal bei der Premiere guter Klassiker oder moderner Dichterwerke die Plätze besetzt sind, während bei Schwank und Schund das Theater Dutzende male ausverkauft ist. Bei solchen Erfahrungen ist es erklärlich, daß der Direktor Rücksicht darauf nimmt, daß er gute Geschäfte macht, die Kunst aber um so schlechtere. Herr Kunoth meint, daß mit der Anstellung des vorhandenen Direktors als Intendant die Frage gelöst würde. Ob es richtig ist, daß ein Mann, der ganz auf das kapitalistische Pachtsystem eingestellt ist, auch das sozialisierte Theater am zweckmäßigsten leitet, diese Frage muß grundsätzlich geprüft werden. Jedenfalls muß die Theaterdeputation das Recht und die Pflicht haben, als Intendanten einen Mann anzustellen, der ausschießlich auf Hebung der Kunst und Hebung der sozialen Stellung der Bühnenkünstler bedacht ist, aber nicht lediglich sich durch Geschäftstüchtigkeit auszeichnet und die Kunst ausschließlich mit Rücksicht auf die Kasse betreibt. Bei dem sozialistischen Theater darf nur die Rücksicht auf die Kunst maßgebend sein, und auf den Kunsthunger der arbeitenden Klasse.

Was Herr Kunoth anführte von den vielen Subventionen in anderen Städten, stimmt, teilweise aber im Grunde genommen sind die Subventionen nicht sehr hoch. In vielen Städten, ist eine Lustbarkeitssteuer eingeführt, die mitunter sogar so rentabel ist, daß sie den Ausgaben, die der Staat für das Theater zu leisten hat, die Wage hält. In Breslau z. B. wird eine Lustbarkeitssteuer erhoben, die im Jahre 1914 noch einen Ueberschuß von 149 999 ℳ brachte. In meiner Aufstellung finde ich kaum ein Theater, das mehr als eine halbe Million Subvention beansprucht. Da durch diese Aufwendungen aber der Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben wird, am Kunstgenuß teilzunehmen, so sind wir dafür zu haben. Wir treten deshalb für den Antrag Kunoth ein und erwarten, daß durch die neue Theaterdeputation eine Besserung der bremischen Theaterverhältnisse erstrebt wird, mit dem Zweck, das Theater zu einem sozialen Institut und zu einem Kunstinstitut für das Volk zu gestalten.

Vizepräsident Klenke: Herr Professor Dietz hat das Wort.

Professor Dr. Dietz (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir stimmen dem Antrage Kunoth zu. Das Ziel des Antrages ist uns allerdings nicht völlig klar, und ich bin auch durch die Ausführungen des Herrn Kunoth nicht viel klüger geworden. Wir sind aber der Ansicht, daß das Verhältnis zwischen der Stadt und dem Stadttheater, wie es bisher bestanden hat, nicht weiter andauern kann. Ich kann Ihnen auch sagen, meine Damen und Herren, daß wir in der Deputation schon lange der Ueberzeugung gewesen sind, daß in dem bisherigen Verhältnis des Stadttheaters zur Stadt eine Aenderung herbeigeführt werden muß. Wenn das bisher noch nicht geschehen ist, so ist der Krieg daran schuld. Auch ohne diesen Antrag hätte aber jetzt geprüft werden müssen, ob nicht, sobald der Frieden geschlossen ist und wir einigermaßen übersehen können, wie sich die Lage Bremens in Zukunft gestaltet, eine gründliche Aenderung in unseren Theaterverhältnissen eintreten muß. In welcher Richtung diese zu erfolgen hat, wird freilich von der Deputation sehr genau zu prüfen sein. Denn so ganz in die Luft hinein wie Herr Faust können wir denn doch nicht hauen. Sie wissen, wie unsere Finanzlage ist, daß schon jetzt ein großes Defizit vorhanden ist. (Zuruf von links: Das haben Sie verschuldet!) Darüber wollen wir uns heute nicht unterhalten, ganz sicher ist später einmal Gelegenheit, uns über diesen Punkt recht deutlich auseinanderzusetzen, aber die heutige Verhandlung dürfte kein Anlaß dazu sein. Ich sage also: wir wissen heute noch nicht, wie die Zukunft Bremens sein wird in finanzieller Hinsicht, ob wir in absehbarer Zeit einigermaßen wieder auf den Standpunkt kommen werden, auf dem wir lange Jahre vor dem Kriege gewesen sind. Wir sind daher nicht in der Lage, weitgehenden Sozialisierungsplänen nachzujagen, und dem Staat recht große Kosten aufzuerlegen, ohne daß wir wissen, ob wir sie tragen können. Das machen wir auf der rechten Seite des Hauses nicht mit.

Wir werden also, Herr Präsident, in der Deputation gern an der Prüfung des Antrages Kunoth mitarbeiten und hoffen, daß etwas Ersprießliches dabei herauskommt. Auf einen Punkt möchte ich noch besonders hinweisen. Es ist von meinen Herren Vorrednern immer von Verstaatlichung und Sozialisierung des Theaters gesprochen worden, aber ein Theater ist ein sehr feines und empfindliches Instrument, das nicht in der üblichen bürokratischen Weise gehandhabt werden darf. Sonst leidet es. Deshalb muß man dem Theater eine gewisse Freiheit lassen.

Auf die Ausführungen von Herrn Faust und auch von Herrn Sonnemann will ich nicht näher eingehen. Gewiß ist unser Theater so geführt worden, daß der Staat finanziell nicht zu sehr belastet worden ist. Ich habe hier die Abschlüsse des Theaters von 1891 an, und wenn man sie vergleicht, so muß ich sagen, daß der Pächter tatsächlich ein glänzendes Geschäft nicht gemacht hat. Auf Jahre mit erheblichem Gewinn sind Jahre mit nicht unbedeutenden Verlusten gefolgt. Im ganzen hat sich das Theaterunternehmen nicht allzu glänzend rentiert in diesen 30 Jahren.

Wir sind ferner der Ansicht, daß in dem Verhältnis zwischen Stadttheater und städtischem Orchester eine Aenderung notwendig ist. Das ist auch ein Punkt, auf den wiederholt schon in der Deputation hingewiesen war, und es wird jetzt an der Zeit sein, darauf hin zu wirken, daß darin eine Aenderung eintritt. Ich möchte mich kurz dahin zusammenfassen, daß ich sage: wir werden gern in der Deputation den Antrag Kunoth prüfen und hoffen, daß zum besten der Kunst etwas Ersprießliches dabei heraus kommen wird.

Senator Rhein (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage der Verstaatlichung des Theaters hat uns in der Bürgerschaft mehrmals beschäftigt. Auch wir von unserer Seite haben die Frage früher angeregt und all die Mißstände und Beschwerden, die mit dem Pachttheater in Verbindung stehen, haben wir in gleicher Weise vortragen können, wie sie hier jetzt von den Herren vorgetragen worden sind. Wir sind in Bremen auch einmal nahe daran gewesen, einen großen Plan zu verwirklichen, nämlich unter Uebernahme oder Bau eines zweiten Theaters das Pachtsystem ganz auszuschalten. Leider haben die Verhältnisse dazu geführt, daß dieser Plan infolge der Erbauung eines Privattheaters in die Brüche ging. Der Krieg hat sein übriges dazu beigetragen, und deshalb ist der Verwaltung daraus kein Vorwurf zu machen, wenn die Frage der Verstaatlichung nicht wieder aktuell geworden ist. Die Entwicklung der Dinge hat allerdings dazu geführt, daß heute die Zustände unhaltbar geworden sind, so daß heute andere Verhältnisse eintreten müssen. Die Frage der Ermöglichung der längeren Vertragsabschlüsse und die Frage des Städtischen Orchesters und ähnliche Fragen machen es notwendig, daß diese Fragen weiter ventiliert werden. Es ist deshalb auch bereits im Schoße der Theaterverwaltung dieser Frage nähergetreten worden, aber es war nicht zweckmäßig, angesichts einer so wichtigen Frage, wie dieser, entscheidende Entschlüsse herbeizuführen in dem Augenblicke, wo die Theaterverwaltung, d. h. die Theaterdeputation, vor einer neuen Zusammensetzung steht. Diese wird in aller Kürze erfolgen. Es wäre ein Unsinn gewesen, mit der alten Deputation das zu machen. Es wird eine der ersten Aufgaben dieser Deputation sein müssen, an die Frage heranzugehen. Ich bin fest überzeugt, daß sie dazu kommen muß, das Pachtsystem vollständig zu beseitigen. Ob sich dabei vollständig, angesichts der finanziellen Lage des Staates das System der reinen Verstaatlichung durchführen läßt, muß ernstlich geprüft werden. Denn es ist kein Zweifel, daß in dem Augenblick, wo wir den Pächter zu einem künstlerischen Leiter machen, das ganze finanzielle Risiko

dem Staate allein übertragen wird, die Interessen sich wesentlich verschieben, das rein künstlerische Interesse obwaltet und das wirtschaftliche in den Hintergrund tritt. Das muß uns die Frage nahe legen, ob nicht in der Zeit der großen finanziellen Nöte ein mehr gemischtes wirtschaftliches System d. h. ein System, bei dem ich mir eine gewisse materielle Interessierung des Direktors denke, vielleicht das richtigere ist. Ich entscheide die Frage nicht und lasse sie dahingestellt, weil darüber die Beratungen das richtige bringen werden. Wenn Mängel aufgeführt sind, die gegen die Theaterverwaltung zu sprechen scheinen, so glaube ich, sind sie nicht am Platze gewesen. Jedenfalls treffen sie nicht zu, soweit die Theaterdeputation in Frage kommt und sie das Soziale betreffen. Natürlich bezieht sich das nur auf die Zeit des Krieges, vorher stand der Deputation eine Mitwirkung in dieser Beziehung nicht zu. Während des Krieges ist aber im sozialen Sinne für das Schauspielpersonal und die Chorsänger usw. und für das Städtische Orchester viel getan worden. Die Mängel, die in bezug auf das Städtische Orchester hervorgehoben worden sind, liegen daran, daß das Städtische Orchester überhaupt nicht der städtischen Verwaltung untersteht, sondern der Verwaltung eines Privatvereins, der seinerseits die Balance halten muß und der durch Verpachtung des Orchesters an die Philharmonische Gesellschaft und das Theater und auf anderem Wege die Mittel aufbringen mußte. Daß die Mitglieder des Städtischen Orchesters ein so niedriges Einkommen haben, beruht darauf, daß in früheren Zeiten das Gehalt deshalb so niedrig festgesetzt worden ist, weil der größte Teil der Mitglieder wesentliche Einnahmen hatte durch Privatstunden usw. Das ist im Laufe der Zeit wesentlich anders geworden. Die Inanspruchnahme der Orchestermitglieder ist größer geworden, und es kann deshalb immer weniger die Rede davon sein, daß sie andererseits Einnahmen haben. Deshalb ist heute der Zustand ein ungesunder, man hat nachhelfen müssen durch Teuerungszulagen, und hat nicht dazu übergehen können, das Grundgehalt zu ändern, weil in der Tat die Absicht bestand, das Städtische Orchester zu verstaatlichen und die Veränderung des Grundgehaltes dazu geführt haben würde, die Regulierung der Beamtengehälter im ganzen aufzurollen. Daran war während der Kriegszeit angesichts der unsicheren Verhältnisse nicht zu denken. Deshalb nur die Teuerungszulagen. Es wird eine Folge der Verstaatlichung des Theaters sein müssen, daß die Mitglieder des Städtischen Orchesters über die Regelung der anderen Beamtengehälter hinaus aufgebessert werden müssen. Ich glaube also, daß in der Richtung Vorteile herauskommen werden, wenn wir dieser Frage näher treten. Auch in bezug auf das Chorpersonal haben wir durch Teuerungszulagen das Möglichste getan. Sie bekommen während der Sommermonate seit einigen Jahren Sustentationsgage, z. Zt. 175 ℳ, und erst in der letzten Zeit ist man zur zehnmonatigen Spielzeit übergegangen mit Rücksicht darauf, daß es dem Personal schwer fallen dürfte, im Sommer ein Engagement in der Zwischenzeit zu finden. Wenn darauf noch verwiesen wurde, daß in der Operette im vorigen Sommer erhebliche Einnahmen für den Direktor erwachsen sind, so liegt es so, daß der Direktor zunächst beantragt hatte, das Tivolitheater zu übernehmen, und daß dann die Deputation seinerzeit, weil das bislang noch nicht geschehen war, das Risiko nicht tragen wollte; der Direktor hat dann persönlich das Risiko übernommen. Er hat daraus wohl eine Einnahme gehabt, auf die natürlich die Theaterverwaltung keinen Anspruch hat.

Was den Eintrittspreis für das Theater anlangt, wird es zweckmäßig sein, die Sache so zu regeln, wie Herr Faust angeregt hat. Ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, Einheitspreise einzuführen oder durch Auslosung die Plätze auf die verschiedenen Klassen gleichmäßig zu verteilen. Wir haben die Regelung dieser Frage früher bei unseren Volksvorstellungen so gehabt und haben reichlich Schwierigkeiten in bezug auf die Verteilung der Plätze gehabt. Jedenfalls würden wir, da die Einheitspreise niedrig sein müßten, zu ungeheuren Ausgaben kommen, die augenblicklich vom Staate nicht getragen werden können. Das ist vielleicht ein Ideal, das aber vorläufig abgelöst werden muß durch reguläre Eintrittspreise, die auch die Minderbemittelten in die Lage versetzen, ins Theater zu gehen, — in Bremen sind die Eintrittspreise noch erheblich niedriger als in anderen Großstädten, — und dadurch, daß wir eine größere Anzahl von volkstümlichen Vorstellungen haben müssen als bisher.

Miller (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Genuß der Kunst war bisher ein Problem der besitzenden Klassen. Durch Abonnements haben sie sich die besten Plätze gesichert, und die, die sonst unter den Dachkammern wohnen, haben auch im Theater ihren Platz auf dem dritten Range oder auf der Gallerie. Die Quintessenz der ganzen Geschichte ist, ich will Ihnen nicht eine lange Rede halten, (Bravo!) daß die Patrizier mit ihren Dämchen sich dort amüsieren und ihre Toilette zeigen, daß die Künstler ausgebeutet nach allen Regeln der Kunst hungern, die ihre Kräfte einsetzen bis zum äußersten und ein Entgelt dafür bekommen, daß es eine Schande ist, das auszusprechen hier. Ob die Verstaatlichung des Theaters, wie Herr Kunoths Antrag es will, in diesen Verhältnissen eine Aenderung bringen wird, möchte ich bezweifeln. Eine Aenderung wird eintreten, wenn der Kapitalismus niedergeschlagen ist. Ich bin der Meinung, daß wir das Städtische Theater, solange die Nationalversammlung tagt, ruhig schließen können, wir dafür die Gallerien hier ausbauen können, da alles hier doch nur Theater ist. (Zurufe: Wenn Sie da sind! Heiterkeit. Unruhe. Tumult links.) Wenn Sie glauben, daß wir hierher kommen, um in dem Sinne positive Arbeit zu leisten,

wie Sie es machen, sind Sie im Irrtume. Wir betrachten diesen Raum als ein Komödientheater, als weiter nichts. Hier in diesem Raume, wo keine proletarische Politik getrieben wird, (Glocke. Unruhe. Zurufe.) — — — und darum sagen wir, es ist hier nichts weiter als ein Theater.

Präsident: Ich kann nicht zulassen, daß Sie die Nationalversammlung als ein Komödientheater bezeichnen. (Zurufe: Ist sie aber!)

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es nicht für zweckmäßig, mit der Verstaatlichung solange zu warten, bis Herr Miller am Ruder ist. (Heiterkeit. Zuruf links: Aber wir kommen ans Ruder!) Wir wollen schon jetzt anfangen, zu arbeiten und zu bessern. Aus der Rede des Herrn Faust hat es allerdings herausgeklungen, als ob die Kunst in Bremen bisher stiefmütterlich behandelt worden sei. Aber die Kunst hat in Bremen sehr wohl eine Pflegestätte gehabt, und Bremens Theater ist weit über unsere Grenzen bekannt gewesen. Auch unsere Konzertverhältnisse sind nicht so ungünstig gewesen, wie es von Herrn Faust dargestellt ist, und wir können in dieser Beziehung einen Vergleich mit anderen großen Städten aushalten. Insbesondere haben die Vereine, die auf diesem Gebiete gearbeitet haben, der Verein der Musikfreunde und die Philharmonische Gesellschaft, ganz hervorragendes geleistet. Allerdings bin ich mit den Ausführungen des Herrn Rhein völlig einverstanden. Er hat die Lage, insbesondere der Musiker in einer Weise geschildert, wie ich es, wenn ich vor ihm das Wort gehabt hätte, auch getan hätte. Die Lage der Musiker ist eine traurige gewesen. Herr Rhein, Herr Kunoth und ich haben in der Deputation sehr oft eine Lanze für die Künstler brechen müssen, es ist uns leider aber nicht immer gelungen, mit unserer Meinung durchzudringen. In den letzten Jahren haben sie ja manche Aufbesserung erfahren. Allerdings nicht in dem Sinne, wie sie es sich gedacht haben. Nun sagte Herr Faust, daß der Gedanke einer Sozialisierung des Theaters und des Orchesters erst aufgetaucht sei nach der Revolution. Dem ist nicht so. Bereits vor langen Jahren sind nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die liberalen Mitglieder der Bürgerschaft, u. a. Herr Tebelmann, den man doch ganz gewiß nicht für einen Revolutionär halten wird (Ruf: Nein, im Gegenteil!) sehr energisch für die Verstaatlichung oder Verstaatlichung eingetreten, allerdings ohne irgend welchen Erfolg. (Ruf: Sie werden es anders gemeint haben!) Herr Bürgermeister Stadtländer hat lange vor dem Kriege den Gedanken gehabt, das städtische Orchester und das Stadttheater in städtische Regie zu übernehmen, er hat das mehrfach energisch zum Ausdruck gebracht. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, meine Damen und Herren, — Herr Prof. Dietz hat das schon richtig bemerkt — dann wären wir auch ohne neue Anregung von Seiten der Deputation bereits zu ganz erheblichen Aenderungen gekommen und wahrscheinlich zu einer Verstaatlichung des städtischen Orchesters und des Stadttheaters übergegangen. Im übrigen will ich heute auf Einzelheiten nicht in der Weise eingehen, wie es Herr Faust für notwendig gehalten hat. (Ruf: Das ist absolut seine Sache!) Ich wollte nur daran erinnern, daß früher schon Herr Rhein und Herr Bürgermeister Stadtländer eine Verstaatlichung von Orchester und Theater erstrebt haben, daß Herr Bürgermeister Stadtländer geplant hatte, die ganzen Theaterverhältnisse (Ruf von der äußersten Linken: Wir planen etwas anderes!) — Was Sie planen, ist mir gleichgültig! — in städtische Verwaltung zu übernehmen, ein besonderes Theater für die Oper und das große Schauspiel zu schaffen, ein anderes für kleine Schauspiele, ein drittes für die Operette. Wir waren damals nahe daran (Ruf von der äußersten Linken: Fehlt noch ein Kasperletheater! Ruf aus der Mitte: Mit Miller als Kasper!) das zu verwirklichen, wenn sich nicht andere Sachen dazwischen gedrängt hätten. Wir werden diesen Gedanken auch in Zukunft wieder nähertreten müssen. Am nächsten liegt uns aber die Aufgabe, Stadttheater und Orchester in städtische Regie zu übernehmen. Meine Damen und Herren! Ich muß darauf aufmerksam machen — das muß ich noch einmal sagen im Anschluß an meine Ausführungen bei der Vorlage über Maßnahmen aus Anlaß des Krieges — daß es doch nicht so ganz gleichgültig ist, wie man in diese Sachen hineinspringt, es ist nicht gleichgültig, ob man, wenn man auch auf einem Gebiet eine Sozialisierung für erforderlich erachtet, dabei mit Voraussicht und vorsichtigen Erwägungen vorgeht oder nicht. Wir haben in den letzten Jahren während des Krieges einigermaßen günstig arbeiten können, und wir haben dabei auch die Wünsche des Chorpersonals und des Stadttheaterpersonals und auch der Musiker einigermaßen befriedigen können, alle Wünsche leider nicht. Aber die Zuschüsse, die seitens der Kriegsdeputation gezahlt wurden nach dem ersten Kriegsjahre, hatten einen fast bedrohlichen Charakter angenommen. In den letzten Jahren hat der Theaterbesuch in einer Weise zugenommen, daß sich die Verhältnisse außerordentlich günstig gestaltet haben. Meine Damen und Herren! Es wird auch bei dieser Gelegenheit notwendig sein, die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Kommune im Auge zu behalten und weitgehende Forderungen gründlich zu prüfen. (Beifall.)

May (Kl.) verzichtet.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Kunoth (D.) (Schlußwort): Die Herren Sonnemann und Faust haben gemeint, ich hätte nicht deutlich ausgesprochen, daß ich eine Verstaatlichung von Stadttheater

und Orchester wolle, weil ich den Ausdruck „Verstaatlichung" nicht gebraucht habe. (Zuruf: Vergesellschaftung!) Ich habe den Ausdruck „Verstaatlichung" deshalb nicht gebraucht, weil ich mir gesagt habe, das könnte zu einem Irrtum führen. Das Stadttheater in Bremen soll nach meiner Ansicht nicht vom bremischen Staat geführt werden, sondern von der Stadt Bremen, weil die Stadt Bremerhaven ein eigenes städtisches Theater hat und den Bremerhavenern doch nicht zugemutet werden kann, das Budget für Bremerhaven auch mit Ausgaben für das Bremer Stadttheater zu belasten. Es wird ja auch beabsichtigt, das Staatsbudget von dem städtischen Budget zu trennen. Wenn ich nun auch den Ausdruck „Verstaatlichung" nicht gebraucht habe, so habe ich doch deutlich ausgesprochen, was auch Herr Sonnemann will, daß das Stadttheater in städtische Verwaltung, in städtische Regie zu übernehmen ist. Ich habe mich ausdrücklich gegen ein Geschäftstheater gewandt, bin dagegen aufgetreten, daß eine privatkapitalistische Ausbeutung beim Theater betrieben werde, habe auch gezeigt, wie in anderen Städten die Kunst besonders gepflegt wird. Und so muß es auch hier sein. Herr Faust hat auch von dem Quartett gesprochen. Ich mache darauf aufmerksam, daß dieses Quartet in sämtlichen Konzerten der Philharmonischen Gesellschaft mitspielt, nicht nur in der Kammermusik. Diese besonderen Künstler sind notwendig für die Höhe der musikalischen Leistungen. Ich möchte Herrn Faust weiter sagen, daß die Deputation mit der Sommeroperette nichts zu tun hatte, die Direktion hat diese auf ihr eigenes Risiko geführt, (Zuruf: Und dabei 52 000 ℳ in die Tasche gesteckt!) nachdem die Deputation ein Gesuch Ottos um Uebernahme auch der Sommeroperette abgelehnt hatte. Herr Faust sagte, der Direktor solle nicht allein über Engagements entscheiden. Das wird auch durch meinen Antrag anders werden, die Deputation wird später die Kontrolle haben. Der Direktor soll als städtischer Intendant ein freundschaftlicher Berater der Bühnenangestellten sein. Ein Angestelltenausschuß, wie er gewünscht wird, wird ganz von selbst kommen. (Miller: Es wird ganz anders kommen!) Herr Faust sprach auch von den Preisen. Ich habe ausdrücklich von einer Vermehrung der Volkskunstabende gesprochen, damit habe ich zum Ausdruck gebracht, daß billige Kunstabende veranstaltet werden und daß diese Volkskunstabende in viel größerem Maße als bisher eingeführt werden sollen. Herr Faust scheint zu meinen, daß wir über viele Millionen verfügten, sonst würde er wohl alle seine Forderungen nicht gestellt haben. (Faust: Doch! Doch!) Wir stehen aber finanziell schlecht, wir haben nicht viel Geld, und es ist darum ganz gerechtfertigt, daß wir von den Kreisen, die über größere Mittel verfügen, hohe Eintrittspreise fordern, damit andere Kreise zu billigeren Preisen das Theater besuchen können.

Herrn Professor Dietz möchte ich antworten, daß ich absichtlich nicht auf alle Einzelheiten eingegangen bin. Das ist Sache der Deputation. Ich habe nur einige Hauptpunkte, die prinzipielle Grundlage vorgeführt, um keine lange Debatte herbeizuführen. Das ist nun allerdings durch die Herren von der Linken doch geschehen. Wir wünschen, daß die Frage der Verstaatlichung des Theaters in der Deputation sofort gründlich geprüft werde. Ich glaube, daß sie kommen muß und auch später gekommen wäre ohne diesen Antrag, weil sie dringend notwendig ist. Wir können uns auf die Deputation verlassen, sie hat das Beste im Auge. (Zuruf von links: Das Beste für Sie!) Wir wollen auch für die breiten Volksmassen wirkliche Kunst bringen, das ist immer unser Bestreben gewesen, und wir hoffen, daß sich dieses unser Bestreben voll verwirklichen lassen wird. (Beifall. Ruf von links: Hepp, hepp, Hurra!)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Präsident: Ich komme noch einmal auf Nr VI der Tagesordnung zurück und bitte Herrn Heuer, die erste Sitzung der Kommission einzuberufen.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Antrag
auf Aufhebung des durch die Reichsregierung über Bremen verhängten Belagerungszustandes.

> Die Nationalversammlung wolle beschließen, den Senat aufzufordern, alsbald bei der Reichsregierung die Aufhebung des über Bremen verhängten Belagerungszustands zu veranlassen.

Dr. Künkler (U. S): Herr Präsident! Bei den wiederholten Verhandlungen über diesen Gegenstand haben wir von der Linken das politische Unrecht dargelegt, das durch diesen Ausnahmezustand, den die Regierung schon während vier Monate über Bremen und sein Landgebiet verhängt hat, der Bevölkerung zugefügt wird, das politische Unrecht, mit dem Werkzeug der alten, durch die Revolution gestürzten Militärautokratie die Bevölkerung, die ihre Freiheit zu erkämpfen hoffte, unter der Fuchtel zu halten, schärfer als je die frühere Militärautokratie getan hat. Heute möchte ich, über das politische Unrecht hinausgehend, fragen, welches die rechtlichen Grundlagen für die Maßnahmen des Belagerungszustandes sind. Meine Damen und Herren! Der Belagerungszustand gibt in Anwendung des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand im wesentlichen dem militärischen Befehlshaber vier Rechte: 1) die Exekutivgewalt, 2) das Recht, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Verordnungen zu erlassen, 3) gewisse strafbare Handlungen schärfer zu bestrafen, 4) außerordentliche Kriegsgerichte einzusetzen. Dagegen bedarf es zur Beschränkung der

sogenannten Freiheitsrechte: der Freiheit der Person, der Unverletzlichkeit der Sicherung, des Vereins- und Versammlungsrechts, der Preßfreiheit, der besonderen, ausdrücklichen Aufhebung der betreffenden Verfassungsbestimmungen. Der Belagerungszustand wurde nun zunächst von der provisorischen Regierung verhängt, ohne daß damals ersichtlich war, welche Rechtsgrundlage dafür bestand. Aus Anlaß des Generalstreiks wurde dann später der sogenannte verschärfte Belagerungszustand verhängt, wieder, ohne daß die gesetzliche Grundlage für die Verhängung desselben bezeichnet wurde. Endlich verhängte noch die Reichsregierung lediglich den Belagerungszustand. In den früheren Verhandlungen wurde von unserer Seite darauf hingewiesen, daß die Verhängung des Belagerungszustandes durch die Reichsregierung unzweifelhaft aus Rechtsgründen erfolgt sei, und das ist auch von dem einen Vertreter der Regierung bestätigt worden. Der von der gegenwärtigen Regierung verhängte Belagerungszustand war eben nichtig, weil dafür jede rechtliche Grundlage fehlte. Alles, was auf Grund dieses Belagerungszustandes geschehen ist, ist null und nichtig. Auf Grund der bremischen Gesetzgebung hätten bremische Behörden derartige außerordentliche Maßregeln lediglich aus einer Bestimmung unserer Verfassung, die durch unser Uebergangsgesetz mit den übrigen Gesetzen aufrecht erhalten ist, herleiten können, und das ist die Bestimmung, wonach in Fällen von Aufruhr, Bedrohung der öffentlichen Sicherheit, die sogenannten Grundrechte vom Senat außer Kraft gesetzt werden können. Dann ist er gehalten, der Bürgerschaft oder in diesem Falle der Nationalversammlung davon Kenntnis zu geben. Auf diese Vorschriften hat die Regierung niemals ihre Maßnahmen gestützt, andernfalls hätte sie doch diese Maßnahmen der Nationalversammlung zur Kenntnis bringen müssen. Also seine Maßregeln sind null und nichtig, insbesondere alle Beschränkungen der persönlichen Freiheit sind rechtswidrig. Wenn nunmehr, wie ich annehmen muß, auf Veranlassung der bremischen Regierung die Reichsregierung den Belagerungszustand über Bremen verhängt hat, so mache ich darauf aufmerksam, daß dieses der einfache Belagerungszustand ist. Es ist lediglich erklärt, daß der Belagerungszustand über Bremen, das Bremer Landgebiet und damals noch über Vegesack verhängt werde, nicht aber sind die Grundrechte außer Kraft gesetzt worden. Alle Maßnahmen, die während des Generalstreiks gegen die Grundrechte geschehen sind, die Verhaftungen, die berüchtigte Schutzhaft, auf die wir bei dem Antrage auf Freilassung der politischen Gefangenen noch zurückkommen werden, die Haussuchungen und die Kombination von solchen Maßregeln, wie sie Herr Faust aus eigener Anschauung schildern konnte, wo man mit einer Handlung, sowohl die Pressefreiheit, wie die Freiheit der Wohnung, wie die Freiheit der Person beschränkte, indem man in die Redaktionsräume der Zeitung eindrang, sind also rechtswidrig; alle diese Beschränkungen entbehren der Rechtsgrundlage und sind eine rechtswidrige Antastung der Freiheitsrechte. Ueber diese Rechte hat sich die Regierung hinweggesetzt und tut es auch noch heute, indem sie den Belagerungszustand aufrecht erhält, was nur den Zweck haben kann, in dieser Weise von ihm Gebrauch zu machen. Ich habe vorhin die Befugnisse dargelegt, die der einfache Belagerungszustand gibt. Zunächst das Recht der Exekutive. Daß der Militärbefehlshaber die Exekutive übernahm, kommt hier überhaupt nicht in Betracht, ist auch nicht in Anspruch genommen worden; wir wissen, daß die Regierung nach wie vor die Exekutive selbst hat. Ich bin übrigens der Meinung, daß wir einen Militärbefehlshaber in Bremen überhaupt nicht haben. Der Stadtkommandant ist nicht Militärbefehlshaber im Sinne des Belagerungszustandes. Die Stadtwehr ist nichts weiter als eine Behörde des inneren Sicherheitsdienstes, während das Militär bestimmt ist zum äußeren Schutze des Staates. Die Stadtwehr ist nichts anderes als was eine Gendarmerie ist, eine erweiterte Polizei, und es ist, aber auch ganz abgesehen davon, die Exekutive niemals von der Regierung an den Militärbefehlshaber übergegangen. Das zweite Recht, das der einfache Belagerungszustand dem Militärbefehlshaber gibt, das Recht im Interesse der öffentlichen Sicherheit Verordnungen zu erlassen, ist ebenfalls nicht zur Anwendung gekommen; auch die Verordnungen erläßt die Regierung selbst. Und die beiden noch übrigen Rechte, die ich erwähnt habe, sind ohne jedes Interesse.

Die geringe Erhöhung der Strafbestimmungen — ich habe die in Frage kommenden Bestimmungen durchgesehen — sind ohne jeden Belang. Es handelt sich darum, daß auch die bloße Aufforderung der genannten Vergehen unter Strafe gestellt wird, was insbesondere überall, wo die Aufforderung Erfolg hat, sich erledigt, weil dann die Strafbarkeit der Anstiftung eintritt. Endlich die Einsetzung der Kriegsgerichte; ich kann nicht annehmen, daß hierin das Interesse der Regierung liegen soll. Was gibt also der Regierung den Anlaß, entgegen allen Anträgen und angesichts der wachsenden Erbitterung in der Bevölkerung, diesen Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten? Aus welchem Interesse lehnt sie stets von ihrer Seite ab? Und warum treten die Mehrheitsparteien für sie ein? Es kann sich nur darum handeln, auf Grund dieses Belagerungszustandes die Beschränkung der Freiheitsrechte in der Hand zu behalten, das ist das einzige Interesse. Wenn dieses aber das Interesse ist, so muß ich erklären, ist es die Aufrechterhaltung eines auch nach dem bestehenden Rechte rechtswidrigen Zustandes. Es handelt sich dann darum, den Belagerungszustand zu mißbrauchen zu Rechten, die ihm nicht beiwohnen. Es ist niemals nach dem bestehenden Rechte, auch unter einem solchen Belagerungszustande, die Regierung in der Lage, an diese Freiheitsrechte irgend wie zu rütteln, in die Freiheit der Person, der Wohnung, in

das Vereins- und Versammlungsrecht, die Preßfreiheit einzugreifen. Wenn es geschehen ist und geschehen soll, so ist es eine glatte Rechtswidrigkeit. Wir wollen nun wissen, ob die Mehrheitsparteien dieses Hauses, die stets unseren Antrag abgelehnt haben, ob sie gewillt sind, der Regierung, die keine andere Absicht haben kann, als den Belagerungszustand in dieser Weise zu mißbrauchen, ob die Mehrheitsparteien des Hauses gewillt sind, die Regierung in dieser Absicht zu unterstützen, wir wollen sehen, ob der Rückhalt, der der Regierung von diesem Hause bisher geleistet worden ist, ferner geleistet wird. Wenn Sie dieses nicht wollen, können Sie nicht anders, als unserem Antrage zuzustimmen und den Belagerungszustand zu beseitigen.

Stockhinger (K.): Als im November die Revolution ausbrach, waren die Arbeiter optimistisch genug zu glauben, daß sie sehr bald den Kapitalismus zu Boden gerungen haben dürften. Sie haben sich sehr getäuscht. (Zuruf: O, Ihr Kleingläubigen!) Jawohl, Genosse Henke, o, Ihr Kleingläubigen! So waren auch Sie und die U. S. kleingläubig genug, dasselbe zu glauben. Herr Dr. Künkler hat sich auf den Rechtsstandpunkt gestellt und sich dauernd auf das Recht berufen, daß das Gesetz vorschreibt. Ich behaupte, daß ein bürgerliches Recht, hinsichtlich der Demokratie überhaupt nicht vorhanden ist, es ist ein Recht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, das dem Arbeiter nicht zugute kommt. Sie von den U. S. werden zugeben, das Recht der arbeitenden Klassen ist in jeder Weise mit Füßen getreten worden, und Sie werden zugeben, daß heute in Bremen nicht die Rechtsfragen maßgebend sind, sondern die Machtfrage. Sie ist das, worauf sich die heutige Regierung stützt. Die heutige Regierung Ebert-Scheidemann hat es heute noch in der Hand, die Arbeiter zu knechten und niederzuhalten. (Widerspruch. Jawohl!) Als im November die Revolution ausbrach, glaubten wir alle, daß nun der Augenblick gekommen sei, um mit dem Kapitalismus endlich tabula rasa zu machen. Wenn die Arbeiterschaft energisch gegen den Kapitalismus aufgetreten wäre, und sich nicht in Halbheiten ergangen hätte und nicht Kompromisse mit den Mehrheitsparteien gemacht hätte, die die Verräter der Arbeiterschaft sind (Lachen), wäre es möglich gewesen, den Kapitalismus zu besiegen. (Zwischenrufe.) Aber dadurch, daß die Arbeiterschaft die mehrheitssozialistische Regierung, die verräterische Regierung anerkannt hat, dadurch, daß sie die verräterische Regierung gestützt hat, dadurch hat die Arbeiterklasse den Kapitalismus gestützt, und die Arbeiterklasse hat infolgedessen eingesehen, daß die verräterische Regierung Ebert-Scheidemann nicht anders handeln konnte, als den Belagerungszustand über Bremen zu verhängen. Herr Präsident! Meine Herren! Die Schreier aus der mehrheitssozialistischen Partei, die dauernd Zwischenrufe machen, haben sich durch diese Zwischenrufe selbst gerichtet. Es waren diejenigen, die die Arbeiter während des Krieges in die Schützengräben gebracht haben (Hört! Hört! Zwischenrufe.), die die Arbeiter durch die Bewilligung der Kriegskredite gezwungen haben, in die Schützengräben zu wandern. Die Mehrheitspartei ist es gewesen, die durch die ganze Taktik, die sie während des Krieges zur Unterstützung des Kapitalismus getrieben hat, dazu geführt hat, daß die Arbeiterklasse in solche entschiedene Stellung eingetreten ist gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und gegen die Mehrheitspartei. Es ist unbedingt notwendig, daß auch für Bremen der Belagerungszustand aufgehoben wird, weil man den Belagerungszustand benutzt, um irgend jemand, der irgend eine freie Meinung äußert gegen die jetzige Regierung, einfach in Schutzhaft oder ins Zuchthaus kommt. Ich behaupte, daß ich im Namen der gesamten bremischen Arbeiterschaft spreche. (Oho! Heiterkeit. Zuruf: Mach Dich nicht lächerlich!) Ich behaupte, daß ich im Namen der gesamten bremischen Arbeiterschaft spreche. (Große Unruhe. Gelächter. Präsident: Ich bitte um Ruhe.) — — Ich habe Zeit, bis Sie ruhig sind. Herr Präsident! Ich behaupte, daß ich im Namen der gesamten bremischen Arbeiterschaft spreche (Zuruf: Du hast den Größenwahn!), ich behaupte, daß wir es begrüßen, daß die Gefangenen in Oslebshausen, die auf Grund des Belagerungszustandes festgesetzt sind, zur Selbsthilfe gegriffen haben und sich selbst befreit haben. (Zwischenrufe.) Herr Präsident! Wir als Mitglieder der kommunistischen Fraktion, und ich denke auch, die gesamte bremische Arbeiterschaft wird es nicht zulassen, daß die ausgebrochenen Genossen, die meiner Ansicht nach keine Sträflinge sind, als Verbrecher bezeichnet werden. Sie mögen das tun, wir sagen, es sind Freiheitskämpfer nach unserer Meinung, und begrüßen es, wenn Sie in die Lage hineinkommen, in die die befreiten Genossen auf Grund der Mithilfe der scheinsozialistischen Regierung gekommen sind. Herr Präsident! Der Belagerungszustand ist unter den jetzigen Verhältnissen der denkbar unwürdigste Zustand; ein unwürdigerer Zustand wie er unter Wilhelm II. war. Sie haben damit bewiesen, daß Sie nicht die Demokratie, von der Sie täglich reden, hochhalten können, Sie beweisen stündlich und täglich, daß Sie keine Demokraten sind. Herr Präsident! Meine Herren! Wenn ich den Standpunkt des Genossen Künkler verurteile, so aus dem Grunde, weil ich es Ihnen von der Rechten nicht verdenken kann, wenn Sie sich auf den Standpunkt der Macht stützen. (Zurufe.) Ich betone, daß wir es ebenso machen würden. (Zuruf: Sehr gut! Siehst Du wohl! Na, also!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Stockhinger: Wir werden dies nach wie vor tun im Interesse der Menschheit, während Sie das tun gegen die Interessen der Menschheit. Wenn wir den Belagerungszustand verhängen, so tun wir das, um das Bestreben

des Kapitalismus für Ausbeutung der Arbeiterklassen etwas niederzuhalten. Wir haben es bei der Revolution gesehen, daß Sie von der Rechten die Arbeiter niedergeknüppelt haben mit Hilfe der scheinsozialistischen Regierung. Wenn Sie so fortgesetzt in Deutschland gegen die Arbeiter wüten auf Grund des Belagerungszustandes, so werden Sie die deutschen Arbeiter nicht mehr an sich ketten. Die deutschen Arbeiter werden wissen, (mit erhobener Stimme) wo ihnen ein besseres Los beschieden ist. Für uns ist Rußland, für uns ist das russische Reich maßgebend! Wenn ich so laut spreche, so tue ich das, um Ihre Zwischenrufe zu übertönen, da ich weiß, auf was Sie es abgesehen haben. Sie haben schon zu Anfang der Tagesordnung versucht, einem anderen von der kommunistischen Fraktion, der zu sprechen versuchte, einfach das Wort zu entziehen. Selbst der Präsident ist einseitig in seiner Behandlung der Geschäftsordnung — — —

Präsident: Ich kann diese Behauptung nicht zulassen. Ich muß feststellen, daß von Ihrer Seite Redner der anderen Seite viel mehr gestört worden sind, als Ihre Redner von der anderen Seite. (Zuruf von der äußersten Linken: Aber mehr mit Recht!)

Stockhinger: Ich konstatiere, daß Sie Herr Präsident, zu Anfang der Tagesordnung sehr einseitig in der Geschäftsordnung verfahren und sie parteiisch zu Gunsten Ihrer Faktion geführt haben.

Präsident: Ich muß mir eine derartige Kritik meiner Geschäftsleitung verbitten, (Zuruf von links: Sie ist aber berechtigt!) Sie ist nicht berechtigt! Ich handle unparteiisch. (Ruf von links: Das tun Sie nicht!)

Stockhinger: Sie haben die Weißgardisten, die Noskegarde einmarschieren lassen, um im Blute der Arbeiterklasse zu baden. (Zuruf aus der Mitte: Das haben Sie verschuldet!) Am 4. Februar sind 24 Kämpfer seitens der Arbeiterschaft gefallen, die nichts anderes getan haben, als daß sie für die Interessen des Proletariats gekämpft haben. Daraufhin sah sich die Arbeiterschaft veranlaßt (Lachen in der Mitte) — Das Lachen kennzeichnet diese eigenartigen Vertreter, diese Leute, die Verräter der Arbeiterschaft zur Genüge. Auf Ihre Veranlassung wurde das Militär gerufen, aus Angst. Aber die Arbeiterschaft wird diese verräterische Regierung Rhein-Ebert-Winkelmann-Deichman usw. — — —

Präsident: Herr Stockhinger, Sie haben die Regierung Rhein-Winkelmann als eine verräterische Regierung bezeichnet. (Zuruf von links: Ist sie auch!) Ich rufe Sie zur Ordnung! (Zuruf von links: Sie hat sich von dem Verbrechen noch nicht gereinigt, daß sie gegen die Arbeiterschaft Bremens begangen hat!)

Stockhinger: Wenn ich in meinen Ausführungen die Regierung als eine verräterische bezeichnet habe, so habe ich nur gemeint, daß sie gegenüber der Arbeiterschaft eine verräterische Politik getrieben hat. Das geht daraus hervor — — —

Präsident: Herr Stockhinger — — — (Stockhinger spricht weiter.) Herr Stockhinger, ich kann auch dies nicht zulassen. (Zuruf von links: Jedenfalls hat sich die Regierung von dem Vorwurf der Urkundenfälschung noch nicht gereinigt!)

Stockhinger: Ich möchte nur feststellen, daß das klar und deutlich daraus hervorgeht, daß die Arbeiterschaft diese Leute, denen sie bisher ihr Vertrauen geschenkt hat, von jedem Amt und Posten wegschickt von Seiten der Arbeiterschaft. (Zuruf aus der Mitte: Weil Ihr dahin wollt!) Nun sind nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Anhänger der anderen Parteien nicht mehr zufrieden — das werden mir auch die Zwischenrufer zugeben — mit der scheinsozialistischen Regierung in Bremen. Auch die Anhänger der Mehrheitspartei sind nicht mehr zufrieden mit der Politik der scheinsozialistischen Regierung. (Zuruf aus der Mitte: Mit Stockhinger!)

Meine Damen und Herren! Der Belagerungszustand ist nicht nur aus dem Grunde ein unhaltbarer Zustand, weil dadurch die Arbeiterschaft niedergehalten wird, sondern man benutzt auch diesen Belagerungszustand dazu, um jeden Arbeiter, jeden Genossen, der es wagt, gegen die jetzige Regierung durch Wort oder Schrift Stellungnahme zu nehmen, einfach hinter Schloß und Riegel setzt. Das ist ein Hohn auf Demokratie und Freiheit, auf Gleichheit, auf freie Meinungsäußerung, die Sie von der Rechten jeden Tag im Munde führen, ein Hohn auf die Gerechtigkeit, wenn Sie diese Genossen von unserer Partei ohne wichtige Gründe im Gefängnis, im Zuchthaus schmachten lassen. Das geschieht unter dem Belagerungszustand. Sie werden ja den Belagerungszustand nicht aufheben, weil Sie genau wissen, daß, wenn Sie den Belagerungszustand aufheben, es nicht mehr lange dauern wird, daß auch dieses Parlament, dieses Theater erledigt wird. (Unruhe.)

Präsident: Herr Stockhinger, Sie haben dieses Parlament als ein Theater bezeichnet, nach meiner Auffassung in einem spöttischen Sinne. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Ruf von links: Es kommt auf ein paarmal nicht an!)

Stockhinger: Wenn Sie den Belagerungszustand aufheben — das wissen Sie, und aus diesem Grunde werden Sie ihn nicht aufheben — dann werden von der Arbeiterschaft 30 000 Mann vor die Börse ziehen (Lachen in der Mitte.) und Sie aus der Börse herausholen. Das wissen Sie, und deshalb haben Sie Angst. Die Arbeiterschaft wird genau so handeln, wie Sie handeln, und deshalb haben Sie Angst um Ihre eigene Person. Deshalb können Sie

nicht anders, Sie müssen den Belagerungszustand aufrecht erhalten. Wenn wir hier zum Belagerungszustand reden, so geschieht das nicht aus dem Grund, daß wir glaubten, Sie würden ihn nun aufheben, nein, wir wollen das nur klarlegen, wir wollen der Arbeiterschaft zeigen, daß von einem so reaktionären Parlament, wie es die bremische Nationalversammlung ist, niemals etwas zu erwarten ist. Wir wollen der bremischen Arbeiterschaft stets vor Augen führen, daß nur die Diktatur des Proletariats dazu in der Lage ist, im Interesse der Arbeiterklasse die Befreiung der Menschheit in die Wege zu leiten, daß das nur ein Verdienst der Arbeiterschaft sein kann.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich heute noch auf die Macht stützen, während Herr Dr. Künkler meinte, sich auf das Recht berufen zu müssen, so sage ich, daß Sie nur auf Grund der Macht in der Lage sind. Sie stützen sich nicht auf das Recht, sondern die Herren auf der Rechten, die für den Belagerungszustand sind, stützen sich auf die Winkelmänner, der bremische Staat stützt sich auf den Stadtkommandanten Engelbrechten, nicht auf das Recht. Meine Damen und Herren! Die Arbeiterschaft wird auch trotz des Belagerungszustandes zur Macht gelangen, darüber sind wir uns von der kommunistischen Fraktion bereits klar. (Heiterkeit.) Die Arbeiterschaft sagt: Die ganzen Parlamente in den deutschen Staaten sind für uns erledigt. (Zuruf aus der Mitte: Bis auf Stockhinger!) Die Diktatur des Proletariats steht gegen die Diktatur des Kapitalismus, die Diktatur der Bourgeoisie. Es handelt sich heute nicht mehr um eine Demokratie, wie Sie, meine Herren von der Rechten, so sehr hervorzuheben belieben, sondern um die Diktatur der Bourgeoisie, die Diktatur des Kapitals. Ich habe schon gesagt: wenn Sie so weiter wüten im Deutschen Reiche, dann wird der Tag kommen, wo die Arbeiterschaft einsieht, daß sie auch trotz des Belagerungszustandes zur Macht gelangt, und zwar aus dem Grunde, indem sie einsieht, da für sie in Deutschland nichts mehr zu erwarten ist, daß sie sich mit dem russischen Proletariat verbündet. Das deutsche Proletariat wird nach Rußland auswandern, (Zurufe. Unruhe. Präsident: Ich bitte um Ruhe!) um von Rußland aus den deutschen Kapitalismus bekämpfen zu können. (Zuruf aus der Mitte: Da gehen Sie nur hin!) Und wenn man versucht, das russische Proletariat durch den Grenzschutz zu bedrohen, so sagen wir: Wir begrüßen es, wenn das russische Proletariat in der Lage ist, diesen Grenzschutz hinwegzufegen! (Zuruf von rechts: Schämen Sie sich doch ein wenig! — Ruf von links: Wir sind stolz darauf!)

Meine Damen und Herren! Es ist von verschiedenen Genossen aus meiner Fraktion wie von den U. S. bereits angefragt worden, auf welcher Grundlage der jetzige Belagerungszustand verhängt und auf welcher Grundlage der Einmarsch der Weißgardisten am 4. Februar erfolgt ist. Wir wollen Aufklärung über das von Winkelmann und Deichmann verbreitete und inszenierte Geheimprotokoll. Wir wollen wissen, auf welcher Grundlage diese Männer nach Verden gegangen sind und die Weißgardisten veranlaßt haben, nach Bremen zu gehen, während in Bremen Ruhe und Ordnung herrschte, (Große Heiterkeit.) während hier Ruhe und Ordnung herrschte! Ich frage Sie, ob irgend einem unter Ihnen eine solche Behandlung zuteil geworden ist, wie Bäumer, der augenblicklich im Gefängnis am Ostertor sitzt. (Zuruf: Ja, Sie haben keine Ahnung! Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Meine Damen und Herren! Die scheinsozialistische Regierung in Bremen hat eine Schuld nach der andern auf sich geladen und sie wird noch mehr Schuld auf sich laden. Sie wird noch die Arbeiterschaft knechten müssen, um sich vorläufig halten zu können. Das wird uns aber nicht hindern, der Arbeiterschaft das zu sagen, daß sie zur Macht gelangen kann infolge der Diktatur des Proletariats. Wenn wir, meine Damen und Herren, aus dem Parlament, diesem reakitonären Parlament ferngeblieben sind, so aus dem Grunde, weil die Tagesordnungspunkte, die zur Erledigung standen, uns absolut nichts angingen. Meine Genossen und Freund Miller hat vorhin gesagt, daß dieses Parlament ein Theater ist.

Präsident: Herr Stockhinger, ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung, weil Sie eben wieder den Ausdruck gebraucht haben, dieses Parlament sei ein Theater. Wenn Sie mir noch zu einer weiteren Rüge Veranlassung geben, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Otto (K.): Wenn das kein Theater ist, ist es eine Komödienbude.

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Stockhinger: Ich habe diesen Ordnungsruf zu Unrecht erhalten, weil ich lediglich das zitiert habe, was mein Freund Miller vorhin gesagt hat. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß mein Freund Miller bereits dieses Parlament als ein Theater gekennzeichnet hat.

Präsident: Und damit haben Sie bestätigt, daß Sie derselben Ansicht sind, und darum haben Sie diesen Ordnungsruf zu Recht erhalten.

Stockhinger: Herr Präsident! Sie haben eingesehen, daß die Arbeiterschaft namentlich, daß sie augenblicklich von der Reaktion, die im ganzen Reiche herrscht, geknechtet ist, daß die Reaktion einen Verräter wie Ebert-Scheidemann-Noske usw. unterstützt. (Zwischenrufe. Glocke.)

Präsident: Sie haben die Regierung Ebert-Scheidemann als Verräter bezeichnet. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung und entziehe Ihnen das Wort.

Stockhinger: — — (redet weiter) — —

Präsident: Ich habe Ihnen das Wort entzogen.

Stockhinger: — — (redet weiter) — —

Präsident: Herr Chrapkowski, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Was wollten Sie ausführen?

Chrapkowski: Das werden Sie nachher gewahr werden.

Stockhinger: — — ich habe zu bemerken, wenn ich von einer verräterischen Politik Ebert-Scheidemann gesprochen habe — —

Präsident: Sie haben von dem Verräter Ebert-Scheidemann gesprochen.

Stockhinger: — — daß sie gegenüber den Interessen der Arbeiterschaft eine verräterische Politik eingenommen haben — —

Präsident: Ich habe Ihnen das Wort entzogen, Herr Stockhinger. Was wollen Sie, Herr Chrapkowski, zur Geschäftsordnung über diesen Gegenstand sagen?

Chrapkowski: Das kann ich Ihnen vorher nicht sagen. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Haben Sie an meiner Geschäftsführung etwas auszusetzen?

Chrapkowsli: Ich möchte feststellen, daß der Präsident die Geschäftsordnung nicht so handhabt, wie es sein sollte, zu Unrecht der Regierung. Ich stelle fest, daß hier mehrmals Zurufe gemacht worden sind von unserer Seite, daß die Regierung unter sich Verbrecher hat, und wir wurden deshalb nicht zur Ordnung gerufen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Victor Cordes, Rhein, Otto.

Der Schluß wird genügend unterstützt.

Zur tatsächlichen Aufklärung Senator Rhein (M.-S.): Ich will nur eine tatsächliche Feststellung machen. In der letzten Sitzung der Nationalversammlung hat Herr Senator Winkelmann die Erklärung abgegeben, daß — —

Miller: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung, Herr Präsident!

Präsident: Ich hatte Herrn Rhein das Wort zur tatsächlichen Aufklärung gegeben.

Rhein, fortfahrend: wegen der Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes die bremische Regierung sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen wird. Herr Senator Winkelmann befindet sich augenblicklich in Berlin, um diese Verhandlungen zu führen, und wir sind deshalb nicht in der Lage, heute darüber zu reden. (Otto: Herr Präsident, rufen Sie den Abgeordneten zur Ordnung, der mir hier etwas entgegnet. — Heiterkeit. — Zurufe. Otto: Wir wissen ja, daß diese Bude eine Komödienbude ist. Wissen Sie nun Bescheid? — Lachen. Unruhe. Heiterkeit.)

Präsident: Herr Otto, ich rufe Sie hiermit zur Ordnung.

Ich bitte diejenigen, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben.

Victor Cordes (K.): Ich bitte zur Geschäftsordnung noch mal das Wort.

Präsident: Wir befinden uns in der Abstimmung.

Der Schluß wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung

Victor Cordes (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! (Bravo!) Ich stelle fest, (Bravo!) daß wir durch den Schlußantrag, den Sie eben angenommen haben, verhindert worden sind (Zurufe) ein Verbrechen, einen Mord, (Zuruf: Au! Au!) den hier ein gewisser feudaler Herr von Engelbrechten auf Grund des Belagerungszustandes verüben will, (Zuruf: Verüben will! Heiterkeit!) zu hindern, und daß Sie sich damit mitschuldig machen an diesem eventuellen Morde. (Hu-Hu-Rufe.)

Zur Geschäftsordnung

Miller (K.): Ich möchte feststellen, der Präsident hat abstimmen lassen in einer Eile, die man eigentlich bewundern muß. Herr Otto hatte sich zum Worte gemeldet. Der Präsident hat über seine Wortmeldung hinweg einfach abstimmen lassen. Das ist eine Vergewaltigung der Geschäftsordnung. (Zuruf: Dafür ist der Präsident bekannt, daß er parteiisch ist.)

Dr. Künkler (U. S.) (Schlußwort): Herr Präsident! Ich bin in dem Schlußworte in der sonderbaren Lage, mich lediglich gegen die Ausführungen des Genossen Stockhinger wenden zu müssen, der meinen Standpunkt, mich auf das bestehende Recht zu berufen, „verurteilt" hat. Ich muß sagen, daß er meinen Standpunkt gar nicht verstanden hat. (Heiterkeit.) Ich habe zu Anfang meiner Ausführungen gesagt, daß das politische Unrecht, das bei der Verhängung des Belagerungszustandes begangen worden ist, bereits bei unserem früheren Antrage aufs schärfste gemißbilligt worden ist. Ich habe dann aber ausgeführt, daß, auch wenn man sich, wie das die Regierung tun will und muß, auf den Standpunkt des Rechts stellt, auch dieses Recht keine Grundlage für den Belagerungszustand gibt, weil die Befugnisse, die der Belagerungszustand bei richtiger Anwendung des Gesetzes gibt — — — ohne jedes Interesse für die Regierung sind, danach also nur Maßregeln bleiben, die dem Recht zuwider sind. Mit dem heutigen

Antrage verfolgen wir die Absicht, die Parteien der Nationalversammlung zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen, ob sie wirklich an der unrechtmäßigen Handhabung des Belagerungszustandes mit seinen Einschränkungen des Freiheitsrechts sich weiter beteiligen wollen. Auf diese Frage allein kommt es uns an. Und ich kann Sie nur bitten, unserem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird abgelehnt. (Pfuirufe. Ruf: Das sind die Arbeitervertreter!)

Nr. X der Tagesordnung:

Antrag
auf Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen zu erwirken.

Faust (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat bei Beginn der letzten Sitzung eine Entschließung des Bürgervereins der westlichen Vorstadt verlesen, in der die Rückkehr der Kriegsgefangenen gefordert wurde. Diese Resolution ist durch einen merkwürdigen Druckfehler in den „Bremer Nachrichten" wieder gegeben worden mit den Worten etwa: „Der Bürgerverein der westlichen Vorstadt fordert die Freigabe der politischen Gefangenen." Tags darauf erschien eine Berichtigung: „Nicht die politischen Gefangenen seien gemeint, sondern selbstverständlich die Kriegsgefangenen"! In diesem berichtigten Druckfehler offenbart sich die ganze Gefühlsroheit des Bürgertums.

Kriegsgefangene sind gemacht worden, weil sie mit der Waffe in der Hand in Feindesland eingefallen sind und dort, sagen wir es: gemordet haben. Denn für uns ist jede Erschießung eines französischen oder russischen Soldaten ein Brudermord! Diese Gefangenen, die kraft des brutalen Kriegsrechts einer siegreichen Macht zurück gehalten werden, fordert man zurück, trotzdem man weiß, daß man eigentlich keinen Eindruck damit erzielt, denn die gleichen Leute nehmen gleichzeitig eine Entschließung an, die die Wiederaufnahme des Krieges androht, also neue Gelegenheit schaffen will, wieder Gefangene an den Feind abzutreten. Sie hetzen für den Krieg und wollen an den Rhein ziehen und gleichzeitig wollen sie von dem Gegner, den sie reizen, die Gefangenen zurückhaben. Die Konsequenz dies Antrages wäre gewesen, sich auf den Standpunkt der Unabhängigen zu stellen und die Unterzeichnung des Friedens zu verlangen, damit die Kriegsgefangenenbefreiung durchführbar würde.

Die Freigabe der politischen Gefangenen jedoch, die in der eigenen Stadt wenige Minuten entfernt von den Leuten, die darüber zu beschließen haben, ohne den Schein eines Rechts eingesperrt sind, wird nicht gewünscht! Es handelt sich ja nur um Arbeiter! Ich glaube gar, wenn die Herren wüßten, daß die 800 000 Gefangene, die der Feind in brutaler Weise zurückhält, ausschließlich Arbeiter, vielleicht noch bolschewistisch angehauchte Arbeiter wären, man würde sie nicht zurückverlangen! (Unruhe.)

Die politischen Gefangenen, die man uns hier zurückhält, bei denen lediglich das „Verbrechen" der politischen Gesinnung vorliegt, die verlangt man nicht zurück.

Herr Peine hat in der vorigen Sitzung aus meinen Worten Honig gesogen und sie zum Anlaß genommen, die Regierung zu verteidigen und das „Volksblatt" hat nachträglich diesen ausgepreßten Honigkuchenersatz noch mehr ausgelaugt. Wenn Herr Peine eine Lupe nähme, so groß wie ein Scheunentor, er fände keine Spur von Sozialismus bei dieser Regierung. Das weiß Herr Peine ebensogut, denn gerade deswegen ist er nicht Senator geworden.

Herr Senator Rhein hat bei den Verhandlungen am 9. Mai nach dem stenographischen Bericht wörtlich gesagt: „Es handelte sich darum, daß die Angeklagten beschuldigt wurden, sie hätten die Verfassung des bremischen Staates gewaltsam ändern wollen und, wie aus der Behandlung des Falles Frasunkiewicz hervorgeht, den Zweck verfolgt, die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen. Ich kann mich beschränken auf die Tatsache, daß in „allernächster Zeit" die Sache zur Erledigung kommen wird."

Dies „in allernächster Zeit", ist ausgesprochen am 9. Mai und heute sind wir 28 Tage weiter und es ist nichts geschehen, es ist aus der „allernächsten Zeit" ein Monat geworden. Nach der Aeußerung des Senators mußte man doch wohl annehmen, daß die Sache innerhalb acht Tage erledigt sein würde.

Um zu beweisen, aus welchen Gründen, welchen nichtigen Gründen die Genossen verhaftet sind, muß ich auf die einzelnen Fälle eingehen, wenn das auch etwas länger dauern sollte, als den Herren lieb ist.

Vorausschicken möchte ich, daß die Partei der Mehrheitssozialisten in Berlin eine Entschließung angenommen hat, die leider nicht im „Volksblatt" erschienen ist. Ich habe sie dem „Vorwärts" entnommen: Sie erhebt gegen die militärische Gerichtsbarkeit und gegen die Schutzhaft Protest und verlangt deren Abschaffung. Das „Hamburger Echo" bringt heute einen prachtvollen Artikel gegen die Ermordung Levinés in München. Das „Hamburger Echo", bekanntlich ein Organ der Mehrheitssozialisten, hat zu den U. S. hin eine Radikalisierung durchgemacht, die man in Bremen vermißt. Das „Hamburger Echo" bezeichnet das Vorgehen Noskes als unverantwortlich vom sozialistischen Standpunkt aus, weil es die Regierung den Reaktionären ausliefere. Das sagt das „Hamburger Echo". Das „Bremer Volksblatt" bringt darüber nichts, wohl weil es auf dem rechten Flügel der M. S. steht. (Zuruf: Hörst du, Donath?)

Als erster Genosse wurde Franz Starker verhaftet, und zwar am 22. April. Warum? Weil er mit dem Genossen Opfermann, Mitglied des 21er Rats, auf der Straße spazieren ging. Opfermann wurde erkannt von demselben Spitzel, der seiner Zeit an Mitglieder des 21er Rats Waffen hatte verkaufen wollen, einem Unteroffizier der Regierungsschutztruppe. Opfermann also wurde erkannt, und beide wurden mitgenommen. Das war der Anlaß der Verhaftung Starkers. Es ist dasselbe, als wenn ich einmal mit Ihnen, Herr Wenhold, spazieren ginge, ich würde als lichtscheues Gesindel erkannt und verhaftet und Sie würden auch mitgenommen, weil Sie zufällig bei mir wären! Ein anderer Anlaß zur Verhaftung Starkers lag nicht vor, wie mir Herr Rhein bestätigen wird.

Dieser Starker ist ein Mann von lauterem Charakter, ein überzeugter Genosse, ein anständiger Mensch, eine ehrliche Haut, wie jeder sagen wird, der ihn kennt, sieht oder sprechen hört. Leider ist Waigand nicht hier. (Zuruf: Doch! Hier sitzt er!) Er wird sicher wissen, daß gerade Starker neben Henke derjenige war, der, als im Arbeiter- und Soldatenrat der blödsinnige, hirnverbrannte Antrag der Kommunisten eingebracht wurde, man solle für jeden Arbeiter, der in Berlin oder anderswo erschossen würde, in Bremen drei Geiseln aus angesehenen Familien festsetzen und eventuell auch erschießen, da war es gerade dieser Starker, der mit solcher Ueberzeugung gegen den Antrag sprach, daß er abgelehnt wurde. Für diesen Starker verlangen wir die Befreiung aus der Schutzhaft. Ich wollte durch das Beispiel beweisen, daß Starker ein Mann von ehrlicher Gesinnung ist, dem nichts Ehrenrühriges nachgesagt werden kann.

Er wurde verhaftet, vor den Richter gestellt und als unschuldig wieder entlassen. Ich habe hier das Original des Entlassungsscheines, unterzeichnet von Richter von Spreckelsen und Meyboden, er lautet: „Die vorgenommenen Ermittelungen lassen den Tatverdacht nicht als dringend erscheinen". Auf Grund dieses Entlassungsscheines wurde Starker tatsächlich entlassen. Aber er kam nur bis in das Empfangszimmer des Untersuchungsgefängnisses. Dort angekommen — ich erwähne den Fall hier ausführlich, um nicht nachher noch häufiger länger darauf eingehen zu müssen, da es sich bei Frasunkiewicz, Bäumer und Opfermann genau so verhält — kam auf telephonischen Anruf der Stadtkommandantur der Auftrag, die Leute wieder in die Zellen zurückzuführen, sie seien in militärische Schutzhaft zu nehmen. Sie sehen also, das Gericht hat gar nichts mehr zu sagen, sondern lediglich der Militärbevollmächtigte macht von seiner Macht Gebrauch. Die Verhaftung Starkers war am 22. April erfolgt. Am 23. April war von Berlin der verschärfte Belagerungszustand verkündet, am 24. April wurde der in Bremen publiziert. Sie sehen also, daß Starker gewissermaßen auf Vorschuß verhaftet worden ist, und zwar für Verbrechen, die er gar nicht begangen haben kann, denn der verschärfte Belagerungszustand war ja noch gar nicht verkündet! Das ist widersinnig, unlogisch, hirnverbrannt! Es trifft aber auch für sämtliche politische Gefangene zu.

Frasunkiewicz wurde ebenfalls am 22. April verhaftet und zwar auf dem Wege zu einem Arzt. Er wollte die Sperre passieren und wurde, weil er keine Karte vorzeigen konnte, von dem Posten zurückgewiesen. Der Posten ließ ihn aber schließlich doch durch, weil Frasunkiewicz sagte, er wolle zu seinem Arzt und sich vorher bei der Kommandantur eine Karte besorgen. Er ging zur Stadtkommandantur und hat mit mehreren Dutzend anderer versucht, Passierkarten zu erhalten. Es ist ihm nicht gelungen. Als er fort gehen wollte, kam ein Soldat und rief ihn zurück, weil er in der Zwischenzeit erkannt worden war. Er wurde vernommen. Die Klage gegen ihn gipfelte darin, daß er während der Streikabwehr in einer Filiale des Konsumvereins Vorwärts eigenmächtig ihm zustehende Waren zu kaufen unternommen habe. Herr Peine und Herr Herckßen wissen selbst genau, daß die Geschichte mit der Schließung des Konsumvereins vollständig ungesetzlich und unberechtigt war. Frasunkiewicz wurde also verhaftet und in Untersuchungshaft zurückbehalten. Er wurde auch nach Waffen untersucht, und dabei fand man bei ihm verschiedene Kleinigkeiten, einen Bleistift, ein Notizbuch und drei Zeitschriften aus Berlin, wie sie jeder für 50 Pfennig kaufen kann; die nahm man ihm auch ab. In dem Notizbuch aber, das er in der Revolutionszeit gebraucht hatte, fand man einige Notizen, die aus den ersten Novembertagen stammten und u. a. eine Liste enthielten der Sozialisten, die den Aktionsausschuß bilden sollten. In dieser Liste befanden sich auch die Namen unserers jetzigen Vizepräsidenten Klenke, Deters und Deichmann. Wenn das der Grund der Anklage ist, so müßte Frasunkiewicz schon deshalb freigelassen werden, weil Deichmann sonst auch ins Gefängnis gehörte. Die Entlassung wäre aber auch darum gerechtfertigt, weil die Männer, die auf dieser Liste standen, sich in Freiheit befinden. Ich erwähne das, weil es sich um Mehrheitssozialisten handelt und die Anklage konstruiert wurde, weil Frasunkiewicz „gewaltsam die Verfassung des bremischen Bundesstaates habe ändern wollen, insbesondere durch die Verteilung der freizumachenden Regierungsstellen an die in seinem Notizbuch namentlich aufgeführten Gesinnungsgenossen". Diese Anklage schwebt gegen Frasunkiewicz. Er hat dagegen Beschwerde eingelegt. Darauf hat das Gericht folgendes beschlossen: „30. April. Auf die Beschwerde des Beschuldigten gegen den Haftbefehl in dem Bericht vom 28. April wird dieser aufgehoben, da zur Zeit kein dringender Verdacht vorliegt, daß der Beschuldigte es unternommen habe, die Verfassung des bremischen Bundesstaates gewaltsam zu ändern. v. Spreckelsen, Meyboden." Das Ganze ist aber gar nicht zu verstehen. Frasunkiewicz war verhaftet, weil er die Ver-

fassung habe stürzen wollen. Welche Verfassung? Eine Verfassung, die gar nicht existiert! Oder soll es sich vielleicht um das Notgesetz gehandelt haben? Das existierte damals wohl auch noch nicht. Oder gar die Verfassung des alten Senats, die im November von Deichmann und Rhein selbst mitgestürzt wurde? Es ist ein Kampf gegen Windmühlen.

Auf Grund dieses Beschlusses wurde Frasunkiewicz am 30. April nachmittags drei Uhr aus dem Gefängnis entlassen. Und nun geht die Sache weiter Schritt für Schritt, wie ich sie bei Starker geschildert habe, es kam der unerwartete Telephonanruf vom Stadtkommandanten, und Frasunkiewicz wurde in seine Zelle zurückgeführt. Am 2. Mai wurde ihm dann in die Zelle der Haftbefehl gebracht, der merkwürdigerweise den gleichen Wortlaut aufwies wie der eben verlesene Entlassungsbefehl. Man hat die Stirn gehabt, einen neuen Haftbefehl auszuschreiben mit der gleichen Begründung, die vom Richter als falsch verworfen war. Er wurde nun in Schutzhaft genommen, in militärische Schutzhaft, gegen die alle Sozialdemokraten während des ganzen Krieges revoltiert haben. Seine Akten sind zum Reichsmilitärgericht gekommen. Er hat einen Anwalt, der kann aber auch keine Auskunft geben. Zum Reichsmilitärgericht hat man seinen Notizblock geschickt. Vielleicht bekommt Herr Bürgermeister Deichmann daraufhin auch noch seine Anklage! Ueber die drei Zeitschriften, die man bei ihm beschlagnahmt hatte, — er hatte reichlich Zeit zum Lesen, er bat, man möge sie ihm nun wieder aushändigen — bekam er nach drei Wochen den Bescheid, sie seien auch ans Reichsmilitärgericht in Berlin abgegangen. Heute weiß er noch nicht, woran er ist. Es ist weder direkt noch durch den Rechtsanwalt irgend ein Bescheid gekommen. Bäumert hat sogar zwei Rechtsanwälte genommen, die haben ihm schon 1200 ℳ gekostet, ebenfalls ohne Erfolg. Würde die Materie geprüft, so könnte das Reichsmilitärgericht zu keinem anderen, als zu dem Beschlusse kommen, daß die Schutzhaft aufzuheben sei. Aber das will man nicht. Man übt passive Resistenz. Das bringt uns auf den Gedanken, daß nicht das Reichsmilitärgericht, sondern unsere Stadtkommandantur diejenige Person ist, die die Macht hat, die Schutzhaft wieder aufzuheben.

Der Fall Opfermann liegt anders. Opfermann ist verhaftet worden als Mitglied des 21er Rats. Mit Starker kam er in Schutzhaft. Nun wurden später gegen ihn alle Bedenken der Militärschutzhaft fallen gelassen, und man konstruierte für ihn ein Verbrechen gegen den § 105 des Strafgesetzbuches, auf das mindestens 5 Jahre Festungshaft oder Zuchthaus stehen. Wie man zu dieser Anklage gekommen ist, ist höchst dramatisch. Er stand erst unter Anklage, sich gegen § 114 vergangen zu haben, auf den Gefängnis von drei Monaten steht. Aber während der Verhandlungen vor dem Untersuchungsrichter machte der Protokollführer ganz dienstbeflissen seinen Vorgesetzten darauf aufmerksam, daß eigentlich gegen Opfermann der § 105 Anwendung finden müßte, und der Richter erwiderte etwa: „Ja, ja, Sie haben recht. Ich wundere mich, daß der Staatsanwalt und der Ankläger nicht auf die Idee gekommen sind. Die Kläger sind Senator Winkelmann und Bürgermeister Hildebrand persönlich, und diese beiden als Vertreter des Senats verklagten den Opfermann wegen Verstoßes gegen § 114, durch die Aufmerksamkeit des dienstbeflissenen Schreibers kommt nun § 105 in Frage, und zwar wird der konstruiert auf Grund des Ultimatums, das Opfermann der Regierung gestellt habe. Sie erinnern sich alle der sechs Forderungen des 21er Rats. Aus diesen Forderungen konstruierte man diplomatisch ein kriminelles Ultimatum und behauptet, Opfermann habe eine Erpressung an der Regierung ausgeübt, indem er diese Bedingungen, dieses Ultimatum an sie stellte. Warum man gerade Opfermann nimmt? Die ganze Arbeiterschaft hat dieses Ultimatum gestellt, die Betriebe haben Vertrauensleute gewählt, die Vertrauensleute haben den 21er Rat gewählt. Die Konsequenz wäre, daß die gesamte Arbeiterschaft eingesperrt würde und jeder von uns, der diese Forderungen vertreten hat, die halb politisch, halb wirtschaftlich waren, müßte eingesperrt werden.

Aber die bremische Arbeiterschaft hat wiederholt Ultimata an die Regierung gerichtet. Ich erinnere an das, das die Befreiung der zahlreichen politischen Gefangenen vom 4. Februar erreicht hatte. Es war auch ein Ultimatum, keiner wurde jedoch deswegen angeklagt. Man hatte einen Brief an die Regierung geschrieben; die Regierung war damals einsichtig genug, den Rat der Juristen einzuholen, und dabei ist dann nach der Aussage des Herrn Winkelmann in einer kriegsministeriellen Rede bei einer Paradeaufstellung in der Kaserne das Wort gefallen: „die reaktionären Juristen haben mit den Radikalen an einem Strange gezogen und die Gefangenen befreit." Wir haben sonst keine große Sympathie für die Juristen. (Zuruf: Ihr habt ja selbst einen! Heiterkeit!) Herr Waigand hat diese Sympathie auch nicht, aber wenn sie mit uns an eine Stange ziehen und wenn sie Genossen sind, (Lachen), wie unser Dr. Künkler, sind sie uns willkommen. (Heiterkeit.)

Dies der Fall Opfermann. Schließt man ihn von den Fällen der militärischen Schutzhaft aus, so bleibt es immer noch eine politische Sache. Es ist übrigens äußerst auffällig, daß ein Gericht in Bremen diese Sache behandelt. Warum kommt keiner auf den Gedanken, daß dieses Gericht eigentlich als befangen abzulehnen sei, denn es hat sich ja am Abwehrstreik beteiligt, es ist politisch voreingenommen gegen Opfermann, es kann nicht unparteiisch sein. Die Verhandlungen müßten vor einem preußischen oder oldenburger Gerichte geführt werden, aber nicht vor dem politisch befangenen Gerichte in Bremen, das Partei ergriffen

hat gegen die streikende Arbeiterschaft und gegen ihren Führer Opfermann!

Der 4. Verhaftete ist der Genosse Bäumer. Ich erinnere mich, wie Herr Waigand gegen diesen Bäumer heftig losgezogen ist in der letzten Arbeiterratssitzung am 3. Febr., und wir haben ihm beigestimmt, indem er Bäumer juristische Wortdeutelei vorwarf und sagte, zu einem Juristen habe er niemals Vertrauen gehabt, er lehne sie auch ab, wenn sie Arbeitervertreter seien. (Zuruf: Bäumer war kein Jurist, er wollte einer werden.) Herr Waigand hat ihn aber mit Pathos als Juristen abgeschüttelt! — Also Bäumer wurde auch am 22. Mai verhaftet, am Tage vor der Verhängung des Belagerungszustandes. Er war im Begriff, per Rad nach Worpswede zurückzufahren, in der Holler Allee wurde er angehalten von jemand, halb Offizier, halb Zivilist, — es war einer von der Stadtwehr — der ihm seinen Paß abforderte. Er zeigte ihm seinen Ausweis, den ihm der Worpsweder Bürgermeister ausgestellt hatte. Der Offizier beanstandete die Gültigkeit des Ausweises, die Stadtkommandantur müsse darüber entscheiden. Nun führte man ihn auf die „Lackschuhwache" nach dem Real-Gymnasium an der Kaiser-Friedrichstraße. (Zuruf.) Herr Hormann wird keine Lackschuhe haben. (Zuruf: Jawohl!) Also dorthin führte man ihn, wo er als der Kommunist Bäumer erkannt wurde. Von der Wache wurde er zu Loose geführt und vernommen. Dort war man natürlich hocherfreut, Bäumer gefaßt zu haben! Von dort wurde er ins Untersuchungsgefängnis geführt und in Schutzhaft genommen. Man sagte ihm, er sei in Schutzhaft, es liege kein anderes Delikt gegen ihn vor. — Das war am 22. Am 30. gegen Mittag wurde er dem Richter vorgeführt, der erklärte, daß ein Verfahren gegen ihn beantragt sei, und zwar aus folgenden Gründen: er habe angeblich in einer den Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten aufgereizt, indem er in einer Versammlung gesprochen habe in Hemelingen. In Hemelingen hat am 21. oder 22. April kein Belagerungszustand geherrscht, und das war gerade der Grund, warum die Arbeiter dorthin gegangen sind, weil es auf preußischem Gebiete gesetzlich erlaubt war. Ferner macht man ihm zum Vorwurf, daß er in einer Versammlung im Kasino, die am 22. stattfinden sollte, die Absicht gehabt habe zu sprechen. Diese Versammlung ist überhaupt nicht zustande gekommen. —

Sein Fall wurde geprüft. Er kam auch vor den ordentlichen Richter und wurde ebenfalls entlassen, weil der gegen ihn erhobene Verdacht nicht als dringend erschien und Fluchtversuch nicht vorlag. Daher wurde er entlassen. Wieder ein Parallel-Fall zu den früher geschilderten. Er wartete eine Stunde. Da kam das Gespräch mit der Stadtkommandantur, und er wurde wieder in Haft genommen. Sein Haftbefehl lautete wörtlich:

Kommandantur Bremen. Bremen, d. 2. Mai 19.
Garnison-Kommando.

Haftbefehl.

Der Schriftsteller Ludwig Bäumer aus Worpswede, geboren 1. September 1888 zu Melle, ist in Schutzhaft zu nehmen, weil er zu Bremen und Hemelingen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt hat, indem er in Versammlungen, insbes. der am 22. 4. 19 in Hemelingen abgehaltenen in maßloser Weise gegen die bremische Regierung und die aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Senatoren hetzte, und weil er in Bremen während des Belagerungszustandes ein vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertreten hat, in dem er sich an einer Versammlung vor dem Kasino beteiligte, in der Absicht, dort zu sprechen.

Der Stadtkommandant
gez.: von Engelbrechten
Major

Also wie gesagt, von einer Versammlung im Kasino wußte er nichts. Er hatte nur die Absicht, nach Bremen zu kommen. Die Versammlung war ja auch nicht öffentlich bekannt gegeben. Diese unerfüllte Absicht legte man ihm als Delikt aus. (Zuruf: Wer hat das festgestellt, daß er die Absicht hatte?)

Präsident: Herr Miller, Sie haben nachher das Wort.

Faust: Erwähnt sei noch der Fall Vogeler. Heinrich Vogeler ist Kommunist. Sie wissen es. Er ist verhaftet worden, wie er selbst geschildert hat. Es ist ein bewaffnetes Automobil zu ihm nach Worpswede gekommen, man hat Haussuchung bei ihm abgehalten; denn es ging das Gerücht, die Rosa Luxenburg sei bei ihm versteckt, die tote oder die lebende; dann die Frau Radek hat man bei ihm gesucht, ferner einen Kommunisten Lieby aus Cuxhaven, und man hat sogar 40 Maschinengewehre bei ihm gesucht! Die 40 Maschinengewehre waren wohl auf dem Barkenhof hinter Leinwand versteckt! Vogeler wurde eigentlich nicht verhaftet, sondern aus Liebenswürdigkeit nahm ihn der Offizier mit dem Auto mit, weil Vogeler die Absicht hatte, nach Münster zu fahren und sonst den Anschluß verpassen würde. Aber statt am Hauptbahnhof wurde am Untersuchungsgefängnis Station gemacht. Unterwegs muß ihm wohl eingefallen sein, oder er muß auf geheimnisvolle Weise den Befehl erhalten haben, daß Vogeler im Untersuchungsgefängnis abzuliefern sei. Es wurde ihm nicht mitgeteilt, warum er verhaftet wurde. Nach acht Tagen wurde er dann entlassen ebenfalls ohne Grundangabe.

Diese acht Tage aber, die er im Bremer Untersuchungsgefängnis zugebracht hat, hat man dazu benutzt, in den „Nachrichten" ganz niederträchtige Artikel gegen ihn in die Welt zu setzen. Diese Artikel haben überall, auch im Ausland, das peinlichste Aufsehen erregt und Bremen viel mehr geschädigt, als man vermutet. Man schätzt ja Vogeler als Künstler auch auswärts sehr, und durch die ganze Presse ging die Mitteilung von seiner Verhaftung, und das schadete dem Ansehen des bremischen Staates nicht wenig. Die Angriffe wurden dann Wort für Wort widerlegt. Zuerst von dem tapferen Bösking, der seinen Standpunkt als Kunstfreund und als Druckfachmann in der Plakatangelegenheit darlegte und diese Sache als Belanglosigkeit aufklärte. Dann wurde sie noch durch Vogeler selbst widerlegt. Während aber Vogeler saß, wurde bei ihm eine neue Haussuchung vorgenommen. Drei Automobile mit genau hundert Soldaten unter einem Offizier erschienen auf dem Barkenhof, dazu der Staatsanwalt Wrede, der, wie er sagte, aus „persönlichem Interesse" die Regierungsschutztruppe begleitete. Während die Truppe die Haussuchung vornahm, unterhielt sich der Staatsanwalt mit der Frau Vogelers in angeregter Weise. Als er sich verabschiedete, fragte er: „Es ist doch alles in Ordnung? Es ist doch nichts mitgenommen?" worauf Frau Vogeler antwortete: „Ich konnte ja nicht allen auf die Finger sehen, ich will es aber glauben." Tags darauf mußte Sie dann entdecken, daß doch ein fremder goldener Siegelring mit den Initialen Dr. K. fehlte, und ebenso waren Silberschmucksachen künstlerischer Umarbeitung mitgenommen (Hört! hört!) trotz der Anwesenheit des Staatsanwaltes! (Ruf: Unter Aufsicht des Staatsanwalts gestohlen!)

Dieser Fall sei durch eine Parallele illustriert. Ich will einen Steckbrief verlesen, der hinter einem anderen bedeutenden Künstler losgelassen worden ist:

> Der unten näher bezeichnete
> Königliche Kapellmeister Richard Wagner von hier, ist wegen wesentlicher Teilnahme in der in hiesiger Stadt stattgefundenen aufrührerischen Bewegung zur Untersuchung zu ziehen, zur Zeit aber nicht zu erlangen gewesen. Es werden daher alle Polizeibehörden auf denselben aufmerksam gemacht und ersucht, Wagner im Betretungsfalle zu verhaften und davon schleunigst Nachricht zu erteilen.
> Dresden, den 16. Mai 1849.
> Die Stadt-Polizeideputation.
> von Opell.

Wagner ist 37 bis 38 Jahre alt, mittlerer Statur, hat braunes Haar und trägt eine Brille.

Es ist eine bemerkenswerte Wiederholung der Geschichte: Richard Wagner wurde als Revolutionär verfolgt. Jetzt aber kann man ihn nicht genug rühmen, und Ihre Frauen und Töchter ergötzen sich an seinem Tristan und Isolde, Tannhäuser, Meistersinger, dem Ring usw., alles vergöttert den „Kommunisten" Richard Wagner. So liegt auch der Fall Vogeler. Diese frappante Parallelität beweist, daß die Zustände 1849 ähnlich waren, wie sie heute sind, im Kampf gegen den Geist. Es war die Zeit der Restauration, der Konterrevolution, der Bestrebungen auf Wiederherstellung monarchistischer Zustände, die auch bei uns zu Tage treten. Herr Prof. Dietz weiß, was diese Propaganda bezweckt. Die antisemistische Hetze ist nicht mehr zu übertreffen, Flugblätter werden aus Automobilen auf die Straßen geworfen. Diese Flugblätter charakterisieren sich als Hochverrat. Sie fordern auf zum Kampf gegen den Semitismus und wollen in Wirklichkeit den Kaiser zurückberufen. Die Regierung wird in diesen Blättern auf das heftigste bekämpft. Warum verhaftet man diejenigen nicht, die solche Propaganda in Wort und Schrift betreiben, sondern nur die linksradikalen Propagandisten? Am Rathause sind Plakate angeschlagen mit der Ueberschrift: „Ist der Kaiser geflohen?" Es wird verlangt, daß der Kaiser zurückkehre, also Hochverrat begehe. Von einer Verhaftung dieser Leute hört man nichts.

Es gibt ja Maler, leider auch Künstler, die sich an der Hetze gegen Vogeler besonders beteiligen, so Mackensen und Krummacher und dazu ein Häuserspekulant, der einen Teil seines Geldes in Inserate anlegt, in denen er brünstig fordert: „Gebt mir meinen Kaiser wieder!" Zu seiner Entschuldigung mag anzuführen sein, daß der Mann fast ununterbrochen besoffen ist, wie ein echter Germane.

Wir haben nicht gehört, daß die Regierung irgend welche Schritte unternommen habe gegen die Verbreiter jener Flugblätter. Die sonst so angriffslustige Regierung müßte da doch einschreiten, da die Regierung Ebert-Scheidemann selbst als verjudelt verdächtigt wird und deshalb gestürzt werden soll! Unverkennbar machen sich dabei monarchistische Tendenzen geltend. Es wird gerade in Bremen in dieser Beziehung ein kolossaler Aufwand getrieben. Die Leute, die eine solche Agitation betreiben, läßt man frei herumlaufen. Wer sind sie? Es sind zum Teil Mitglieder der Stadtwehr, Schüler der höheren Lehranstalten, Primaner, was den Verdacht nahelegt, daß Professoren der höheren Schulen daran nicht unbeteiligt sind. Soviele Schüler würden nicht antisemitisch-monarchistisch sein, wenn ihre Lehrer nicht der gleichen Ansicht wären. Ferner gehören dazu jüngere Kaufleute, Söhne ihrer Väter von Einfluß. Ich bin in der Lage, drei von ihnen zu nennen, die Flugblätter antisemitischen und monarchistischen Inhalts verbreitet haben: Ein Sohn des Kaufmanns Albrecht, geboren 1900, Walther Schütte, geboren 1899, Hans Karl Pflüger, geboren 1899, Richard Wagnerstraße. Sie kennen den Vater sicher besser als den Sohn. Die Söhne sind aber ihrer Väter würdig. Weiter die Primaner Ehrling und Struber. Diese haben von den gekennzeichneten Flugblättern verbreitet. Wo bleibt die Regierung? Wir verlangen Gerechtigkeit, nach allen

Seiten Justiz, nicht ausschließlich gegen Spartakus, sondern auch gegen die Konterrevolutionäre von rechts. Von rechts droht die größere Gefahr! (Sehr richtig!) Sie sehen in diesen Fällen Auswüchse der reaktionären und militärischen Kaste, von der sich die Regierung stützen läßt. Dürfen diese Leute frei arbeiten, trotzdem sie eine regierungsfeindliche Propaganda betreiben, dann sollten die Herren wenigstens dieses Wohlwollen auch den Leuten entgegenbringen, die verhaftet wurden, weil sie den Sozialismus verwirklichen wollten. Seit 46 Tagen, seit 46 Tagen sitzen sie in Schutzhaft, trotzdem Herr Senator Rhein vor 4 Wochen noch erklärt hat, daß sie in allernächster Zeit befreit werden sollen. Es ist ausgeschlossen, daß man dulden kann, daß anständige Menschen, die auf Gerechtigkeit bauen, auch nur 24 Stunden unschuldig im Gefängnis sitzen. Haben Sie ein Einsehen! Haben Sie Beweisgründe dafür, daß Sie die Leute noch länger in Haft behalten müssen, so treten Sie den Beweis an. Haben Sie keine Gründe dafür, so müssen Sie ihnen die Freiheit geben. Es hängt ja viel von dem guten Willen der Regierung, von dem guten Willen des Parlaments ab. Zeigen Sie diesen guten Willen und verlangen Sie die Freilassung unserer Inhaftierten! Geben Sie diesen Gefangenen die Freiheit! Denken Sie an die vielen Bedrückungen, die sie während der 46 Tage ihrer ungesetzlichen Gefangenschaft erlitten haben! Geben Sie diesen Freiheitskämpfern die Freiheit, damit sie Pfingsten zu Hause feiern können! (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es ist folgender genügend unterstützter Dringlichkeitsantrag des Herrn Miller als Amendement zu dem Antrage eingegangen:

> Die Nationalversammlung beschließt: Der Abgeordnete der Nationalversammlung Hugo Wahl ist sofort in Freiheit zu setzen.

Ich möchte vorschlagen, das in den Antrag einzufügen, so daß der Antrag lauten würde:

> Die Nationalversammlung ersucht den Senat, sofort die Freilassung der politischen Gefangenen, im besonderen des Abgeordneten der Nationalversammlung Hugo Wahl zu erwirken.

(Zuruf: Darüber wird doch besonders abgestimmt?)

Präsident: Das ist selbstverständlich.

Miller (K.): Herr Faust hat ausführlich über die Sache gesprochen und die Freilassung der politischen Gefangenen verlangt. Es wundert mich, daß er an das Gerechtigkeitsgefühl appelliert hat. Er sollte doch wissen, daß nach alle dem, was die sozialistische Regierung, die sogenannte sozialistische Regierung, bis jetzt getan hat, vorauszusehen ist, daß damit nichts erreicht wird. Die Festhaltung dieser Gefangenen ist ein Rechtsbruch schlimmster Art. Genau so wie früher die Generale unter der Regierung des Kaisers Wilhelm verfahren haben, genau so verfahren jetzt Deichmann, Winkelmann, Rhein und Konsorten. Ich erinnere besonders an Waigand, der in einer der letzten Sitzungen uns erzählt hat, daß er im Jahre 1917 für den Streik eingetreten sei, und zwar deshalb, um den Krieg zu beenden und die Regierung beiseite zu schieben. Also Herr Waigand hat während des Krieges genau dasselbe gemacht oder noch viel schlimmeres gemacht, als was die Genossen gemacht haben, die jetzt in Schutzhaft sitzen. Auch die Reichsregierung Ebert-Scheidemann hat dasselbe getan, nicht zu vergessen Winkelmann, Rhein und Deichmann, die genau dasselbe getan haben. Sie haben nicht nur propagiert, sondern das, was sie propagierten, direkt ausgeführt und mitgewirkt beim Sturz der Regierung des deutschen Volkes. Ich empfehle dem Major von Engelbrechten, Winkelmann, Deichmann und Waigand gleichfalls hinter Schloß und Riegel zu setzen, denn diese haben genau so gehandelt, und Herr von Engelbrechten hätte dieselbe Pflicht gehabt, die Herren festzusetzen. Herr Deichmann nickt mit dem Kopfe, ich sehe, daß Sie damit einverstanden sind. Es wird Herrn Deichmann sowieso so gehen. Es wird nicht lange dauern, dann werden diese Herren Sie hinter Schloß und Riegel setzen, denen Sie zur Macht geholfen haben. Die Arbeiterschaft wird ein übriges tun, zu Ihnen die Herren von Engelbrechten usw. mit einsperren. Ich glaube, Sie sind auch der Meinung, die Generale der damaligen Regierung Kaiser Wilhelms haben nicht halb so schlimm gehaust, wie Sie. Sie wissen, daß unsere Genossen Mehring, Liebknecht und Luxemburg ebenfalls in Schutzhaft gehalten wurden. Wir wissen aber auch, daß sie gegen die damalige Regierung angegangen sind, während die, die Sie in Schutzhaft halten, tadellose Genossen sind, die einfach von dem Rechte Gebrauch gemacht haben, von dem jeder Arbeiter Gebrauch macht, von dem Rechte der freien Meinungsäußerung, und deshalb haben Sie sie ins Gefängnis gesperrt, und Mördern und Verbrechern verhelfen Sie zur Flucht. Ich erinnere an den Oberleutnant Vogel, den Mörder der Genossin Luxemburg; diesem hat man aus dem Gefängnis geholfen, und Arbeiter, die nichts weiter getan haben, als ihre Meinung geäußert haben, sperrt man ins Gefängnis hinein. Das ist ein Grund für die jetzige Regierung, und es ist kaum zu glauben, daß sie es überhaupt wagt, sich eine sozialistische Regierung zu nennen. Ich möchte nochmals an die Regierung die Frage richten, was diese Arbeiter verbrochen haben? Was haben denn die Arbeiter getan, daß sie solange im Gefängnis schmachten sollen für nichts und wieder nichts? Selbst die Staatsanwaltschaft ist nicht in der Lage, der Mehrzahl von ihnen irgend einen Verstoß gegen den Gesetzesparagraphen nachzuweisen. Einzig und allein gegen Opfermann hat man geglaubt, einen Paragraphen gefunden zu haben. Aber die Arbeiterschaft wird sich dieses auf die Dauer nicht gefallen lassen. Und es scheint mir, als ob Sie darauf hin-

arbeiten, die Arbeiter zu provozieren, daß sie so etwas macht, was sie vor dem 4. Februar gemacht hat. Es scheint, als ob Sie die Arbeiterschaft direkt dazu zwingen wollen, der Welt einmal zu zeigen, was ihre Pflicht ist, die Arbeiter aus dem Gefängnis herauszuholen. Die Arbeiter verlangen die Freigabe ihrer Genossen, und sie haben ein Recht darauf. (Zurufe.) Und Sie haben die Pflicht, Herr Deichmann, dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter auf freien Fuß gesetzt werden. Ich sage, es wird nicht lange dauern, und die Militärkamarilla von rechts wird Sie selbst ins Gefängnis schicken, dann können Sie sich bei jenen bedanken, denen Sie jetzt zur Macht geholfen haben. Wie Herr Faust schon gesagt hat, die Herren machen schon tatsächlich Propaganda, Se. Majestät den deutschen Kaiser wieder nach Deutschland zu bringen und ihn wieder auf den Thron zu setzen. Dann können Sie die schönen blauen Augen des Kaisers wieder bewundern, was Sie während des Krieges auch getan haben. Es wird nicht lange dauern, dann singen Sie wieder: Heil Dir im Siegerkranz. Und die Herren der sozialistischen Regierung hören diesen Gesang viel lieber als die Marseillaise. Ich will mich kurz fassen. Die Arbeiter haben ein Recht, daß diese vollständig unschuldigen Gefangenen befreit werden.

Ich will noch dafür sprechen, daß Sie unserm Antrage zustimmen, auf Freilassung des Abgeordneten Hugo Wahl. Er ist gestern ohne jeden Grund verhaftet worden. Ich möchte bitten, daß die Gründe angeführt werden, wonach der Abgeordnete der Nationalversammlung verhaftet worden ist, der Nationalversammlung, von der Herr Rhein gesagt hat, daß es das freieste Parlament der Welt sei. Man sieht, wie es mit dieser Freiheit bestellt ist! Die Arbeiterschaft weiß ja, daß sie von diesem Parlament absolut nichts zu erwarten hat, und wir werden dieses Parlament, wenn Sie diesen Antrag abgelehnt haben, verlassen. Bevor wir es verlassen, werde ich meine Freunde auffordern: Bitte, ordnen Sie hier Ihre Kleider! (Unruhe. Zurufe.)

Otto (K.): Der Arbeiterschaft ist jahrzehntelang vorgegaukelt worden, daß sie sich auf das Rechtsgefühl jener Männer verlassen könnte, aber statt dessen sperrt man unsere Genossen ins Gefängnis, die nichts anders getan haben, als die Führer der Mehrheitssozialisten auch. Man droht sogar, die standrechtlich erschießen zu lassen, wie man es mit dem Genossen Levinè in München gemacht hat. Die Leute, die da auf dem Waller Kirchhof liegen, fallen auf ihr Schuldkonto, Herr Deichmann. Sie werden noch erschrecken vor den Geistern dieser Ermordeten, die Sie auf dem Gewissen haben, Herr Deichmann, Sie sind so eine feine Marke! Auch der Genosse Rhein wird noch mal zurückschrecken vor den Geistern derer, die er abgemurkst hat. Der 4. Februar wird im Gedächtnis der Arbeiter nicht vergehen. Das mögen sich diese Herren Senatoren gesagt sein lassen, diese Schürzenjäger! (Heiterkeit.) Ich hatte Gelegenheit in der vorigen Woche in Oldenburg zu sein, wo ich Genosse Wellmann auch bewundern konnte in Begleitung der holden Weiblichkeit. (Zuruf: Siehe Henke! Heiterkeit.) Werte Versammlung! Ich möchte Euch ersuchen, dem Antrage der U. S. zuzustimmen, daß man Männer, die nichts verbrochen haben, in Freiheit setzt.

V. Cordes (K.): Herr Präsident! Meine Herren! Wir bitten und betteln um nichts. Wenn wir hier herkommen, konstatieren wir und zeigen den Arbeitern, was ist, damit die Arbeiter Gericht halten können über diese Herren, die heute noch lachend hier sitzen. Heute versucht ein hochfeudaler Herr von Engelbrechten auf Grund des Belagerungszustandes unsern Genossen Bäumer zu ermorden, nicht nur moralisch, sondern auch physisch. (Unruhe. Zuruf.) Unser Genosse Bäumer ist durch die Kunst von Engelbrechten soweit, daß er dem Wahnsinne nahe ist.

Präsident: Ich kann derartige Beschuldigungen zum mindesten nicht zulassen, solange sie nicht erwiesen sind.

V. Cordes: Ich sage es trotzdem. Sie werden die Wahrheit hören müssen, ob Sie wollen oder nicht, und wenn Sie sie nicht hören, wird es Ihnen an anderer Stelle gesagt werden. Lehnen Sie den Antrag der U. S. ab, so machen Sie sich mitschuldig an dem Morde, den gewisse Herren hier veranstalten. Aber wundern Sie sich nicht, wenn die Arbeiterschaft über Sie Gericht halten wird. Heute sitzen Sie hier, aber unsere Stunde kommt auch. Erbitten und betteln wollen wir nichts. Wir wollen nur der Arbeiterschaft zeigen, was sie von Ihnen zu halten hat.

Peine (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst muß ich den Präsidenten bitten, mir den Rahmen der Geschäftsordnung nicht zu eng zu ziehen, wenn ich mit einigen Worten noch auf den Belagerungszustand zurückkomme. Zunächst will ich mich zur Entlassung der politischen Gefangenen äußern. Herr Faust hat Ausführungen gemacht, daß er, wenn sich die Dinge in Wirklichkeit so verhalten, wie er die Ausführungen gemacht hat, er etwas Ungeheuerliches ist. (Sehr richtig!) Das wäre ein Zustand, den kein Mensch billigen kann und billigen wird. (Zurufe. Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Es kommt in erster Linie darauf an, nachzuprüfen, ob das, was Herr Faust angeführt hat, auch wirklich den Tatsachen entspricht, ob er vollständig und recht unterrichtet ist. Ist das, was er gesagt hat, wahr, dann ist der Standpunkt, den er vertritt, auch von uns zu vertreten. Soweit es sich um die Gefangenen handelt, die sich in Schutzhaft befinden, steht meine Fraktion in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkte, daß diese Gefangenen zu entlassen sind.

Wir sind bereit, wenn die U. S. ihren Antrag dahin ändern wollen, schon heute für die Entlassung aus der Schutzhaft zu stimmen. Wir sind aber nicht in der Lage, dem Antrag in seiner ganzen Totalität zuzustimmen. Bezüglich des Belagerungszustandes steht meine Fraktion in ihrer Mehrheit ebenfalls auf dem Standpunkt, daß der Belagerungszustand aufgehoben werden kann. Ein Bericht über die Verhandlungen, die gegenwärtig in Berlin gepflogen werden, liegt uns noch nicht vor, von ihrem Ergebnis wird es abhängen, welche Stellung wir einnehmen werden. Auf die gegen uns gerichteten Angriffe im einzelnen einzugehen, habe ich nicht die Absicht. Ich bin der Meinung, daß beide Gegenstände, sowohl der Belagerungszustand als auch die Gefangenen, in allernächster Zeit aus der Debatte verschwinden werden, doch ich glaube, daß es manchen von Ihnen (nach links) recht unangenehm sein dürfte, darüber nicht mehr so schöne Reden halten zu können. (Sehr gut!)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Prof. Dr. Dietz (L. V.): Zur Aufklärung des Tatsächlichen!

Präsident: Es tut mir leid, Herr Professor.

Prof. Dr. Dietz: Ich bitte ums Wort zur Aufklärung des Tatsächlichen!

Präsident: Ich verstehe, ich habe aber nicht nötig, Ihnen das Wort dazu zu erteilen.

Prof. Dr. Dietz: Dann zur Abwehr eines persönlichen Angriffs!

Präsident: Das Wort dazu werde ich Ihnen geben, nachdem über den Schluß der Debatte entschieden ist.

Rednerliste: Dietz, Dotzler.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Zur Abwehr eines persönlichen Angriffs.

Prof. Dr. Dietz (L. V.) Wenn ich Herrn Faust recht verstanden habe, so hat er vorhin gesagt, daß ich der monarchistischen Propaganda, die jetzt in unserer Stadt getrieben werde, naheständе und daß die Lehrer der höheren Schulen auch mit dieser Propaganda zu tun hätten. Wenn das die Meinung des Herrn Faust ist, so ist das eine Unterstellung, die durch nichts gerechtfertigt ist. Beides ist unrichtig: weder bin ich an der Propaganda beteiligt gewesen, noch haben die höheren Schulen etwas getan, um sie zu fördern. Daß ich persönlich überzeugter Monarchist bin, gebe ich ohne weiteres zu und mache nicht das mindeste Hehl daraus. Und darin haben mich die Zustände, wie wir sie in den letzten 7 Monaten erlebt haben, nur bestärkt. (Zuruf: Dann holen Sie den Kaiser wieder!)

Faust (U. S.) (Schlußwort): Nach dieser Erklärung des Herrn Prof. Dietz werden wir von jetzt an eine „Fraktion der Monarchisten" anerkennen müssen. Die Herren haben sich allerdings früher auf den Standpunkt der gegebenen Verhältnisse, auf den Boden der Revolution gestellt, wenn ich nicht irre, haben sie auch die jetzige Regierung anerkannt und ihr das Vertrauen ausgedrückt. Darum sehen wir in dieser Wandlung, die Herr Prof. Dietz angedeutet hat, eine bedenkliche Wendung von links nach rechts. Dieses agressive Vorgehen von rechts bedeutet eine um so größere Gefahr, als die Bestrebungen der Monarchisten von außen unterstützt werden.

Herr Prof. Dietz hat erklärt, daß in den höheren Schulen keine Propaganda in der von mir bezeichneten Weise betrieben werde. Ich habe nicht gesagt, daß er persönlich an dieser Propaganda beteiligt sei. Aber wenn in den höheren Lehranstalten solche Propaganda getrieben wird, so kann es doch nur im Einverständnis mit der Lehrerschaft geschehen. (Dietz: Nein!) Herr Prof. Dietz ist doch wohl nicht in der Lage, für sämtliche Lehrer der höheren Lehranstalten eine Erklärung abzugeben, wie er sie für sich selber abgegeben hat?

Zu der Erkärung des Herrn Peine möchte ich folgendes bemerken. Wir sind natürlich der Ueberzeugung, daß allen politischen Gefangenen ein Unrecht zugefügt ist, als man sie festhielt. Diese Ueberzeugung stützt sich nicht auf Kombinationen, sondern auf Tatsachen. Die beste Unterlage dafür ist die Tatsache, daß die Richter anerkannt haben, daß gegen diese Leute nichts vorliegt, daß die Staatsanwaltschaft jedes Anklagematerial als unzulässig bezeichnet hat. Ausschlaggebend für die Verhaftung und das Verbleiben in der Haft ist lediglich das Dazwischentreten der Militärbehörde, der Stadtkommandantur, wofür nach den Ausführungen des Genossen Dr. Künkler auch im Belagerungszustand keine gesetzliche Grundlage gegeben ist. Darum fordern wir die Entlassung aller politischen Gefangenen, und ich habe für unsern Antrag das Material zur Begründung wohl unanfechtbar beigebracht. Was die Haftentlassung des Abgeordneten Wahl betrifft, so habe ich darüber leider kein Material. Unser Antrag lautet aber auf Freilassung der politischen Gefangenen einschließlich der Schutzhaftgefangenen. Diesen die Freiheit wiederzugeben ist eine zwingende Selbstverständlichkeit.

Ich beantrage über meinen Antrag namentliche Abstimmung.

Präsident: Ich bitte diejenigen, die für namentliche Abstimmung sind, sich zu erheben. Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist abgelehnt, da sich nur 39 dafür erklärt haben.

Miller (K.): Ich hätte gewünscht, daß ein Vertreter der Regierung eine Erklärung abgibt, warum Wahl verhaftet ist.

Präsident: Es tut mir leid, ich kann das nicht mehr zulassen.

Der Zusatzantrag auf Freilassung Wahls wird abgelehnt.

Der Antrag Faust wird abgelehnt. (Pfuirufe links.)

Präsident: Es ist folgender Dringlichkeitsantrag von Herrn Peine eingebracht:

Ich beantrage, die in Schutzhaft befindlichen Gefangenen freizulassen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Ich eröffne die Debatte über die Frage der Dringlichkeit für diesen Antrag.

Peine (M.-S.): Ich beziehe mich zur Begründung der Dringlichkeit auf die Ausführung in der vorigen Versammlung.

Wenhold (D.): Zur Dringlichkeit wollte ich nicht sprechen.

Präsident: Ich bitte diejenigen, die für die Dringlichkeit sind, aufzustehen. — Ich bitte, stehen zu bleiben, es sind 101 Stimmen dafür nötig. — Die Dringlichkeit ist beschlossen. (Ruf von links: Hoch Peine!)

Peine (M.-S.): Die Begründung will ich mir sparen.

Wenhold (D.): Wir stimmen der Tendenz des Antrages Peine zu, weil wir der Meinung sind, daß die Inhaftierung durch Schutzhaft unerwünscht ist. Wir empfehlen aber, dem Antrage eine andere Fassung zu geben:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Freilassung der in Schutzhaft befindlichen Gefangenen zu erwirken.

Präsident: Herr Peine, ich darf wohl annehmen, daß Sie mit dieser Fassung einverstanden sind? (Herr Peine stimmt zu.)

Henke (U. S.): Ich für mein Teil bin gegen diese Aenderung des Antrages, aus dem einfachen Grunde, weil die Nationalversammlung souverain ist. Nicht der Senat, sondern wir haben zu bestimmen, der Senat hat einfach auszuführen, was wir beschließen.

Präsident: Ich glaube, auch durch die veränderte Fassung erreichen wir die Freilassung. Dadurch ist nicht ausgedrückt, daß wir nicht souverain seien. Ich möchte Sie, Herr Henke, auch darauf hinweisen, daß der von Herrn Wenhold vorgeschlagene Wortlaut derselbe ist, den Herr Faust dem Antrage der U. S. gegeben hat: Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Freilassung — — — zu erwirken. (Stockhinger: Dieser ganze Antrag ist eine Lächerlichkeit!) Herr Henke, ich darf wohl annehmen, daß Sie nunmehr gegen die Aenderung des Antrages kein Bedenken mehr haben.

Der Antrag Peine wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

Ergänzungen nach dem Gesetz vom 13. Mai 1919.

Präsident: Ich möchte die Damen und Herren darauf hinweisen, daß wir bei Aufstellung der Tagesordnung noch nicht wußten, daß die Mitglieder der Deputationen ihre Aemter niederlegen würden. Infolgedessen steht die Ergänzung der Kriegsdeputation nicht auf der Tagesordnung. Nachdem aber die Mitglieder der gesamten Deputationen ihr Amt niedergelegt haben, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir auch die Kriegsdeputation neu wählen.

1. der Finanzdeputation.

M.-S.: G. Fauth, G. Hoskamp, Fr. Peine, P. Wahnschaffe, K. Heine.

D.: H. S. Meyer, Aug. Nebelthau, H. Wenhold, Dr. B. Wilckens.

L.-V.: Ed. Achelis, Dr. A. Strube.

Präsident: Ich nehme an, daß meine Damen und Herren damit einverstanden sind, daß wir die Plätze der U. S. vorläufig offen lassen. (Zuruf: Die kommen wieder!)

2. der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke.

M.-S.: W. Becker, E. Dieckmann, E. Jung.

D.: J. Lauts, H. Niebuhr.

L.-V.: D. Köhler.

Präsident: Ich möchte im allgemeinen fragen, ob noch weitere Vorschläge gemacht werden.

Dr. Hertel (Christl. V.): Es ist immer davon die Rede, daß die Minderheiten geschützt werden sollen. Da muß ihnen auch Gelegenheit gegeben werden, in eine Deputation gewählt zu werden. Da, veranlaßt durch die Abwesenheit der U. S., jetzt einige Plätze freigelassen werden sollen, haben wir nichts dagegen einzuwenden, daß die übrigen Plätze nach den vereinbarten Vorschlägen besetzt werden; wir erwarten aber, daß man uns grundsätzlich auch die Vertretung wenigstens in einer Deputation gibt. Wir möchten gern Herrn Schauerte in der Schuldeputation haben.

Präsident: Vorläufig wollen Sie sich zur Schuldeputation melden. Sobald wir dabei sind, werde ich die Frage stellen.

Hormann (D.): Es tritt der Fall ein, daß eine Fraktion auf die Wahlen zu den Deputationen verzichtet.

Präsident: Nur für heute.

Hormann: Das hindert nicht, daß die Deputationen, welche aus 13—15 Mitgliedern zusammen gesetzt sind, in Tätigkeit treten. Es könnten aber die U. S. auf den Gedanken kommen, daß sie später in die Deputationen doch Vertreter hineinbringen möchten. Wir bitten deshalb, diese Sitze noch eine zeitlang offen zu halten, und dann könnte später immer noch der Wunsch des Herrn Dr. Hertel berücksichtigt werden.

3. der Deputation für den Ratskeller.

M.-S.: H. Junge, Fr. Peine.
D.: W. Knop.

4. der Zentralquartierdeputation.

M.-S.: L. Borsch, B. Heinzler, K. Maus, M. Preußner, G. Wulf.
D.: J. Meenzen, W. Wagner, H. Warncke.
L.-V.: D. Köhler, J. Lampe, H. Meier.

5. der Baudeputation.

M.-S.: G. Fanger, O. Kuse, M. Preußner, W. Schröder, H. Steffen, H. Wiechmann.
D.: Fr. Garves, E. Gerberding, C. Stichnath.
L.-V.: Ed. Achelis, W. Leymann.

6. der Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

M.-S.: A. Geiger, Fr. Klenke, J. Kruse, P. Wahnschaffe, A. Willig.
D.: W. Becké, C. Kirchmeyer, W. Pieper, J. Rösing.
L.-V.: J. Fr. Hagemeyer, Ad. Vinnen.

7. der Deputation für die Unterweserkorrektion.

M.-S.: Chr. Blome, G. Fanger, O. Kuse, M. Preußner, W. Schelter.
D.: C. Adam, C. Kirchmeyer, J. Rösing.
L.-V.: J. Depken, Br. Momber, Ad. Vinnen.

8. der Deputation für die Gefängnisse.

M.-S.: H. Blanke, Frau H. Harder, H. Hünecke.
D.: E. Degenhardt, Fräulein L. Koch.
L.-V.: E. Marburg.

9. der Steuerdeputation.

M.-S.: H. Dünnemann, G. Hoskamp, E. Jensen, Fr. Peine, B. Ricke, W. Schindelhauer.
D.: A. Brauns, H. Knief, H. S. Meyer.
L.-V.: Dr. A. Gildemeister, C. Karkmeyer.

10. der Deputation für Statistik.

M.-S.: H. Mannier, J. Bußmann.
D.: H. Knief.

11. der Wahldeputation.

M.-S.: J. Fricke, M. Jahn, A. Lunkewitz, H. Tiedermann, L. Waigand.
D.: H. Brasch, Frau H. Möhring, W. Tegtmeyer.
L.-V.: W. Buchholz, A. Harmening.

12. der Deputation für das Gesundheitswesen.

M.-S.: H. Blanke, Frau H. Harder, M. Jahn.
D.: M. Bahnson, Dr. H. Tjaden.
L.-V.: Dr. med. Schelb.

13. der Deputation für die Stadterweiterung.

M.-S.: Frau R. Bardenheuer, G. Fanger, O. Kuse, H. Geffken, H. Wiechmann.
D.: H. Brasch, H. Hormann, J. Lauts, L. Stallmann.
L.-V.: J. Depken, G. Hobelmann.

14. der Schuldeputation.

M.-S.: Frau R. Bardenheuer, H. Hinners, M. Jahn, H. Mannier, E. Sonnemann.
D.: A. Heineken, C. Karrenberg, W. Klocke.
L.-V.: Dr. Dietz, Fräulein U. Plate.

Präsident: Hierzu schlägt Herr Dr. Hertel Herrn Schauerte vor.

Dr. Hertel (Christl. Vp.): Ich ziehe meinen Vorschlag zurück unter der Voraussetzung, daß im Sinne des Herrn Hormann gehandelt wird.

15. der Deputation wegen der städtischen Löschanstalten.

M.-S.: H. Blanke, M. Preußner.
D.: W. Knop, C. Stichnath.
L.-V.: H. Stützer.

16. der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke.

M.-S.: K. Ohm, M. Preußner.
D.: Fr. May, J. Meenzen.
L.-V.: C. Walsemann.

17. der Walldeputation.

M.-S.: J. Kruse, L. Thatje.
D.: Fr. May, L. Stallmann.
L.-V.: J. Bode.

18. der Deputation für die Friedhöfe.

M.-S.: K. Maus, G. Wulf.
D.: H. Meschkat, Frau M. Thiele.
L.-V.: A. Harmening.

19. der Quartierdeputation.

M.-S.: W. Becker, E. Jung.
D.: R. Dunkel, H. Meschkat.
L.-V.: C. Walsemann.

20. der Deputation für den Schlachthof.

M.-S.: W. Blase, B. Hedler.
D.: G. Kunoth, C. Stichnath.
L.-V.: R. Borchers.

21. der Deputation für die Stadtbibliothek.

M.-S.: B. Heinzler, H. Mannier.
D.: Fräulein L. Koch, H. Warncke.
L.-V.: J. Bode.

22. der Deputation für das Städtische Orchester und das Stadttheater.

M.-S.: H. Hinners, Fr. Klenke, H. Mannier, E. Sonnemann, H. Tiedermann.
D.: E. Henrici, H. Hormann, G. Kunoth.
L.-V.: Dr. Dietz, Fräulein Dr. Rodewald.

23. der Kriegsdeputation.

M.-S.: Fr. Bormann, J. Bußmann, W. Herckſen, Frau C. Jungmittag, H. Meſter.
D.: D. Allerheiligen, M. Sattler, C. Scheide.
L.-V.: J. Depken, J. F. Hagemeyer.

24. der Behörde für das Versicherungswesen.

M.-S.: W. de Beek, L. Borsch.
D.: W. Massolle, H. Niebuhr.
L.-V.: R. Schönfeld.

25. der Behörde für das Landschulwesen.

M.-S.: B. Groll, J. Schneider.
D.: H. Steding.

26. der Behörde für das Städtische Museum.

M.-S.: B. Heinzler, H. Tiedermann.
D.: C. Karrenberg.

27. der Behörde für die Technischen Staatslehranstalten.

M.-S.: Chr. Blome, G. Fanger.
D.: W. Klocke.

Präsident: Ich frage an, ob gegen diesen ganzen Wahlaufsatz Widerspruch erhoben wird. Wenn das nicht der Fall ist, kann ich die Damen und Herren für gewählt erklären. Widerspruch wird nicht erhoben. Ich erkläre die Damen und Herren für gewählt.

Schluß der Sitzung 10,56 Uhr.